

Stenographisches Protokoll

81. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 28. Oktober 1955

Inhalt	Eingebracht wurden
1. Personalien	Anträge der Abgeordneten
a) Krankmeldungen (S. 3727)	Ferdinanda Flossmann, Wilhemine Moik, Proksch, Rosa Jochmann, Marianne Pollak, Steiner, Marie Emhart, Kostroun, Rosa Rück, Paula Wallisch, Maria Enser u. G., betreffend Geburtenbeihilfe und Heiratsdarlehen (182/A)
b) Entschuldigungen (S. 3727)	Proksch, Czettel, Wilhelmine Moik, Horr u. G., betreffend Schaffung eines Berufsausbildungsgesetzes (183/A)
2. Ausschüsse	Dr. Pfeifer, Kindl, Dr. Reimann u. G. auf Erlassung eines Bundesverfassungsgesetzes über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vorgesehenen Sühnefolgen, die Einstellung von Strafverfahren und die Nachsicht von Strafen für belastete Personen sowie die Streichung aus den Registrierungslisten (Belastetenamnestie 1955) (184/A)
3. Regierungsvorlagen	Marchner, Stampfer, Hopfer, Roithner u. G., betreffend Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses (185/A)
a) Biersteuergesetz 1956 (627 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 3728)	Anfrage der Abgeordneten
b) Änderung des Branntweinmonopolgesetzes (628 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 3728)	Dr. Pfeifer, Dr. Gredler u. G. an die Bundesregierung, betreffend die Entschädigung der österreichischen Staatsangehörigen, deren Vermögen von der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zurückbehalten oder liquidiert wurde (379/J)
c) Bestimmungen über die Pensionsbehandlung von Hochschulprofessoren und über deren Emeritierung (629 d. B.) — Unterrichtsausschuß (S. 3728)	
4. Verhandlungen	
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1956 (625 d. B.)	
Erste Lesung	
Redner: Koplenig (S. 3728), Dr. Pittermann (S. 3732), Dr. Kraus (S. 3744), Prinke (S. 3750), Ferdinanda Flossmann (S. 3763), Dwořak (S. 3767) und Dipl.-Ing. Hartmann (S. 3772)	
Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 3778)	

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. **Hurdes**,
Zweiter Präsident **Böhm**, Dritter Präsident **Hartleb**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abg. Dr. Gschnitzer, Dr. Oberhammer, Traußnig, Jonas, Giegerl, Herzele und Dr. Stüber.

Entschuldigt haben sich die Abg. Bleyer, Dr. Josef Fink, Dr. Koren, Kranebitter, Lins, Pötsch, Köck, Wührer, Wunder, Hillegeist, Truppe, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch und Abmann.

Die eingelangten Anträge habe ich wie folgt zugewiesen:

Antrag 178/A der Abg. Dr. Pittermann und Genossen auf Erlassung eines Bundesgesetzes über Änderungen auf dem Gebiete der Einkommensteuer (Einkommensteuernovelle 1955 — ESt.Nov. 1955) dem Finanz- und Budgetausschuß;

Antrag 179/A der Abg. Rosenberger und Genossen, betreffend eine Abänderung des Bundes-Verfassungsgesetzes 1920 in der Fassung

der Novelle 1929, dem Ausschuß für Verfassung und für Verwaltungsreform;

Antrag 180/A der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen, betreffend eine Generalamnestie für politisch Verfolgte und Benachteiligte anlässlich des Endes der Besetzung Österreichs, und

Antrag 181/A der Abg. Polcar und Genossen, betreffend die Schaffung eines Bundesverfassungsgesetzes über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vorgesehenen Sühnefolgen, die Einstellung von Strafverfahren und die Nachsicht von Strafen für belastete Personen und Streichung aus den Registrierungslisten (Belastetenamnestie 1955), dem Hauptausschuß.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall. Mein Vorschlag ist daher angenommen.

Ich ersuche den Schriftführer um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführerin **Rosa Jochmann:** Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz über die Einhebung einer Biersteuer (Biersteuergesetz 1956) (627 d. B.);

Bundesgesetz über die Änderung des Branntweinmonopolgesetzes (628 d. B.);

Bundesgesetz, womit Bestimmungen über die Pensionsbehandlung von Hochschulprofessoren und über deren Emeritierung getroffen werden (629 d. B.).

Es werden zugewiesen:

627 und 628 dem Finanz- und Budgetausschuß;

629 dem Unterrichtsausschuß.

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein: Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das **Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1956** (625 d. B.).

Zum Wort gemeldet ist als Kontraredner der Herr Abg. Koplenig. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Koplenig: Meine Damen und Herren! Das Budget für das Jahr 1956 hat eine besondere Bedeutung, weil es das erste Budget ist, das nach dem Ende der Besetzung dem Nationalrat unterbreitet wird. Nach dem Abschluß des Staatsvertrages und nach dem Abzug der Besatzungstruppen entfallen im neuen Budget nicht nur alle bisher mit der ausländischen Besetzung verbundenen Ausgaben, sondern darüber hinaus verfügt der Staat in diesem Jahre zum ersten Mal allein und souverän über eine Reihe wichtiger Betriebe, vor allem über das Erdöl und die erdölverarbeitende Industrie.

Über diese wichtigen wirtschaftlichen Vorteile hinaus hat der Staatsvertrag einen gewaltigen politischen Vorteil gebracht. Die Gefahr der Zerreißung unseres Landes, die solange drohte, als die Hauptverbindungsline der Atlantikfront durch unser Land ging, ist beseitigt. Österreich hat freiwillig die Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität übernommen, und es liegt jetzt in unserer Hand, eine Einbeziehung unseres Landes in internationale Konflikte zu verhindern. Es ist also begreiflich, daß unser Volk den Abschluß des Staatsvertrages am 15. Mai mit großer Freude und Jubel begrüßt hat.

Die Bevölkerung knüpfte mit voller Berechtigung an das Ende der Besetzung große Hoffnungen, und sie erwartet nun, daß auch jene Versprechungen erfüllt werden, mit denen sie immer wieder auf die Zeit nach dem Abschluß des Staatsvertrages getröstet wurde. Wenn man heute in den stenographischen Protokollen des Nationalrates zurückblättert, so findet man in jeder Budgetdebatte und bei vielen anderen Anlässen immer wieder Erklärungen, die sowohl Abgeordnete der ÖVP

wie der SPÖ abgegeben haben: Wenn wir nur unser Erdöl hätten, dann könnten wir den Lebensstandard der arbeitenden Menschen heben! Wenn die USIA nicht wäre, könnten wir die Steuern senken! Wenn die Besatzungstruppen nicht wären, gäbe es keine Obdachlosen mehr! Das ist Jahr um Jahr wiederholt worden, und es ist daher nur zu begreiflich, daß das arbeitende Volk nunmehr die Einlösung dieser Versprechen erwartet.

Aber die Maßnahmen der Regierungskoalition seit dem Abschluß des Staatsvertrages haben die Hoffnungen der Bevölkerung nicht erfüllt. Die Regierung hatte nichts Eiligeres zu tun, als Hals über Kopf das Wehrgesetz durchzupeitschen und, wie das Budget zeigt, hunderte Millionen für die Aufstellung einer Wehrmacht auszuwerfen. (*Rufe bei der ÖVP: Wir brauchen Panzerfahrer! — Für die T 34!*) Viele Menschen sind der Auffassung, daß es viel dringlichere Aufgaben gibt als die rasche Steigerung des Aufwandes für militärische Zwecke, umsomehr, da wohl niemand behaupten kann, daß Österreich unmittelbar irgendeine Gefahr droht. Es wäre viel wichtiger, die für das neue Bundesheer vorgesehenen Mittel dazu zu benützen, um zunächst die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, sie für den Wohnbau, für den Bau von Spitälern, Schulen usw. zu verwenden.

Die arbeitende Bevölkerung hat erwartet, daß der Abschluß des Staatsvertrages auch unmittelbar zu einer Verbesserung ihrer Lebenshaltung führen wird, daß sich das Ende der Besetzung auch unmittelbar im Leben des einzelnen auswirken wird. Sie hatte ein Recht, das zu erwarten, weil man ja bisher von ihr immer wieder Opfer verlangt hat mit der Begründung, daß eben die Besetzung viel Geld kostet. Dieses Argument wurde den Arbeitern und Angestellten jedesmal entgegengehalten, wenn sie Forderungen stellten. Aber statt jetzt, nach dem Ende der Besetzung, Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung zu treffen, stehen wir am Beginn einer neuen Teuerungswelle, die sich schon jetzt sehr nachteilig auf die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen auswirkt.

In seiner Rede am Mittwoch hat Finanzminister Dr. Kamitz mitgeteilt, daß dieses Jahr ein Bruttonationalprodukt von rund 100 Milliarden Schilling zu erwarten ist. Zugleich hat er vorgerechnet, daß die Lebenshaltungskosten in Österreich um 2 Prozent unter den Vergleichsziffern des Jahres 1952 liegen. In die Lebenshaltung werden nach den Berechnungen, deren sich der Finanzminister bedient, offenbar die Kosten für Straßenbahnfahrten, für Schmalz und Eier, für Fleisch,

Zündhölzer usw., die in der letzten Zeit sehr gestiegen sind, nicht eingerechnet. Jede Hausfrau könnte ihm antworten, daß der Index, auf den sich der Finanzminister stützt, im Gegensatz zur Wirklichkeit, im Gegensatz zu den Tatsachen steht.

Ich werde nicht die statistischen Angaben der Arbeiterkammer und anderer Institutionen wiederholen, die nachgewiesen haben, daß in der letzten Zeit empfindliche Preissteigerungen eingetreten sind. Ich verweise nur auf solche Tatsachen wie auf den einstündigen Generalstreik in Vorarlberg, auf den Streik in den Alpine-Betrieben und in anderen großen Betrieben Österreichs, in denen die große Unruhe zum Ausdruck kommt, die in breiten Massen der Bevölkerung über die wachsende Teuerung herrscht.

Nachdem die Gemeinde Wien mit der Erhöhung der Straßenbahntarife vorangegangen ist, sind seither die für die Ernährung so wichtigen Produkte wie Erdäpfel, Schmalz, Fleisch, Eier usw. bedeutend teurer geworden. In allen Schichten der Bevölkerung herrscht die größte Unruhe über die neuerlichen Pläne zur Verteuerung der Milch und insbesondere über die neuen Pläne zur Erhöhung der Mietzinse.

Die Proteststreiks der letzten Wochen mögen den Regierungsparteien zur Warnung dienen. Diese Proteststreiks, diese Warnungsstreiks, die die Sympathien der breitesten Schichten der Bevölkerung haben, haben gezeigt, daß in dieser Frage die arbeitenden Menschen Österreichs einheitlich und geschlossen sind. Sie werden sich auch weiterhin durch nichts ablenken und beschwichtigen lassen, sondern sich mit noch größerer Einmütigkeit und Entschlossenheit gegen alle Anschläge zur Wehr setzen.

Es wäre für die arbeitende Bevölkerung eine außerordentliche Beruhigung, wenn in diesem Hause von der Regierung und von den verantwortlichen Leitern der österreichischen Gewerkschaftsbewegung die bindende Erklärung abgegeben würde, daß sie unter keinen Umständen irgendwelchen weiteren Preiserhöhungen, insbesondere keiner Erhöhung des Milchpreises und der Preise anderer lebenswichtiger Waren, zustimmen werden.

Der Finanzminister hat in seinen einleitenden Worten von der konjunkturbewußten Politik der Regierung gesprochen und festgestellt, daß die Produktion der österreichischen Industrie im ersten Halbjahr dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um 17 Prozent gestiegen ist. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Arbeitsproduktivität, die Leistung des einzelnen Arbeiters bedeutend gestiegen ist. Es ist ebenso eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Profite unge-

heuerlich angewachsen sind. Aber dem steht die Tatsache gegenüber, daß Österreich noch immer zu den Ländern mit den niedrigsten Löhnen und Gehältern von ganz Europa gehört.

Der Finanzminister rechnet uns vor, daß der private Konsum gestiegen ist. Er ist aber nicht deshalb gestiegen, weil die Löhne und Gehälter höher sind, sondern weil der Beschäftigtenstand gestiegen ist, und vor allem darum, weil, um eine Familie erhalten zu können, mehrere Personen arbeiten, mehr Überstunden und mehr Sonntagschichten geleistet werden müssen.

Eine Haushaltsstatistik, deren Teilergebnis das Statistische Zentralamt veröffentlicht hat, ergibt, daß eine dreiköpfige Familie in Wien zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes monatlich rund 2100 S braucht. Nach den Angaben der Wiener Gebietskrankenkasse betrug am 1. Oktober vorigen Jahres das Durchschnittseinkommen für männliche Arbeitskräfte 1573 S und für weibliche Arbeitskräfte 960 S, also weit weniger, als zur Erhaltung einer Familie notwendig ist. Das ist der Durchschnitt! Aber wie viele Menschen gibt es, deren Einkommen tief unter dem Durchschnitt liegt, und wie viele Familien gibt es, die ein äußerst kümmerliches Dasein fristen müssen, wenn nur der Familienerhalter allein verdient!

Die angeführten Beispiele zeigen, daß die Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist und daß man diese Frage nicht allein unter dem Gesichtspunkt des Ausgleiches für die Teuerung betrachten darf, sondern unter dem Gesichtspunkt der gestiegenen Produktion, der erhöhten Arbeitsleistung und der steigenden Profite. Solange die Löhne und Gehälter und Renten so niedrig sind, solange bleibt auch das Schlagwort vom Schutz der Familie, von sozialer Sicherheit usw. eine leere Phrase. Die beste Garantie für soziale Sicherheit sind anständige Löhne und Gehälter für die arbeitenden Menschen, und der beste Schutz der Familie ist, daß der Mann so viel verdient, daß er seine Familie anständig erhalten kann, ohne daß er gezwungen ist, durch maßlose Überstundenschinderei seine Gesundheit zu ruinieren.

Auch die Arbeiter haben Verständnis für eine konjunkturbewußte Politik, für eine Politik, die ihnen die Möglichkeit gibt, in der Zeit der Konjunktur höhere Löhne zu erhalten und sich Reserven zu schaffen gegen alle Möglichkeiten, Schwankungen und Rückschläge in der Wirtschaft. Es ist nicht einzusehen, warum nur die Kapitalisten, nur die Unternehmer aus der Konjunktur Vorteil ziehen, aber die Arbeiter dabei zu kurz kommen sollen.

Im vorliegenden Budget wird der Aufwand für Ausgaben der sozialen Verwaltung gegenüber dem Vorjahr um 350 Millionen Schilling gekürzt. Der größte Teil des Rückganges der Ausgaben für soziale Verwaltung entfällt auf die Einsparung des Bundes bei der Sozialversicherung. Was auf diese Weise eingespart wird, soll, wie man aus dem Budgetvoranschlag ersieht, für das Bundesheer verwendet werden. Der Finanzminister rühmt sich, daß das neue Bundesheer keine Steuererhöhungen notwendig machen wird. Aber es ergibt sich folgendes interessante Bild: Die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge ab 1. August dieses Jahres hat es dem Bund ermöglicht, Mittel freizubekommen, die nicht etwa für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten, sondern für das Bundesheer bestimmt sind.

Aus der Erklärung des Finanzministers geht hervor, daß an keinerlei Steuererleichterungen für die arbeitenden Menschen gedacht ist. Demgegenüber steht der vom Finanzminister in der Presse vertretene Standpunkt, daß man die Körperschaftsteuer weiter senken müsse, daß also für die Unternehmer doch Steuererleichterungen vorgesehen sind. Wir sind der Auffassung, daß die Arbeiter und Angestellten die ersten sind, die einen Anspruch auf Erleichterungen ihrer Steuerlast haben. Wir stimmen daher dem Initiativantrag einer Gruppe sozialistischer Abgeordneter zu, durch Festsetzung eines Freibetrages für Anschaffungen die Lohnsteuer zu senken, weil dieser Antrag wenigstens teilweise unserer alten Forderung nach Senkung der Lohnsteuer entspricht.

In engster Verbindung mit den Angriffen auf die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen durch die Teuerung stehen die Umtriebe im Zusammenhang mit dem ehemaligen Deutschen Eigentum. Nach dem genauen Wortlaut des Staatsvertrages sind diese Betriebe in das Eigentum des österreichischen Staates übergegangen, und sie repräsentieren einen gewaltigen zusätzlichen Reichtum. Was aber in den letzten Monaten vor sich geht, muß nicht nur die Arbeiter, denen diese Betriebe besonders am Herzen liegen, sondern muß jeden anständigen Österreicher aufs tiefste empören.

Kaum ist das frühere Deutsche Eigentum durch den Staatsvertrag österreichisch geworden, stürzen sich dieselben Leute, die früher nicht genug patriotische Reden halten konnten, auf dieses Vermögen, um es zu verschleudern und zu verschachern. Kein Advokatenrick und kein Manöver ist ihnen dazu zu schlecht. Und der mit der Verwaltung dieses Vermögens beauftragte Staatssekretär Bock scheint es als seine Hauptaufgabe anzusehen, einen möglichst großen Teil dieser Vermögens-

werte so rasch wie möglich zum Nachteil Österreichs und zum Vorteil der Kapitalisten zu verschieben.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß öffentliche Verwalter unter Mißbrauch ihres Amtes alles daransetzen, um Betriebe, die in ihrer Hand sind, herunterzuwirtschaften und billig zu verschleudern. Dafür einige Beispiele:

Die öffentlichen Verwalter der Klosterneuburger Holzindustrie sind darangegangen, im Interesse von Konkurrenzfirmen, mit denen sie geschäftlich in Verbindung stehen, einen Teil der Produktion stillzulegen und so das Unternehmen zu entwerten. Die Arbeiter haben sich dem widersetzt, aber zwei Mitglieder dieses Hauses, die Abg. Olah und Horr, haben gegen die Arbeiter und gegen das Interesse des österreichischen Staates eingegriffen.

Der öffentliche Verwalter des Betriebes Sager & Woerner, selbst ein Bauunternehmer, lehnt es ab, Aufträge zu übernehmen, und ist darangegangen, die Baumaschinen des Betriebes zu veräußern, um den Wert des Betriebes unter die Grenze hinunterzudrücken, die für die Rückgabe von Deutschem Eigentum gesetzt ist.

Im Betrieb Budischowky, wo der öffentliche Verwalter und der frühere Besitzer ein und dieselbe Person sind, sieht dieser seine Hauptaufgabe in der Betriebseinschränkung, um den Betrieb, den die Arbeiter nach 1945 wieder aufgebaut haben, billig in die Hand zu bekommen.

Das sind nur einige Beispiele. Die gleichen Methoden werden in einer Reihe von anderen Betrieben angewendet. Alle diese Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen haben nichts zu tun mit Mangel an Arbeit, wie dies vorgeschützt wird, sondern dienen einzig und allein dazu, um den Wert dieser Betriebe herabzusetzen, um sie billiger an Privatbesitz verschleudern zu können.

Dabei muß gesagt werden, daß die Manöver der österreichischen Privatkapitalisten nur einen kleinen Teil der Anschläge darstellen, die gegen die jetzt an Österreich gefallen Betriebe geführt werden. Noch weit gefährlicher sind die Anschläge des ausländischen Kapitals gegen Schlüsselpositionen der österreichischen Wirtschaft.

Ein besonders aufreizender Fall eines Versuches, ehemaliges Deutsches Eigentum an das Ausland zu verschieben, ist der Fall der Floridsdorfer Automobilfabrik, der ehemaligen Austro-Fiat. Dieser Betrieb erzeugt heute Lastkraftwagen, Dieselmotoren und Autobusse. Er ist imstande, den österreichischen Markt mit Spezialfahrzeugen zu beliefern, und ist darüber hinaus auch ein wichtiger Devisen-

bringer, weil er über Auslandsaufträge verfügt. Die Aktienmehrheit dieses Betriebes hat sich früher einmal in den Händen der Turiner Fiat befunden, wurde dann an den großen deutschen MAN-Konzern verkauft und war zum Stichtag einwandfrei Deutsches Eigentum. Nun soll durch eine Transaktion des amerikanischen Hochkommissärs in Deutschland, der die seinerzeit an die deutsche Firma verkauften Fiat-Aktien an die Turiner Fiat zurückgegeben hat, dieser Betrieb wieder in die Hände der Turiner Fiat gespielt werden. Aber der amerikanische Hochkommissär hatte dazu kein Recht. Und wenn Westdeutschland das Theater eines Vergleiches durchführt und auf diese Weise den Turiner Fiat die Aktien wieder in die Hände gespielt werden, so kann das für Österreich nicht bindend sein. Dieses ungesetzliche Vorgehen darf für die österreichische Regierung umsoweniger bindend sein, da es einen gefährlichen Präjudizfall schaffen würde. Auf dem Wege solcher dunkler Transaktionen könnten morgen andere Betriebe, wie zum Beispiel die Alpine, Böhler, Schoeller-Bleckmann usw., ebenfalls an ausländische Kapitalisten verschoben werden.

Die Fiat-Arbeiter haben einmütig mit einem Warnungstreik dagegen protestiert, aber der Herr Staatssekretär Bock, dem als Juristen die Haltlosigkeit der Eigentumsansprüche der Fiat-Turin wohl bekannt sein muß, hat sich auch hier für das ausländische Privatkapital gegen die Interessen Österreichs gestellt und die gesetzwidrige Durchführung einer Generalversammlung der Aktionäre der Austro-Fiat bewilligt.

Die „Arbeiter-Zeitung“ hat am 5. Oktober dieses Jahres diese Manipulation mit den Fiat-Aktien mit Recht als eine freche Schiebung bezeichnet, als einen Versuch, dem Staat zugunsten privater Interessen zu schaden. Aber im Gegensatz zur Auffassung nicht nur allein der Fiat-Arbeiter, sondern darüber hinaus breiter Schichten der Arbeiterschaft, die diese Schiebung entschieden ablehnen und darauf beharren, daß der Betrieb in den Händen Österreichs verbleibt, hat die SPÖ, nachdem von amerikanischer Seite interveniert wurde, offenkundig ihre ursprünglich eingenommene Haltung geändert. Sie steht jetzt auf dem Standpunkt, daß man das Werk wohl nicht verschenken, aber doch verkaufen wird.

Die Fiat-Arbeiter haben sich am 18. Oktober mit einem Schreiben an die Nationalräte gewendet, in dem es heißt: „Der Gesamtbetriebsrat der Arbeiter und Angestellten und die Belegschaft der Österreichischen Automobil-Fabriks-AG. vertritt einhellig den Standpunkt, daß das Eigentum dieses Betriebes durch den Staatsvertrag eindeutig in den Besitz der

Republik Österreich übergegangen ist und auch weiterhin Eigentum der Republik Österreich bleiben muß. Darum lehnt die Belegschaft jede Rückstellung, jeden Verkauf an ausländisches Kapital und auch jeden Scheinverkauf ab.“

Wir glauben, daß kein Staatssekretär und kein Minister das Recht hat, sich über diese klare Willensäußerung hinwegzusetzen, und daß die Stimme der Arbeiter, die diesen Betrieb nach 1945 unter schwersten Opfern aufgebaut haben, mehr Gehör verdient als die der Herren des amerikanischen Automobilkonzerns General Motors, die hinter der Fiat in Turin steckt.

Die Manöver um die Automobilfabrik Fiat in Floridsdorf zeigen uns, daß neben den österreichischen Kapitalisten große ausländische Kräfte am Werke sind, um das österreichisch gewordene Deutsche Eigentum in die Hände zu bekommen. Bei Austro-Fiat geht es um einen wichtigen Betrieb, den das ausländische Kapital an sich bringen will.

Aber das ausländische Kapital greift nicht nur nach einzelnen Betrieben, sondern nach dem größten Reichtum unseres Landes, nach einem ganzen Industriezweig, von dem tausende, zehntausende Menschen in Österreich abhängen, nach unserem Erdöl. Die großen Weltmonopole der Erdölindustrie versuchen, Schürfrechte, Raffinerien und vor allem den Erdölhandel an sich zu reißen, um das einheitliche und wohlorganisierte Ganze der Österreichischen Mineralölverwaltung zu zerreißen. Sie haben es bereits soweit gebracht, daß heute in Österreich die Hälfte des verkauften Benzins ausländischer Herkunft ist. Einer der öffentlichen Verwalter der OROP, Sektionsrat Dr. Degen, hat vor einigen Tagen erklärt, daß die ausländischen Erdölkonzerne eine scharfe Konkurrenzoffensive mit unerlaubten Mitteln eröffnet haben, daß sie Tankstelleninhaber, die einen Liefervertrag mit der jetzigen österreichischen OROP haben, zu einem Vertragsbruch bewegen und sogar erklären, sie würden die Gerichtskosten und den Schadenersatz zahlen, wenn die OROP klagen sollte. Die Bevölkerung hat selbst Gelegenheit, zu sehen, wie aus schmutzigen Konkurrenzgründen neben den Tankstellen der österreichischen OROP ausländische Firmen Tankstellen eröffnen, um durch den Verkauf ausländischen Benzins die österreichische Erdölindustrie zunächst lähmen und sie dann verschlingen zu können.

Wo bleibt der Protest des Parlaments gegen diese Schmutzkonkurrenz des ausländischen Kapitals? Wo bleiben die Maßnahmen des Finanzministers und der Regierung, um diesen Hyänen ihr Handwerk zu legen? Es muß klar und deutlich gesagt werden: Die Neutralitätserklärung Österreichs schützt unser Land militärisch und politisch, sie schützt aber

keineswegs gegen die Durchdringung durch das ausländische Kapital! Dagegen kann uns nur eine konsequente Politik der völligen Unabhängigkeit vom ausländischen Kapital schützen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Unterhöhlung der Unabhängigkeit Österreichs schon einmal mit der wirtschaftlichen Durchdringung durch das deutsche Großkapital begonnen hat, und wir müssen uns hüten, dies direkt oder indirekt wieder zuzulassen.

In diesem Zusammenhang einige Worte über die Kapitaleinfuhr und zu den wiederholten Erklärungen österreichischer Regierungsstellen über die Notwendigkeit einer Heranziehung ausländischen Kapitals für österreichische Unternehmungen. Wenn Anleihen gegeben werden, die an keinerlei wirtschaftspolitische und politische Bedingungen geknüpft sind und die nicht Reichtümer Österreichs dem ausländischen Kapital ausliefern, dann ist gegen solche Anleihen grundsätzlich nichts einzuwenden. Wenn wir aber zum Beispiel in den letzten Tagen in der Presse lesen konnten, daß ein Vertreter der Weltbank in Wien erklärt hat, daß Kredite nur unter der Bedingung gegeben werden, daß keine weiteren Verstaatlichungen erfolgen, dann halten wir solche Bedingungen für unannehmbar und außerordentlich gefährlich. Heute fordert man, daß es zu keinen weiteren Verstaatlichungen komme, aber in einem späteren Zeitpunkt, wenn die Positionen des ausländischen Kapitals entsprechend stark sein werden, wird man sogar fordern, daß die bisherigen Verstaatlichungen rückgängig gemacht werden. Schließlich würde das dazu führen, daß dem ausländischen Kapital eine Kontrolle über unsere Wirtschaft und unser staatliches Leben eingeräumt wird.

Zu welchen reaktionären und arbeiterfeindlichen Zwecken man die Gewährung von Krediten mißbrauchen kann, das wurde uns vor gar nicht langer Zeit vom Finanzminister Dr. Kámitz vorexerziert. Aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage haben wir erfahren, daß der Finanzminister die Erteilung einer Anleihe für die Schoeller-Bleckmann-Werke von einer Änderung der Arbeitsordnung, also von der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abhängig gemacht hat. Wir wissen aus öffentlichen Erklärungen des Staatssekretärs Bock und einiger öffentlicher Verwalter, daß die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auch in den ehemaligen USIA-Betrieben allgemein als Druckmittel bei der Vergebung von Aufträgen oder der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung verwendet wird. Dies geschieht, um den Wünschen des ausländischen Kapitals entgegenzukommen.

Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Tagen ein denkwürdiges Datum in

der Geschichte unseres Landes gefeiert, den Tag, an dem der letzte fremde Soldat Österreich verlassen hat. Das war ein Wendepunkt in der Entwicklung unseres Landes, und das österreichische Volk hat alle Ursache, sich darüber zu freuen. (*Abg. Weikhart: Nur nicht die KPÖ!*) Wir dürfen aber auch nicht übersehen, daß in breiten Schichten der Bevölkerung, vor allem in der Arbeiterschaft, eine wachsende Unruhe um sich greift, eine Unruhe vor allem über die wachsende Teuerung, über neue Anschläge, die auf die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen vorbereitet werden. Das arbeitende Volk fordert mit Recht, daß jetzt die Zeit gekommen, ernste Maßnahmen, um die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen zu heben.

Weite Kreise der Bevölkerung verfolgen mit ernster Besorgnis einige Vorgänge und Ereignisse in der Innenpolitik. Niemand wird dagegen sein, wenn zehn Jahre nach der Beendigung des Krieges und in der Zeit, in der Österreich seine Unabhängigkeit wiedererlangt hat, auch die Kriegsverbrecher begradigt werden. Wenn jedoch von gewisser Seite und sogar mit Unterstützung von Regierungsstellen nunmehr der Versuch gemacht wird, diese Kriegsverbrecher zu Helden zu stempeln, während man jenen, die sich gegen sie gewehrt haben, Racheprozesse anhängt, dann muß dies in aller Öffentlichkeit festgestellt werden. Eine solche Politik verletzt nicht nur die bestehenden Gesetze, sondern ist auch unwürdig eines freien und demokratischen Österreich.

Die Bevölkerung erwartet, daß Regierung und Parlament alles tun werden, damit jene Reichtümer, die durch den Staatsvertrag österreichisch geworden sind, auch österreichisch bleiben und daß wirksame Maßnahmen gegen die drohende Überfremdung unserer Wirtschaft getroffen werden. Die Sicherung der neu gewonnenen Reichtümer, besonders unseres Erdöls, gegen die Zugriffe des ausländischen Kapitals bedeutet zugleich eine Festigung und Verankerung unserer Unabhängigkeit, die durch das Eindringen des ausländischen Kapitals gefährdet würde.

Präsident: Als erster Proredner ist der Herr Abg. Dr. Pittermann zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Ich habe den Ausführungen meines geschätzten Herrn Vorredners, des kommunistischen oder volksoppositionellen Abg. Koplenig, mit Interesse zugehört, aber ich konnte beim besten Willen in seinen Ausführungen keinen Jubelton über den Abschluß des Staatsvertrages entdecken, ich hatte eher den Eindruck eines Lamentos um den verlorenen großen Bruder.

(Heiterkeit.) Der Herr Abg. Koplenig hat verschiedene Äußerungen von Abgeordneten der Regierungsparteien aus der Vergangenheit zitiert. Ich will das Hohe Haus nicht mit Revanchezitate langweilen, aber ich bin überzeugt, außer mir können sich noch andere an die prophetischen Worte der Herren vom Linksblock erinnern, daß in Österreich die Volksdemokratie in kürzester Zeit eingeführt werden würde. (Abg. Weikhart: *Es wird anders, haben sie gesagt!* — *Gegenrufe bei der VO.*) Diese Prophezeiung des Linksblocks hat sich ebenso als politische Falschmünzerei erwiesen wie die Propagandazettel bei der letzten Nationalratswahl. Ich erinnere mich noch deutlich daran, wie der Herr Abg. Fischer hier eine Brandrede gehalten hat, um ein Buch über die Aufrüstung in Österreich, über „verbrecherische Anschläge gegen den Weltfrieden“ zu immunisieren. Er hat damals bestimmt nicht an die Möglichkeit gedacht, daß das kommende österreichische Bundesheer mit russischen Düsenflugzeugen und Tanks ausgerüstet werden würde. (Lebhafte Heiterkeit. — Abg. E. Fischer: *Aber ihr habt noch weniger daran gedacht!*) Wir sind aber auch viel weniger enttäuscht als der Herr Abg. Fischer.

Hohes Haus! Anlässlich der ersten Budgetdebatte nach Abschluß des Staatsvertrages halte ich es für meine Pflicht, an die Spitze meiner Ausführungen den Dank an alle jene Namenlosen und Unbekannten zu stellen, die durch ihren opferwilligen Einsatz für ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich in Wahrheit den Abschluß dieses Staatsvertrages herbeigeführt haben. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Wir hoffen, daß die Bundesregierung bald mit einem Vorschlag kommt, den Helden des Kampfes für ein freies Österreich und dem zweimaligen Begründer der österreichischen Republik, dem verewigten Staatskanzler und nachmaligen Bundespräsidenten Dr. Renner ein würdiges Denkmal zu setzen. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)

Wir Sozialisten sind dafür, daß nun der Schlußstrich unter die Irrungen und Verwirrungen der Vergangenheit gezogen werde. Wir sind dafür, daß Menschen, die für ihren Irrtum zum Teil persönlich sehr hart gebüßt haben, der Weg in die demokratische Gemeinschaft vorbehaltlos eröffnet werde. Wir Sozialisten sind dafür, daß Menschen, die wegen ihrer Gesinnung, wegen ihres Religionsbekenntnisses oder wegen ihrer Rasse einst aus Österreich vertrieben wurden, auch eine entsprechende Hilfe erhalten. Über Ausmaß und budgetäre Deckung dieser Hilfe werden wir ja vom Herrn Finanzminister bei den Budgetverhandlungen noch Aufschluß erhalten. Aber wir Sozialisten werden uns auch dafür ein-

setzen, daß den in Österreich verbliebenen Opfern des Kampfes für ein freies und unabhängiges Österreich endlich einmal volle Gerechtigkeit zuteil werde. (Beifall bei der SPÖ.) Diese Männer und Frauen aus allen politischen Lagern unseres Volkes haben ja nicht materieller Vorteile willen dafür gekämpft, daß in ihrem Vaterland, in der Republik Österreich, die demokratischen Freiheiten wiedererstehen, sie haben diesen Einsatz aus tiefinnerlichem Idealismus geleistet. Aber heute, zehn Jahre nach dem Wiedererstehen der Republik Österreich, nach dem Abschluß des Staatsvertrages, muß man doch endlich auch diesen Kämpfern für ein freies und unabhängiges Österreich ihre vollen, durch keine kleinliche Knauserei beschränkten Rechte zuerkennen. Wir sind dafür, daß die Demokratie gegenüber allen, die vom rechten Weg abgeirrt sind und wieder zurückgefunden haben, großzügig sei. Die Demokratie soll sich aber auch denen gegenüber würdig benehmen, die ihr stets und unverbrüchlich die Treue gewahrt haben (Beifall bei der SPÖ), und ich hoffe, daß wir uns diesbezüglich mit den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei zu einem gemeinsamen Schritt zusammenfinden werden, denn letzten Endes ist ja der größte Teil jener Männer und Frauen, die dafür in Betracht kommen, doch aus den Lagern dieser beiden großen demokratischen Parteien hervorgegangen.

Das Budgetrecht zählt zu den vornehmsten Rechten der Volksvertretung, und der Nationalrat muß darüber wachen, daß sein Budgetrecht nicht durch die Vollziehung beschränkt werde. Grundsätzlich will ich dazu folgendes sagen: In der gegenwärtigen Regierung der Zusammenarbeit muß die Volksvertretung als Gesamtheit ihr Kontrollrecht mit aller Entschiedenheit wahren. Das Parlament darf sich nicht als einen Kasernenhof behandeln lassen, wo Rekruten zur Vergatterung antreten und den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu folgen haben. (Ruf bei der WdU: *So weit sind wir aber schon!*) Ich kann hier nur für meine Partei sprechen, ich hoffe aber, die Abgeordneten der anderen Regierungspartei stimmen mir zu: Das Parlament muß sich bei der Ausübung der Staatsgewalt als gleichberechtigter Partner fühlen und benehmen. Die Regierung muß sich auf die Abgeordneten der Mehrheitsparteien stützen können, aber die Regierung muß auch mit dem Widerstand aus den Reihen dieser Abgeordneten rechnen, wenn es um die Rechte des Parlaments geht.

Ich habe hier einen ganz konkreten Fall vor Augen, nämlich die Vorfälle bei der Einberufung der außerordentlichen Tagung des Nationalrates. Wir Sozialisten sind der Meinung — wir hoffen, daß wir uns auch da mit den

3734 81. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 28. Oktober 1955

anderen Abgeordneten finden —, daß die Einschaltung der Bundesregierung zwischen Nationalrat und Bundespräsident bei der Einberufung einer außerordentlichen Tagung dem Geist der Verfassung widerspricht. Wir sind dafür, daß man durch eine klare und unmißverständliche Willenskundgebung des Parlaments dafür Sorge, daß in Hinkunft solche Beschränkungen der Rechte des Parlaments unterbleiben. (*Abg. Dr. Kraus: Also nur anfangen damit!*) Ja, Herr Dr. Kraus, die Kleinen sind immer dafür, daß die Großen anfangen. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der WdU: Wenn Sie sich nicht trauen!*)

Das Parlament muß sich eine solche Beschränkung auch nicht unter Hinweis auf das Arbeitsübereinkommen zwischen den Regierungsparteien gefallen lassen, denn es heißt dort ausdrücklich, daß die Modalitäten der parlamentarischen Verhandlung jeweils innerhalb der Fraktionen der Regierungsparteien zu vereinbaren sind.

Andererseits hat das Parlament nach der Bundesverfassung das Recht, seinen Wünschen über die Ausübung der Vollziehung Ausdruck zu verleihen. Solche Entschlüsse des Parlaments sollen als ernste Parlamentswünsche auch dementsprechend beachtet werden. Ich muß da wieder auf einen einzigen Fall zu sprechen kommen — es wird in der Budgetdebatte noch auf mehrere solche Fälle hingewiesen werden.

Wir haben im November des vorigen Jahres zu dem Rechnungshofbericht einstimmig eine Entschliebung gefaßt, in der wir von der Bundesregierung verlangt haben, sie möge ehestens eine Vorlage im Hause einbringen, welche vorsieht, daß Beamte des Bundes nicht die Funktion des Kontrollors und des Kontrollierten in einer Person versehen. Das war eine allgemeine Ansicht aller Parteien des Hauses am 24. November 1954 gewesen: ehestens! Bis heute haben wir vom Schicksal einer solchen Vorlage nichts gehört. So geht das nicht, wenn das Parlament ernst genommen werden will! Wenn wir den Willen unserer Wähler durchsetzen wollen, können wir eine solche Behandlung nicht schweigend hinnehmen. Ich hoffe, daß diese Worte genügen, um, noch bevor der nächste Kontrollbericht des Rechnungshofes im Hause behandelt wird, der Regierung die Gelegenheit zu geben, die entsprechende Vorlage einzubringen.

Ein anderes Beispiel für die Rolle des Parlaments stellt die leidige Feiertagsfrage dar. Kollege Kranebitter ist gegenwärtig nicht im Saal, aber ich muß anerkennend feststellen, daß die von ihm gegebene Darstellung in der katholischen Wochenzeitung „Der Volksbote“ durchaus objektiv und sachlich war. Es ist

richtig, daß mindestens zwischen den beiden Regierungsparteien Einverständnis darüber besteht, daß man das Feiertagsgesetz novellieren soll, und zwar in der Form, daß der 8. Dezember als allgemeiner gesetzlicher Feiertag und der Karfreitag als Feiertag für die evangelischen Staatsbürger eingesetzt wird. Darüber sind wir uns einig. Trotzdem scheinen außerparlamentarische Kräfte stärker zu sein als das Parlament.

Ich muß sagen, daß wir uns wirklich einmal hier, wo wir keinerlei politische Differenzen haben, auf den Standpunkt stellen sollen, daß das, was die Mehrheit des Parlaments will, was sie nach der Geschäftsordnung beantragen und durchsetzen kann, auch tatsächlich geschehen muß. Wir werden bei der Einzelberatung einen entsprechenden Antrag einbringen, und ich hoffe, daß wir uns genau so wie vorher dann auch in der konkreten Frage einigen werden, beziehungsweise können wir ja auf die im Sozialausschuß liegenden Anträge von Abgeordneten beider Regierungsparteien in der Feiertagsfrage zurückkommen. Man muß schließlich als Nationalrat, als die oberste Repräsentanz des Volkes nicht immer ängstlich herumschauen, was der oder jener noch dazu zu sagen hat. Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Nehmen wir uns wirklich ein Beispiel aus der Bibel. Machen wir es so wie Christus, der die Viehhändler und Geldwechsler aus dem Tempel gejagt hat, ohne vorher eine Stellungnahme der Handelskammer eingeholt zu haben. (*Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der WdU: Die Pharisäer auch! — Zwischenruf des Abg. Dr. Hofeneder.*) Daß sich dadurch die Abg. Gredler und Hofeneder betroffen fühlen, wollte ich nicht provozieren. Es scheint halt mit der Handelskammer so zu sein wie mit dem Haus des Gehenkten, in dem man nicht vom Strick reden soll. (*Abg. Dr. Hofeneder: Wir wollen doch nicht die Pharisäer aufhängen!*) Das glaube ich Ihnen, Herr Dr. Hofeneder, einen Selbstmord verlangt niemand! (*Heiterkeit bei den Sozialisten.*)

Aber, meine Herren, ich habe auch bei diesen Budgetverhandlungen noch etwas auszustellen. Bei der ersten Lesung des vorjährigen Budgets hat der Herr Finanzminister in seinen Ausführungen unter anderem folgendes gesagt:

„Ich möchte jedoch im Zusammenhang damit mit allem Nachdruck feststellen, daß bis auf weiteres eine zusätzliche Ausdehnung des Budgetrahmens insbesondere auch mit Rücksicht auf die beschlossene Vorziehung der dritten Stufe des Nachziehverfahrens der Bundesbediensteten auf den 1. Juni 1955 nicht mehr zu vertreten ist. Daher kann

im Jahre 1955 auch mit keinen nennenswerten Ausgabenkreditüberschreitungen mehr gerechnet werden. Die Übung, sofort nach Beschlußfassung über das Bundesfinanzgesetz mit Anträgen auf neue Belastungen des Bundeshaushaltes an das Bundesministerium für Finanzen heranzutreten, kann im nächsten Jahr nicht weitergeführt werden.“

Das war bei der ersten Lesung. Tatsächlich sind, wie wir heute alle schon aus den vorliegenden Ziffern wissen, die Staatseingänge in diesem Jahr glücklicherweise — und für uns alle durchaus erfreulich — weit höher gewesen, als sie in den sehr, sehr vorsichtig angesetzten Budgetziffern ursprünglich enthalten waren. Vorgestern hat der Herr Bundesfinanzminister über das neue Budget ungefähr das gleiche gesagt, nämlich folgendes:

„In Anbetracht der eingangs geschilderten konjunkturpolitischen Situation, aber auch mit Rücksicht auf die begrenzten finanziellen Möglichkeiten ist es gerade im kommenden Jahr unbedingt geboten, an den beschlossenen Ausgabenansätzen festzuhalten und neue Belastungen des Staatshaushaltes unter allen Umständen zu vermeiden.“

Auch hier ein offenes Wort: Ich halte auch eine solche Behandlung der Volksvertreter auf die Dauer nicht für möglich. Wenn man sich geirrt hat, erfreulicherweise geirrt hat, und die Einnahmen höher geworden sind, als man sie angesetzt hat, dann soll man auch zum Parlament kommen und soll dem Parlament Gelegenheit geben, zu dem, was man damit machen will, Stellung zu nehmen. Denn alle Abgeordneten des Hauses, auch der Regierungsparteien, haben bei den Budgetverhandlungen Wünsche geäußert, haben jedoch auf diesen Wünschen nicht bestanden, weil der Herr Finanzminister, weil die Bundesregierung erklärte, nach diesen Ansätzen gebe es keine Möglichkeit zu ihrer Erfüllung. Wäre es umgekehrt gewesen, wären die Einnahmen geringer gewesen, als sie angesetzt waren, hätte man Maßnahmen zur Einsparung ergreifen müssen, dann wäre man zweifellos mit Gesetzen vor den Nationalrat gekommen. Diese Gesetze hätte man die Abgeordneten zweifellos beschließen und dafür in der Öffentlichkeit auch die Verantwortung übernehmen lassen. Ich halte eine Regierungspolitik etwa in der Form, daß Abgeordnete der Regierungsparteien Verantwortung scheuen, nicht für möglich. Nichts in der Entwicklung der letzten zehn Jahre läßt eine solche Annahme gegenüber den Abgeordneten der Regierungsparteien als begründet erscheinen. Ich halte es aber auch nicht für möglich, daß auf der einen Seite die Abgeordneten berechtigt erscheinende Wünsche

ihrer Wähler bei den Budgetverhandlungen nicht vorbringen oder zurückziehen sollen, daß aber, wenn im Laufe des Jahres mehr eingeht, einzig und allein einzelne Mitglieder der Bundesregierung dann vor der österreichischen Bevölkerung in die sicherlich erstrebenswerte Situation des Firmgöds kommen. Hier muß sauber und korrekt vorgegangen werden. Entsprechen die budgetären Ansätze nicht den Erwartungen, sind Kürzungen und Einsparungen notwendig, dann müssen selbstverständlich die Abgeordneten der Regierungsparteien dafür einstehen und die Verantwortung dafür übernehmen. Aber wenn die Einnahmen größer werden, wenn man mehr leisten kann, als ursprünglich vorgesehen war, soll man doch auch den Parlamentariern die Möglichkeit geben, mitzureden, wie diese Mehreinnahmen verteilt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich sage namens meiner Fraktion gleich eines zu diesem Budget: Ich halte es auch nicht für richtig, daß man im Budget darauf verzichtet hat, irgendwelche Budgetansätze, sei es im ordentlichen oder im außerordentlichen Budget, für den Wohnungsbau beim Bundesministerium für soziale Verwaltung beziehungsweise für den Wiederaufbaufonds beim Handelsministerium einzusetzen. Gewiß, diese Fonds werden auch aus Beiträgen gespeist, aber das enthebt doch nicht von der Verpflichtung, daß man auch aus allgemeinen Steuermitteln hier gewisse Beträge vorsieht. Das ist keine Erschütterung des Budgets, denn das Finanzgesetz, das wir beschließen, wie es der Finanzminister vorlegt, gibt ihm ja die Möglichkeit, Ausgaben, auch wenn sie im Budget enthalten sind, nicht zu bewilligen, wenn es die allgemeine Einnahmenlage des Staates nicht gestattet. Wir setzen doch alle Ansätze nur als Hoffnungsansätze an. Aber überhaupt keine Ansätze zu machen, das halte ich beim Kapitel Wohnungsbau, gleichgültig, in welchem Ministerium er geführt wird, nicht für möglich, und ich hoffe, daß wir gemeinsam mit den Abgeordneten der anderen Regierungspartei schließlich den Herrn Finanzminister dafür gewinnen werden, daß dieser Schönheitsfehler aus dem ansonsten begrüßenswerten Budget wieder weggebracht wird. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf für meine Fraktion sagen: Wir haben selbstverständlich das größte Interesse an der Erhaltung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt, wir werden nicht aus irgendwelchen Gesichtspunkten heraus Anträge finanzieller Natur stellen, bei denen eine Erschütterung des Gleichgewichtes zu erwarten ist. Aber das ist hier nicht der Fall, und das ist auch nicht der Fall bei dem Antrag auf Steuersenkung, den wir vorgestern im Hause überreicht haben. Denn dieser Steuersenkungs-

antrag sieht ja gleichzeitig vor, daß eine bisher gewährte Investitionsbegünstigung jetzt aufgehoben wird, weil sie nicht mehr in dem Maße volkswirtschaftlich notwendig ist wie die Investitionen in den privaten Haushalten. Es ist also auch hier die Erfüllung einer bescheidenen Entlastung der privaten Haushalte, und zwar aller jener mit unteren und mittleren Einkommen, möglich, wenn man wirklich den guten Willen hat. Wir sind für die Investitionsbegünstigung, wir sind für die Abschreibung, für die Bewertungsfreiheit eingetreten, als es volkswirtschaftlich notwendig war, um die Vollbeschäftigung zu erreichen und zu sichern. Aber wir sind der Meinung, daß jetzt, in der gegenwärtigen Situation, wo eher die Gefahr eines Überschlagens in eine Überkonjunktur droht, solche zusätzliche Injektionsspritzen der Investitionsbegünstigung für die Betriebe nicht mehr notwendig sind, jedoch für den privaten Haushalt, für die Ankurbelung des privaten Massenkonsums nach wie vor wichtig und notwendig sind.

Ich möchte eines sagen: Die Lage der arbeitenden Menschen in Österreich hat sich in der Zweiten Republik gegenüber der Vergangenheit erfreulich verbessert. Wir Sozialisten haben ursprünglich mit dem Herrn Finanzminister in der Frage der Finanzierung der Vollbeschäftigung ernste Auseinandersetzungen gehabt. Aber seit den Wahlen 1953 ist der Grundsatz der Vollbeschäftigung bei beiden Regierungsparteien voll anerkannt worden, und nach diesem Grundsatz wird die Budget- und Wirtschaftspolitik ausgerichtet. (*Abg. Dr. Hofeneder: Dazu hätten wir nicht bis 1953 warten müssen!*) Ja, Herr Dr. Hofeneder, im Jahre 1952 haben wir gehört und gelesen, daß für Straßen, Brücken und Wohnungsbauten kein Geld ausgegeben werden soll. Wir haben 1953 eine erfreuliche Änderung dieser Haltung konstatieren können. Wir anerkennen das eine, so wie wir das andere bemängelt haben. Und wir anerkennen auch das Erfreuliche, daß es uns gelungen ist, in Zusammenarbeit mit den Sozialpolitikern der ÖVP die seit langem erstrebte Verbesserung der Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft durch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz zu erreichen. Die arbeitenden Menschen dieses Landes sind durch diese von den Sozialisten angeregten, durch die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien ermöglichten Gesetzeswerke und Grundsätze der Wirtschaftspolitik von zwei Geißeln der Vergangenheit befreit: von der Angst um den Arbeitsplatz und von der Angst und der Sorge um die Altersversicherung. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Nunmehr kann man sich mit ganzer Kraft der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitenden zuwenden. Ich sage hier offen und ohne zu zögern: Wir Sozialisten vertreten den Standpunkt: Das Maß des Einzelwohlstandes hängt von Leistung und Ertrag der Gesamtwirtschaft ab. Wir Sozialisten sind davon überzeugt, daß wir, wenn wir im Staate stärker werden, den arbeitenden Menschen in den Betrieben und Werkstätten einen noch größeren Anteil am Volkseinkommen verschaffen können. Aber wir Sozialisten zögern auch nicht zu erklären, daß auch wir nur größere Portionen an die Arbeitenden verteilen können, wenn in der Wirtschaft mehr erzeugt wird. Und darum gilt es gegenüber allen Verunglimpfungen in Presse und Propagandareden für uns Sozialisten als selbstverständlich, alles zu unternehmen, was die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern in der Lage ist. Wohl verstanden, aber eine Ertragsfähigkeit nicht nur für die Unternehmer!

Ich unterstreiche auch die Bemerkung des Herrn Finanzministers, daß die Preisentwicklung in Österreich, so beunruhigend sie ist, doch nicht jenes Ausmaß erreicht hat wie in anderen Ländern. Ich führe das unter anderem auch darauf zurück, daß es in Österreich doch gelungen ist, an der Subventionspolitik länger festzuhalten als anderswo.

Eines aber muß ich dabei feststellen: Die Beunruhigung unter der Bevölkerung über die Preissteigerung kommt nicht nur aus der Preissteigerung selbst, sondern aus dem Gefühl, daß man zwar von Maßnahmen gegen die Preissteigerung ständig redet, praktisch aber nichts dagegen tut. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Krippner: Du meinst die Wiener Straßenbahn!*) Herr Abg. Krippner! Es freut mich, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, auf diesen Zwischenruf mit der Wiener Straßenbahn zu antworten. Es schaut hier das Match ähnlich aus wie das Ungarn gegen Österreich, aber nicht 6:1, sondern 20:1! (*Zwischenrufe.*) Die Liste können Sie im „Österreichischen Volkswirt“ nachlesen, und, lieber Krippner — denken Sie an das Bibelwort —: Wer das Zündholz im eigenen Auge hat, soll nicht allein den Splitter im Auge des anderen sehen! (*Abg. Dr. Hofeneder: Sie haben das Zündholz angezündet!*) Herr Dr. Hofeneder, Ihnen möchte ich sagen: Bei der Zündholzpreisverteuerung gehen Sie „Solo“, da gehen wir nicht mit. (*Heiterkeit und Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Doktor Hofeneder: Bei den Tarifierhöhungen gehen Sie „Resch“!*)

Der Herr Bundeskanzler hat selbst in einer Parteisitzung am 31. Juli oder wann — er ist heute nicht da, ich kann also in der Geschwin-

digkeit das genaue Datum nicht durch ihn feststellen lassen — davon gesprochen, daß Maßnahmen gegen die Preissteigerungen mit dem Finanzminister besprochen werden sollen. (*Abg. Dr. Hofeneder: Gegen die Tarifierhöhung kann man nichts machen!*) Auf diese Maßnahmen warten wir noch heute.

Es ist zweitens in einem Brief an Bürgermeister Jonas davon die Rede gewesen, daß auch „wir das Gefühl haben, daß die Strompreise und die Grundgebühren für die Stromlieferung bei vielen Energieversorgungsunternehmen zu hoch sind“. Es ist bisher aber außer diesem Eingeständnis und dem Bekenntnis, daß sie überprüfungsbedürftig sind, nichts geschehen. Wir begrüßen daher die jetzt vom Österreichischen Gewerkschaftsbund angeregte Sitzung der Wirtschaftskommission und hoffen, daß es der Regierung möglich sein wird, nach den Beratungen mit einem Bericht und mit konkreten Vorschlägen vor den Nationalrat zu treten. (*Abg. Doktor Hofeneder: Auch auf Tarifsenkungen!*)

Ich muß auch sagen, daß wir die Entwicklung unserer Außenhandelsbilanz nicht mit Freude und Wohlgefallen betrachten können. Wir hatten im Vorjahr einen Exportüberschuß von zirka 1 Milliarde Schilling und dürften heuer in den ersten neun Monaten bereits ein Defizit von rund 1200 Millionen Schilling haben. Das ist keine erfreuliche Entwicklung, und man soll sich wirklich nicht nur in den volkswirtschaftlichen Zeitschriften mit Plänen beschäftigen, sondern man soll endlich auch einmal zu konkreten Maßnahmen kommen. Ich bin der Meinung, Herr Bundesminister für Finanzen, daß die überforcierte Einfuhr von Kraftfahrzeugen — noch dazu von Veteranen aus Autofriedhöfen anderer Länder — keine sinngemäße Verwendung unseres Devisenschatzes ist und nur die Schwierigkeiten, die wir sowieso schon mit der überforcierten Motorisierung beim Straßenbau, beim Städtebau und letztlich auch beim Garagenbau haben, ins Überdimensionale steigert. Man sollte hier jetzt wirklich, ohne auf die Wehrufe einzelner relativ kleiner Interessenvertretungen zu achten, endlich einmal zu entsprechenden Maßnahmen kommen. Ich weiß schon, daß es schwer ist.

Als heuer im Sommer oder im Frühjahr zuerst die sozialdemokratischen Finanzminister in Skandinavien angingen, eine gewisse Bremse anzulegen, um ein Umschlagen in die Überkonjunktur zu vermeiden, war in einem erheblichen Teil der ÖVP-Presse großes Geschrei: Da sieht man wieder einmal, wie es dort zugeht, wo Sozialisten am Ruder sind! Mittlerweile haben auch durchaus konservative Finanzminister, etwa Minister Butler

in Großbritannien und die Minister Erhard und Schäffer in der Deutschen Bundesrepublik, entsprechende Maßnahmen vorschlagen müssen, und es wird wahrscheinlich auch unserem Herrn Finanzminister nicht erspart bleiben, ähnliches zu machen. Wir sagen es gleich voraus: Wir werden uns nicht so illoyal verhalten wie Ihre (*zu den Abgeordneten der ÖVP gewendet*) Vertreter im Wiener Rathaus. Wir werden die Maßnahmen prüfen, und was wir sachlich zur Beseitigung der Überkonjunktur für notwendig halten, dem werden wir die Zustimmung geben. Aber wir werden uns sehr dagegen wehren, daß man aus irgendwelchen wahltaktischen Gründen etwa notwendige Maßnahmen auf einen Zeitpunkt hinausschiebt, wo dann ungleich härtere Maßnahmen getroffen werden müssen. (*Abg. Dr. Hofeneder: SPÖ: 17. Oktober 1954: Die Tarife werden nicht erhöht!*) Wenn Sie wollen, Herr Doktor Hofeneder, ich habe auch ein Archiv mit Stellungnahmen der Handelskammer zu Tarifforderungen. Ich will hier nicht noch dem anderen Zweig, dem anderen Bund Ihrer Partei, sagen wir, in die Milchwirtschaft pfuschen. Das kommt später dran. (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich kann Ihnen nur das eine Versprechen geben: Wenn solche Maßnahmen notwendig sind, können Sie sich auf uns verlassen. Die Methode Weinberger: Geh'n ma ausse — bleib'n ma da!, die kennen wir nicht. (*Heiterkeit.*) Wir sind ernsthaft. Wir wissen, wenn etwas volkswirtschaftlich notwendig ist, und was gerechtfertigt erscheint, dem werden wir die Zustimmung geben. Wir haben uns nie gescheut, meine Herren, die Verantwortung zu übernehmen. (*Abg. Dr. Hofeneder: Sie haben nicht gehalten, was Sie vor den Wahlen der Bevölkerung versprochen haben!*) Wenn Sie, Herr Dr. Hofeneder, imstande wären, in der Bundeskammer jenen Geist von sozialer Verantwortung zu erreichen, wie er im Gewerkschaftsbund ist, dann wären wir in Österreich heute schon weiter. (*Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Doktor Hofeneder: ASVG! — Abg. Krippner: Diese Worte können Sie ruhig an die Arbeiterkammer richten, Herr Kollege Pittermann!*) Herr Abg. Krippner! Die Gleichstellung Arbeiterkammer mit Bundeshandelskammer verfehlt ihren Zweck: Bei uns ist der Präsident der Arbeiterkammer ein geachteter Funktionär, aber nicht der maßgebende Parteiführer wie bei Ihnen!

Ich begrüße die Bemerkung des Herrn Finanzministers in der Frage des Deutschen Eigentums, in der er eine baldige gesetzliche Lösung in Aussicht stellt. Die Sozialistische Partei hat in ihrer Erklärung vom 7. Mai d. J. ausdrücklich festgestellt, daß sie die Erhaltung des Arbeitsplatzes und die Stärkung der

österreichischen Wirtschaft als wichtigstes Programm für die Lösung dieser Frage ansieht.

Die im Verstaatlichungsgesetz von 1947 vorgesehenen Verstaatlichungen, die durch die russische Okkupation bisher nur auf dem Papier standen, sollen nunmehr endlich durchgeführt werden. Insbesondere erscheint uns die Durchführung der Verstaatlichung im Erdölsektor besonders wichtig, um unsere eben erst erklärte Neutralität gegenüber jeder Anfechtung zu sichern. Wir sind uns dessen bewußt, daß gegenüber dem übernommenen Eigentum mancherlei Rückstellungs- oder sogar noch nicht geklärte Eigentumsansprüche werden geltend gemacht werden. Wir Sozialisten treten nicht für eine Verstaatlichung ein, wo wirtschaftliche Erwägungen für die Führung eines Unternehmens als Privatbetrieb sprechen, wir sind aber dafür, daß auch den bereits verstaatlichten Betrieben die Möglichkeit geboten wird, sich um wirtschaftlich nahestehende Betriebe zu bewerben.

Die Durchführung dieser Bestimmungen des Staatsvertrages wird besonders heikel sein, weil ausländische Interessen geltend gemacht werden. Ich bin daher der Meinung, daß man hiebei nach folgenden Grundsätzen vorgehen soll:

1. Es soll alles auf Grund der Bestimmungen des Staatsvertrages heimgefallene Vermögen als Eigentum der Republik Österreich in Anspruch genommen werden.

2. Rückstellungsansprüche auf diese Vermögensschaften sind nach den Bestimmungen der Rückstellungsgesetze und des Staatsvertrages anzumelden und vor einem gerichtlichen Forum zu vertreten. Eigentumsansprüche, die auf einzelne Objekte des ehemaligen Deutschen Eigentums erhoben werden, sind vor den ordentlichen österreichischen Gerichten auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen, und nur die unabhängigen Gerichte, nicht irgendwelche weisungsgebundene Verwaltungsbehörden, sollen über die Rechtmäßigkeit dieser Ansprüche entscheiden.

3. Die Verfügung geschädigter Eigentümer über die durch den Staatsvertrag übernommenen Betriebe wird nur dadurch möglich gemacht, daß die österreichischen Steuerzahler hierfür 150 Millionen Dollar zu leisten haben. Es ist daher nicht unbillig, von den Übernehmern dieser Betriebe eine Beteiligung an diesen Lasten zu verlangen, wie es auch den seit langem unbestrittenen Grundsätzen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches über die Geschäftsführung ohne Auftrag durchaus entspricht. Selbstverständlich müssen alle neben dem Staatsvertrag an die Russische Militärbank für die einzelnen Betriebe ge-

leisteten Zahlungen bzw. die noch aushaftenden Kredite übernommen werden. Alle Eigentumsveränderungen hinsichtlich dieser Betriebe müssen in aller Öffentlichkeit erfolgen, wobei die Rechte des Parlaments hinsichtlich der Gebarung mit Bundesvermögen sinngemäß zu berücksichtigen sind.

In dem gegenwärtigen Budget wurde darauf hingewiesen, daß für die Erhöhung der Personalausgaben zirka 1300 Millionen Schilling vorgesehen sind. Diese Bemerkung hat in der Öffentlichkeit den vom Herrn Finanzminister zweifellos nicht gewollten Eindruck hervorgerufen, als ob hier Beträge für eine Erhöhung der Bezüge ab 1. Jänner 1956 eingesetzt worden seien. Ich bedaure diese Formulierung, denn es ist tatsächlich für künftige Erhöhungen ab 1. Jänner 1956 im Voranschlag, soweit mir bekannt ist, nichts vorgesehen, sondern, soweit ich unterrichtet bin, nur für die Automatik bei den Pensionisten. Ich muß den Herrn Bundesminister aber auch darauf aufmerksam machen, daß er, auch wenn er Präsident des Akademikerverbandes ist, verpflichtet ist, der Öffentlichkeit reinen Wein einzuschenken, denn man kann nicht die verantwortungsbewußten Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in die zweifelhafte Position bringen, sich für die Erhaltung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt einzusetzen, wenn Organisationen, an deren Spitze der Herr Finanzminister steht, in aller Öffentlichkeit so tun, als ob ziffernmäßig schon bestimmte Gehaltserhöhungen oder Valorisierungsfaktoren zugesagt worden wären.

Wir Sozialisten werden uns gegenüber dem Herrn Finanzminister und auch gegenüber dem Herrn Bundeskanzler als Chef der Personalverwaltung nicht so benehmen, wie man sich anderswo gegenüber Sozialisten benimmt, wenn sie zu Maßnahmen stehen müssen, aber wir sind der Meinung, daß die Pflicht, nein zu sagen zu dem, was unmöglich ist, in erster Linie dem zuständigen Ressortminister zukommt. Wir sind der Ansicht, daß die Bundesregierung so wie die Staatswirtschaft im gesamten mit der bisherigen Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund im allgemeinen und mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im besonderen die besten Erfahrungen gemacht hat. Man hüte sich, diese Zusammenarbeit durch Verhandlungen mit Organisationen zu stören, die bisher in Österreich noch keinerlei Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt haben! (*Starker Beifall bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP.*)

Im besonderen verweise ich auf die Entschließung des Nationalrates vom 25. Mai 1955, in der ein neues Gehaltsgesetz und die Ausdehnung der Zwischenlösung auf die Bundes-

pensionisten gefordert wird. Wir verlangen die Fortsetzung der begonnenen Verhandlungen mit den Gewerkschaften über das neue Gehaltsgesetz. Die Bundesbeamten und -pensionisten wissen, daß ihnen nicht alle Wünsche auf einmal erfüllt werden können, aber sie dürfen Verständnis dafür verlangen, daß ihnen das, was eben erfüllt werden kann, auch tatsächlich und so bald als möglich gegeben werden muß.

Ich möchte aber auch zu gewissen Diskussionen, die in der letzten Zeit über die Stellung und Haltung der Gewerkschaften in den Betrieben stattgefunden haben, einige Worte sagen. Wir haben den Vorwurf gehört, daß auf Grund von vereinzelten Vorgängen in einzelnen Betrieben der Rechtsstaat in Österreich in Gefahr gerate. Wir Sozialisten bekennen uns vorbehaltlos zum Rechtsstaat nach dem Grundsatz: „Gleiches Recht für alle!“ Wenn daher die Produzenten und die Händler heute schon einen gesetzlichen Schutz gegen unlauteren Wettbewerb und gegen Pfuscher haben und eine Verstärkung dieses Schutzes verlangen, dann kann man den arbeitenden Menschen in diesem Land den Schutz gegen unlauteren Wettbewerb und gegen Pfuscher nicht verwehren! (*Starker Beifall bei der SPÖ.*) Entweder haben alle das Recht auf Schutz ... (*Abg. Krippner: Unlauterer Wettbewerb?*) Entweder haben alle in Österreich das Recht auf Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb, oder es soll niemand das Recht haben!

Wir haben ja jetzt den Ablauf der Wirtschaftsgesetze vor uns. Was die Wirtschaftsgesetze im agrarischen Sektor betrifft, habe ich meinen Äußerungen anlässlich der Debatte über die Kapitalmarktgesetze nichts hinzuzufügen. Aber auf dem gewerblichen Sektor, auf dem Sektor der Industrie haben wir jetzt Gelegenheit, von der freien Wirtschaft in Österreich nicht mehr zu reden, sondern sie durchzuführen, können wir endlich in Österreich dafür sorgen, daß in der freien Wirtschaft wieder der Konkurrenzkampf geführt wird und nicht der Kampf um die Kontingente, wie er heute üblich ist. Denn Marktschutz zu verlangen, Preisschutz zu verlangen, Maßnahmen gegen den unlauteren Wettbewerb, Zollltarife zu verlangen, aber zu sagen: Die Früchte einer solchen Politik behalten wir uns!, in Krems auf der Tagung der Industriellen zu sagen: Lohnerhöhungen kommen nicht in Frage! — da muß ich den Herren von der Vereinigung der Industriellen schon den wohlgemeinten Rat geben, sich auf eine Robinson-Insel zurückzuziehen. In Österreich, wo die Sozialisten sind, werden solche Pläne nicht verwirklicht werden. Wenn der Weizen der Herren der Industrie reift, dann,

sage ich Ihnen, werden wir dafür sorgen, daß auch die Brotfrucht der arbeitenden Menschen in Österreich wachsen wird! (*Starker Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben eine Reihe von Vorschlägen gehört. (*Abg. Dr. Hofeneder: Das Preisregelungsgesetz brauchen wir nicht!*) Herr Abg. Dr. Hofeneder, wir wissen alle, was das Preisregelungsgesetz in Wahrheit für eine Augenauswischerei ist, mit dem Sie nichts anderes tun, als den Innenminister mit etwas belasten, was ihm der Handelsminister und der Landwirtschaftsminister durchzuführen versagen. (*Starker Beifall bei der SPÖ.*) So ist die Situation. Aber wenn Sie sagen: Kein Preisregelungsgesetz!, dann auch ein obligatorisches Kartellverbot in Österreich (*starker Beifall bei der SPÖ.*), und nicht nur, meine Herren, betreffend jene Kartelle, die im Kartellregister eingetragen sind, sondern auch betreffend die Kartelle, die man durch halböffentliche Fachverbände und anders durchführt! (*Abg. Krippner: Der Waldbrunner macht es öffentlich bei Koks und Blech!*) Über die Preise, Herr Abg. Krippner, in den verstaatlichten Betrieben können Sie hier im Haus mitbestimmen. Wenn Sie wollen, daß wir dem Hauptausschuß des Nationalrates weitere Preisbestimmungsrechte einräumen, können Sie mit uns reden, aber nicht nur im Sektor der öffentlichen Wirtschaft, sondern auch im Sektor der Privatwirtschaft! (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich kann Ihnen nur eines sagen, Herr Abg. Krippner: Die gesamte österreichische Wirtschaft, insbesondere die Zeitungsherausgeber und das graphische Gewerbe, wären zweifellos glücklich, wenn der Preis für Rotationspapier nach denselben Grundsätzen erstellt würde wie der Blechpreis, nämlich daß er ungeachtet aller Anstiege im Ausland im Inland gehalten wird, was beim Rotationspapierpreis trotz Protest der Bundesregierung bisher nicht möglich war.

Aber, meine Herren, hier in Österreich wird der Rechtsstaat auch auf dem Gebiete der Wirtschaft durchgesetzt werden müssen, nicht nur dort, wo es den Produzenten und dem Großhandel paßt, auch dort, wo es den Arbeitern und Angestellten und den Konsumenten paßt. Wir Sozialisten stehen gar nicht an, zu erklären, daß die ersten, die mit solchen konkreten Maßnahmen in Österreich aufgetaucht sind, damals auch als einzige auftreten konnten, die politischen Großväter der Österreichischen Volkspartei waren. Vielleicht ist den Wiener Abgeordneten der ÖVP in Erinnerung, daß vor etwa 50 Jahren der damalige Bürgermeister Dr. Lueger die Wiener Fleischbänke errichten ließ, um dem Wucher-

treiben der Viehhändler endlich einmal Einhalt zu gebieten. Wenn der Herr Dr. Lueger heute eine solche Maßnahme vorschlagen würde, dann müßte er mit dem schärfsten Protest seiner Parteifreunde in der Handelskammer rechnen! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Krippner: Die Fleischwerke gehören der Gemeinde Wien!*) Herr Abg. Krippner! Wir werden uns bei der Frage Viehverkehrsgesetz über die Freiheit des Warenverkehrs mit Fleisch und Fleischprodukten unterhalten. Wir werden uns aber auch, Herr Abg. Krippner, dann darüber unterhalten, wie das System der Aus- und Einfuhrbewilligungen zu handhaben ist und ob man in Zukunft in Österreich überhaupt noch so etwas braucht.

Daß es nämlich geht, Herr Abg. Krippner, das lesen Sie gerade heute in Ihren Blättern von Vorarlberg. Und trachten wir alle, zu solchen Maßnahmen zu kommen, bevor es notwendig ist, außerhalb Regierung und Gesetzgebung die entsprechenden Schritte einzuleiten. Denn wir haben es in der Hand, wir müssen Disziplinosigkeiten einzelner nicht hinnehmen. (*Abg. Dr. Hofeneder: Beiderseits!*) Wir hoffen auf Ihre freundliche und geschätzte Mitarbeit auf diesem Gebiet, wie es sich in Vorarlberg schon erfreulicherweise als möglich erwiesen hat.

Ich muß nun aber noch zu zwei Dingen, oder richtiger gesagt, zu einem wichtigen Problem und einem nebensächlichen sprechen, und das ist erstens das Problem der Währung. Ich bin der Ansicht, daß die recht haben, die sagen: Je weniger man von Währungsangelegenheiten spricht, desto besser ist es für die Währung. Das allerschlimmste aber ist, meine Herren, wenn man Währung und Währungsstabilität zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen macht, insbesondere dann, wenn man einem politischen Gegner gegen die realen Tatsachen und gegen die eigene Einsicht vorwirft, daß er eine Politik betreibt, die eine Gefährdung der Währung beabsichtigt. (*Zwischenrufe.*) Das war heuer im Sommer der Fall. Die Folgen — und das hat uns wieder versöhnt — haben in erster Linie Sie selber auszuhalten gehabt, denn unsere Anhänger sind halt nicht ganz so gläubig, wenn man aus Ihren Kreisen, gelegentlich sogar aus allerhöchsten Kreisen, behauptet, daß die Sozialisten die Stabilität der Währung gefährden. Denn bei uns weiß man: Wir sind eine Partei von Lohn-, Gehalts- und Rentenempfängern (*Zustimmung bei der SPÖ*), und niemand anderer als diese Menschen hat größeres Interesse an der Stabilität der Währung, an der Erhaltung der Kaufkraft des Schillings. Aber in Ihren Kreisen hat es — es nimmt uns nicht wunder — doch Wider-

hall gefunden. Und wenn Sie sich den letzten Bericht des Instituts für Meinungsforschung aus Wien zur Hand nehmen, werden Sie finden, daß der Glaube an die Stabilität der Währung in den vergangenen Monaten am stärksten in der Landwirtschaft erschüttert war. Das sind ja schließlich auch diejenigen, die auch sonst Ihren Parolen und Behauptungen Gehör schenken.

Wir haben mit Befriedigung festgestellt, daß der Herr Bundeskanzler, dem ich das heute leider nicht persönlich sagen kann, sich mit anderen Herren, auch mit dem Herrn Finanzminister, ernsthaft bemüht hat, dieses erschütterte Vertrauen wieder aufzurichten, und ich hoffe, daß das auch gelungen ist. Ich möchte aber doch bitten, daraus als Lehre zu ziehen: Man soll das Zündeln mit der Währung und der Währungsstabilität in Zukunft nicht als politische Waffe benutzen! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Hofeneder: Die Wiener Straßenbahn war das Signal dazu!*)

Ich darf mir nach der langen Zusammenarbeit, ohne mißverstanden zu werden, die freundschaftliche Bemerkung erlauben: Es hat mich sehr gefreut, bei der Rede des Herrn Bundeskanzlers im Rundfunk über die Gerüchtemacher gegen die Währung hernach die Verleumdungsarie aus dem „Barbier“ zu hören. Ich glaube, es wäre gelegentlich angezeigt, sie auch spielen zu lassen, bevor er über die Absichten des Koalitionspartners in Ihren eigenen Reihen spricht. (*Heiterkeit.*) Denn, meine Herren, wir haben jetzt ein schweres Stück der Innenpolitik hinter uns. Es war in Ihren Zeitungen zu lesen, wir Sozialisten wären in den vergangenen Monaten aus dem Angstschlottern nicht herausgekommen, weil uns der Weinberger und seine Wiener Parteifreunde und auch noch andere unbedingt im Herbst dieses Jahres Neuwahlen bescheren wollten.

Wir haben am vergangenen Sonntag Landtagswahlen in Oberösterreich gehabt. (*Abg. Polcar: Sie haben aber trotzdem Angst gehabt! — Abg. Weikhart: Der Wiener „Held“ ist schon da!*) Ich glaube nicht, daß das Ergebnis dieser Landtagswahlen, weder für die eine noch für die andere Regierungspartei ... (*Andauernde Zwischenrufe. — Abg. Doktor Hofeneder: Wir werden auch im nächsten Jahr in Oberösterreich Wahlen haben! — Abg. Altenburger: Aber Sie schlafen jetzt auch ruhiger, Kollege Pittermann!*) Ja, Herr Kollege Altenburger, ich sage Ihnen ganz offen: Es war nicht unsere Sorge um den Wahlausgang, sondern um das, was nachher kommt! Denn, meine Herren, kaum ist der Staatsvertrag trocken — und schon

ein Überspielen der verantwortungsbewußten Männer durch bestimmte Hasardeure. Was soll das für eine Grundlage für eine künftige Zusammenarbeit sein? Ja, kann sich denn irgendein ernst zu nehmender Politiker einbilden, daß wir jetzt, wo wir den Staatsvertrag haben, in Zukunft darauf verzichten können, daß die Zusammenarbeit der großen Parteien die Stabilität im Lande erhält? Wie kann eine solche Stabilität, die doch auch ein gewisses Maß, ein Mindestmaß — manchmal nur ein Hohlmaß — von Loyalität und Vertrauen in die anderen voraussetzt, erhalten werden, wenn im ersten Gefühl der Freiheit kleinliche und nicht einmal richtige parteipolitische Vorteile, erdachte Vorteile, als Leitmotiv herangezogen werden?

Wir wissen, daß der Herr Bundeskanzler einen sehr schweren Stand gehabt hat, das gleiche Verantwortungsbewußtsein durchzusetzen, das für uns selbstverständlich ist. Denn, meine Herren, etwas soll man aus den vergangenen zehn Jahren, aus den abgelaufenen zehn Jahren als Lehre für die Zukunft schon ziehen, nämlich ... (Abg. Altenburger: *Es ist gut im Schatten des Bundeskanzlers!*) Herr Abg. Altenburger, ich möchte Sie aufmerksam machen: Der Herr Bundeskanzler Raab, dessen Qualitäten wir durchaus achten und schätzen, ist erst seit 1953 Bundeskanzler. Es hat auch schon vorher Bundeskanzler gegeben, einen von uns und einen von Ihnen, und ich hielte es für unwürdig, ihre Verdienste schmälern zu wollen. (Abg. Grubhofer: *Ich schätze Ihre Worte, aber warum sprachen Sie früher von politischen Hasardeuren?*) Herr Abg. Grubhofer! Ich habe meiner Freude Ausdruck gegeben, daß Menschen, die Hasardeure waren, in Ihren Reihen sich nicht durchsetzen konnten. Denn daß Sie Hasardeure haben, können Sie nicht bestreiten. (Abg. Polcar: *Erzählen Sie das dem Stadtrat Resch!* — Abg. Weikhart: *Er meldet sich schon!* — Lebhaftes anhaltendes Zwischenrufen.) Herr Abg. Polcar! Sie denken doch gewiß auch an das Sprichwort vom schuldigen Mann, den das Grausen angeht! (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.) Nein, meine Herren! Mit dem Autobus immer gerade auf der Straße kommen wir am sichersten weiter! (Anhaltendes Zwischenrufen.) Herr Abg. Dr. Hofeneder! Bei Ihnen sind Straßenbahntarifierhöhungen in Innsbruck, wo Sie die Verwaltung führen, oder auch in Graz, wo Sie den Finanzreferenten stellen, volkswirtschaftlich notwendig, nur wo Sozialisten das Finanzreferat führen, entdecken Sie Ihr Herz für den Konsumenten! (Abg. Altenburger: *Aber er hat 1 Milliarde Reserve, der Resch!*) Herr Abg. Altenburger, reden

Sie nicht so viel von Reservenbildung, es kann der Zeitpunkt nicht mehr ganz so ferne sein, wo der Herr Finanzminister Ihnen diesbezüglich Vorschläge machen wird, und Sie als Gewerkschaftsfunktionär werden solche Vorschläge als Mittel für die Bekämpfung künftiger Krisen sehr ernsthaft prüfen müssen.

Es ist nicht die beste Wirtschaftspolitik, wenn man mehr ausgibt, als man einnimmt. (Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Hofeneder: *Da schau her!*) Nehmen Sie das nur zur Kenntnis. (Abg. Machunze: *Spät kommt die Erkenntnis!*) Das ist für uns immer der Grundsatz gewesen. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Nur Sie, meine Herren, haben dann die Plakate in Wien angeschlagen, weil Sie dagegen waren, daß das so ist. Jetzt kommen Sie halt langsam wieder zur Vernunft zurück. (Lebhaftes Zwischenrufen.) Ich weiß schon, daß es einigermaßen schwierig ist. (Abg. Dr. Hofeneder: *Alles haben Sie zuerst erfunden!*) Nein, Herr Abg. Hofeneder! Eines sage ich Ihnen: Die Politik der Herren Weinberger und Polcar haben wir nie erfunden! Darauf melden wir keinerlei Eigentumsansprüche an! (Anhaltendes Zwischenrufen.)

Aber kommen wir jetzt, meine Herren, nach Ihren diversen Entgleisungen in der Tarifpolitik, für die Sie hier sehr bald Gelegenheit haben werden, unter Beweis zu stellen, was Sie nur reden oder was Sie zu tun entschlossen sind, wieder zur Sache. (Abg. Dr. Hofeneder: *Wir halten uns an die SPÖ-Plakate!*) Das wird mich freuen, Herr Abg. Dr. Hofeneder! (Abg. Polcar: *„Den Schwachen helfen und dem Volke dienen!“*) Ich bin der Meinung, daß man auch nicht plakatieren kann: „Höhere Löhne und bessere Renten!“ und zugleich die Erhöhung der Milchpreise verlangen kann. (Abg. Polcar: *Die verlangen auch Ihre Bauern!* — Abg. Altenburger: *Kostendeckende Preise, Herr Abg. Pittermann! Kostendeckende Preise!*) Na, ich muß sagen, Herr Abg. Altenburger, auf dem Agrarsektor ist es bisher ein Programm der Volkspartei gewesen, für „kostendeckende Subventionen“ einzutreten. (Abg. Altenburger: *Gestern erst mußte Herr Präsident Mantler feststellen, daß es Stadtrat Resch war, der kostendeckende Preise verlangt hat! Das ist das Wort des Herrn Präsidenten Mantler! Da müssen wir bei der Wahrheit bleiben!*) Herr Altenburger, Sie werden mit uns über wirtschaftliche Grundsätze, insbesondere Sie als Gewerkschaftsvertreter, zu einer Einigung kommen, aber die müssen dann allgemein gelten, nicht nur für einen Teil der Bevölkerung! Man kann nicht nur den Tarif bei dem einen sehen, man kann nicht, Herr Abg. Hofeneder

— ich muß mich leider wiederholen —, mit Straßenbahnfahrkarten werfen und im Bundesholzwirtschaftsrat sitzen. Wenn Sie in der Lage sind, durchzusetzen, daß der Holzpreis in Österreich denselben Valorisierungsfaktor hat wie die städtischen Tarife in Wien, dann, Herr Abg. Dr. Hofeneder, werden wir uns auf dieser Basis finden. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Hofeneder: Was dem einen sein Resch ist, das ist dem andern sein Schoeller-Bleckmann!)*

Ich weiß schon und ich habe auch Verständnis dafür, daß es für einige von Ihnen nach dem Wahlsonntag in Oberösterreich in den innerparteilichen Auseinandersetzungen etwas schwieriger geworden ist. Ich habe auch Verständnis dafür, daß Sie sich jetzt in diesen Auseinandersetzungen hier im Hause Luft machen wollen. Aber ich glaube, daß gerade dieses Ergebnis, meine Herren von der Volkspartei, für Sie ein Grund sein soll, ernstlich zu überprüfen, wie die Zusammenarbeit in Österreich in Zukunft fortgesetzt werden kann. *(Abg. Dr. Hofeneder: Absolute Majorität in Oberösterreich!)*

Ich habe Ihnen das letzte Mal hier den Vorschlag gemacht, an der Verwaltung des Staats- und Volkseigentums in Österreich das ganze österreichische Volk entsprechend seiner politischen Willenskundgebung beteiligen zu lassen. Ich halte diesen Vorschlag nach wie vor aufrecht. Der Herr Abg. Dr. Hofeneder hat dann nachher gesagt, er sei glücklich, daß das Organgesetz nicht gemacht wurde. Ich sage Ihnen: Ich glaube nicht, daß er dieses Glücksgefühl äußern würde, wenn durch eine gar nicht so beträchtliche Verschiebung in der Wählerschaft auch ein sozialistischer Minister im Finanzministerium über das Staatseigentum disponieren würde *(Abg. Dr. Hofeneder: Nein, diese Sorgen haben wir nicht mehr!)*, so wie wir es nicht wollen, daß sich eine Partei allein dieses Recht anmaßt. *(Abg. Dr. Hofeneder: Vor dem „reschen“ Finanzminister haben wir keine Angst mehr!)*

Wir kommen zurück auf diesen Vorschlag, wir halten ihn weiter aufrecht. *(Abg. Dr. Hofeneder: Bei der nächsten Wahl!)* Überlegen Sie sich diesen Vorschlag gut, denn ich sage Ihnen: Wir werden die innere Atmosphäre in Österreich nur dann von überflüssigen Störungen freihalten, wenn wir das Recht des ganzen österreichischen Volkes auf Mitverwaltung an den dem ganzen Volk gehörigen Betrieben in entsprechender Form sichern. *(Zustimmung bei den Sozialisten.)*

Ich halte auch unseren Vorschlag aufrecht, daß für die Zulassung zu den öffentlichen Ämtern nur öffentliche Ausschreibungen und die Leistungen maßgebend sind, die vor einer unbeeinflussten Kommission erbracht werden.

(Abg. Dr. Hofeneder: Krankenhaus Wiener Neustadt! — Ruf bei der ÖVP: Bad Aussee! — Abg. Dr. Tschadek: Reden Sie nicht von Wiener Neustadt! Das geht in Ordnung! — Abg. Dr. Hofeneder: Der Verfassungsgerichtshof ist anderer Ansicht! — Weitere Zwischenrufe.)

Meine Herren! Diese Auseinandersetzungen, glaube ich, unterstreichen die Notwendigkeit dieser Reform unseres öffentlichen Lebens am allerdeutlichsten. Eine Zusammenarbeit der großen politischen Kräfte dieses Landes wird sich in Zukunft nur dann gedeihlich entwickeln können, wenn wir diese Streitigkeiten dadurch aus der Welt schaffen, daß wir der Leistung den Vorrang geben vor der Protektion *(demonstrative Zustimmung bei der ÖVP)* auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. *(Abg. Mayr: Besser gesagt, daß die Sozi nicht gleichzeitig Opposition betreiben!)* Sie irren sich, Herr Abgeordneter! Es sitzen unter Ihnen Leute in führender Stellung in Verwaltungskörperschaften, wo wir sozusagen die Mehrheit haben. Es sitzen unter Ihnen hier Leute, und es wird vielleicht der eine oder der andere demnächst dazukommen, die in der österreichischen Sozialversicherung tätig sind. Sie wissen, daß wir in diesen Bereichen und auch noch in einigen anderen Verwaltungen jene Zusammenarbeit bereits erzielen konnten, die uns vorschwebt.

Sie mögen heute darüber schreien, Sie mögen das heute noch schmähen und verunglimpfen, aber das wird in Österreich die Zukunft sein, das wird in Österreich die Vollendung der Demokratie sein müssen, daß derjenige, der sich um ein öffentliches Amt bewirbt, nach seiner Leistung geprüft wird und nach keinem anderen Gesichtspunkt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Polcar: So wie im Wiener Rathaus! — Abg. Slavik: Im Wiener Rathaus geht es nach der fachlichen Qualität! — Weitere Zwischenrufe.)* Meine Herren! Sie können uns dafür beim Wort nehmen: Auf der Basis der Gegenseitigkeit so wie in der Sozialversicherung. *(Abg. Dr. Gredler: Auf der Basis der Gleichheit für alle, nicht auf der der Gegenseitigkeit!)* Für alle, Herr Abg. Gredler! Meine Worte waren unmißverständlich. Ich habe nur sagen wollen, um es Ihnen klarzumachen, man soll nicht vom Wiener Rathaus reden, wenn man in der NEWAG sitzt. Sie wissen, was gemeint ist.

Meine Herren! Gerade Ihr Verhalten heute beweist ... *(Abg. Altenburger: Fragen Sie einmal Minister Waldbrunner! Der gibt Ihnen besser Auskunft, wie es aussieht bei der Bundesbahn!)* Warum fragen Sie nicht Ihren Parteifreund, den Generaldirektor Oberegger bei der Alpine Montan, wo Sie die Mehrheit im Angestelltenbetriebsrat haben? *(Abg.*

Altenburger: Das sind öffentliche Mittel, Steuergelder! Das ist ein Unterschied!) Da bemühen Sie sich jetzt vergeblich, denn gerade im Sektor der verstaatlichten Industrie, Herr Abg. Altenburger... *(Abg. Altenburger: Der Skandal stinkt zum Himmel mit dem Hitzinger! Und er macht nichts, der Minister Waldbrunner! Der Herr Vizekanzler Schärff macht nichts! Denken Sie auch daran, wenn Sie die anderen angreifen!)*

Herr Abg. Altenburger! Es ist nicht meine Pflicht und Aufgabe, hier im Hause die Geschäftsordnung zu wahren, weil ich hier Redner bin und nicht Vorsitzender. Aber eines muß ich Ihnen sagen, Herr Abg. Altenburger: Angriffe auf außenstehende Personen in diesem Haus entsprechen nicht der Geschäftsordnung! *(Abg. Altenburger: Was heißt „außenstehende Personen“?)* Was Sie gerade gesagt haben! *(Abg. Proksch: Hitzinger! — Abg. Altenburger: Er ist öffentlicher Verwalter!)* Herr Abg. Altenburger! Nach Ihrem Verhalten auf dem Österreichischen Gewerkschaftskongreß habe ich die Hoffnung gehabt, daß diese Worte von der Entgiftung des öffentlichen Lebens *(Abg. Altenburger: Ich habe den Hitzinger nie verteidigt!)*, vom Voransetzen der Leistung gerade bei Ihnen ein williges Ohr finden werden. Wenn Sie aber der Meinung sind, meine Herren, daß man in Österreich weiterhin nur nach protektionistischen Gesichtspunkten arbeiten soll *(Abg. Polcar: Wie im Wiener Rathaus!)*, dort, wo man die Macht hat, aber Demokratie von den anderen verlangt, dann wird man in Österreich nicht weiterkommen.

Ich glaube, Sie haben zur Kenntnis genommen, daß die österreichische Bevölkerung diesen unseren Vorschlag, den Zugang zum öffentlichen Dienst nach der Leistung vor einer unabhängigen Kommission zu beurteilen, günstiger aufnimmt als Ihr Beharren auf dem, was Sie jetzt vorschlagen. *(Demonstrativer Beifall bei der ÖVP. — Lebhafter Zwischenruf. — Ruf bei der SPÖ: Auch bei der Handelskammer!)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Herren Abgeordneten! Es ist sicher erfreulich, daß die Sitzung lebhaft verläuft. Es wird niemand in der Öffentlichkeit sagen können, daß man sich hier im Parlament nur Reden anhört, die verlesen werden. Aber das hat eine Grenze. Zwischenrufe sind eben Zwischenrufe, und ich muß immer wieder darauf aufmerksam machen: Wenn es beginnt, daß in den Bänken Zwischenreden gehalten werden, ist dieser Vorgang nach der Geschäftsordnung unzulässig. Ich bitte, sich daher an diese Bestimmung der Geschäftsordnung zu halten. *(Abg. Altenburger: Er soll nicht reizen!)*

Abg. Dr. Pittermann *(fortsetzend)*: Im Ausschuß für Verfassung und für Verwaltungs-

reform liegt ein diesbezüglicher Antrag der Abg. Dr. Schärff und Genossen. Ich darf aus dem Beifall aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei wohl das Recht ableiten, der heutigen Obmännerkonferenz vorzuschlagen, daß wir diesen Antrag auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Verfassung und für Verwaltungsreform setzen, damit wir ehestens im Hause in der gleichen Einmütigkeit darüber abstimmen können. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Aber, meine Herren, es gilt, hier in Österreich — und damit will ich schließen — das, was man in den abgelaufenen zehn Jahren an freiwilliger demokratischer Disziplin aufgebracht hat, um dem Land Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern, auch aufrechtzuerhalten, nachdem der Staatsvertrag abgeschlossen wurde, um unserem Lande die Freiheit und die Unabhängigkeit zu erhalten. Die Demokratie — und das ist die Aufgabe der demokratischen Parteien im 20. Jahrhundert — muß imstande sein, durch Selbstdisziplin das zu erreichen, was Diktaturen nur durch Zwang und Gewalt imstande sind. Die Demokratie wird sich aber auch der Diktatur überlegen erweisen, weil es bei diesem System der Selbstdisziplin möglich ist, die persönliche Freiheit zu erhalten, welche die Diktatur vernichtet. Im Kampf gegen die Diktatur, die uns drohte, haben wir uns diese Position errungen.

Man spricht heute in der Weltpolitik so viel von Koexistenz. Wir haben hier in Österreich schon seit zehn Jahren ein System der innerpolitischen Koexistenz, das uns in unserer Jugendzeit, als wir in unseren Parteien gegeneinander standen, auch nicht vorausgesagt wurde, das wir aber einführen mußten, um unser Land lebensfähig zu erhalten, um heil herauszukommen und um die Unabhängigkeit unseres Landes wiederzuerlangen. Das soll uns Beispiel und Ansporn auch für die Zukunft sein, an dieser bewährten innerpolitischen Koexistenz in Österreich festzuhalten.

Wenn wir hier von Österreich aus heute, wo so viel von Koexistenz gesprochen wird, heute, wo man wieder in Genf bei der Außenministerkonferenz zusammensitzt, um hoffentlich doch zu einer friedlichen und endgültigen Regelung der europäischen Fragen zu kommen, einen Blick an unsere Ostgrenze und an unsere Nordgrenze werfen, so sagen wir von unserem österreichischen Standpunkt aus: Wir können an die ernstesten und lautersten Absichten der Koexistenz solange nicht voll glauben, solange man hier an unserer Ost- und an unserer Nordgrenze die Koexistenz, das friedliche Zusammenleben von Völkern, die jahrhundertlang in einer staatlichen Gemeinschaft gelebt haben, durch Stacheldraht

und Minenfelder verhindert. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) Wir glauben, hier von Österreich aus sagen zu dürfen: Gebt einen Beweis dafür, daß es mit der Koexistenz auch in der Mitte von Europa ernst ist, und beseitigt Minenfelder und Stacheldraht! Laßt die Völker und Menschen zusammenkommen, die das seit Jahrhunderten so gewohnt sind!

Wir österreichischen Sozialisten bekennen uns nach wie vor leidenschaftlich zur Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der europäischen Völker. Das ergibt sich für uns schon aus unserem grundsätzlichen Bekenntnis zur internationalen Völkerverständigung. Wir hoffen, daß wir auch diesbezüglich mit den führenden Männern Ihrer Partei demnächst zu einer Gemeinsamkeit in diesen Bestrebungen kommen werden. Die friedliche Gemeinschaft der europäischen Völker, die sich jetzt im Europarat erst sozusagen im Urzustand befindet, soll ausgebaut und ergänzt werden. Wir haben hier in Österreich gezeigt, daß es möglich ist, mit friedlichen Mitteln die Freiheit zu erringen und die Demokratie zu sichern. Wir sind der Ansicht, daß das auch ein Vorbild sein kann für die Lösung der europäischen Fragen. Wir haben durch Zusammenarbeit und durch demokratische Selbstdisziplin in Österreich den Frieden in Freiheit errungen und wünschen allen anderen europäischen Völkern den gleichen Erfolg. (*Starker anhaltender Beifall bei den Sozialisten.*)

Präsident: Als nächster Gegenredner ist der Herr Abg. Dr. Kraus vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Kraus: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das vorliegende Budget wird als das erste Budget nach der Wiedererlangung der Freiheit gefeiert. Es fragt sich nun bloß, inwieweit dieses Budget und die ganze damit zusammenhängende Regierungspolitik dieser neuen Freiheit nun auch wirklich Rechnung trägt. Wir finden wohl einzelne Budgetposten für das Bundesheer und für Rußlandzahlungen. Aber das, was uns schon auf den ersten Blick abgeht, sind die Grundzüge eines allgemeinen Planes, wie die Überbleibsel der Besatzungszeit beseitigt und wie die freigewordenen Produktionskräfte des Landes geweckt werden können.

Die Regierung macht es sich zu leicht, wenn sie glaubt, mit der Aufstellung des Bundesheeres und der Übernahme der USIA-Betriebe allein die historischen Aufgaben des Befreiungsjahres erfüllen zu können. Es ist die Auffassung meiner Partei, daß es nun gilt, den ganzen moralischen und politischen Schutt der Nachkriegszeit wegzuräumen und eine allgemeine große innere Befriedung in Öster-

reich herbeizuführen. (*Beifall bei der WdU.*) In Österreich hat ja die typische Nachkriegsperiode viellänger gedauert als etwa in Belgien, Italien oder sogar in der westdeutschen Bundesrepublik.

Deshalb wartet alles darauf, daß die Freiheit, die uns von außen gegeben worden ist, nun auch im Innern verwirklicht wird, daß auch die unzähligen Unterschiede zwischen den Benachteiligten und Bevorzugten der Nachkriegsperiode aufgehoben werden und daß sich alle in dem neu geschaffenen Staat gleichermaßen wohlfühlen können.

Die junge Generation unseres Volkes wird in Kürze zu den Waffen einberufen werden und soll also die Bereitschaft haben, unter Umständen für dieses Vaterland auch zu sterben. Aber dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedarf es einer großen Liebe zu diesem Staate, einer inneren Bejahung dieses Vaterlandes, die nur möglich ist, wenn sich alle Staatsbürger darin gleichermaßen geborgen fühlen. Doch das ist bis heute noch lange nicht der Fall.

Gestatten Sie mir, daß ich von einzelnen Gruppen unserer Bevölkerung spreche, denen dieses Gefühl der gleichmäßigen Geborgenheit in unserem Lande weitgehend abgehen muß.

Da ist zum Beispiel die Gruppe der Besatzungsgeschädigten, die, jahrelang aus ihren Wohnungen vertrieben, die größte Not erleiden mußten und nun in verwüstete Räume zurückkehren, ohne das Geld zur Neuanschaffung der verschwundenen Möbel aufbringen zu können. Es sind wirklich sehr viele, die durch die Willkür und den Vandalismus der Besatzungsmacht den größten Teil ihres Vermögens verloren haben. Seit Jahren wird diesen Menschen das Besatzungsschädengesetz versprochen. Es werden ihnen genaue Termine genannt; das letztmal versprach ihnen der Bundeskanzler, das Gesetz werde noch in diesem Herbst verabschiedet werden. Aber wenn das Budget kommt, so ist nicht die geringste Vorsorge dafür getroffen. So war es voriges Jahr und so war es vor zwei Jahren, jedesmal haben wir das Gesetz auf das heftigste reklamiert, und so ist es heuer wieder. Es scheint wirklich eine Fata Morgana zu sein, die einem immer wieder greifbar nahe vor Augen gezaubert wird und dann grausam verschwindet.

Ganz ähnlich geht es der Gruppe der Bombengeschädigten. Ich meine nicht einmal so sehr die Besitzer der zerstörten Häuser, von denen sich doch manche durch Verkauf der Grundstücke oder durch den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds irgendwie helfen konnten, ich meine vielmehr jene Leute, die ihre Wohnungen — meist den einzigen vermögens-

ähnlichen Wert, den sie besaßen — und ihre gewerblichen Betriebe verloren haben. Die sogenannte Hausratshilfe ist doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein, sie ist eine Hilfe für einen lächerlich kleinen Prozentsatz — das heißt für ein paar Günstlinge und Freunderln der Regierungsparteien —, eine Hilfe, die nach dem typisch österreichischen Grundsatz des freien Ermessens der Behörde wieder nur Bevorzugte und Benachteiligte der Nachkriegsperiode schuf. Man stellt sich in der Frage der Bombenschäden einfach auf den Standpunkt, daß diejenigen, die vom Zufall betroffen wurden, nun den Schaden selber tragen müssen. Wie in allen anderen Fragen gab es auch hier keine generelle Lösung, keine allgemeine und gleiche Gerechtigkeit und kein Zeichen von einem das ganze Volk umschließenden Gemeinschaftsgeist.

Meine Damen und Herren! So geht das nun wirklich nicht weiter! Wenn wir nach der Wiedererlangung der Freiheit einen wirklich gesunden Staat aufbauen wollen, dann müssen wir die Lasten des Krieges und der Nachkriegszeit auf die ganze Gemeinschaft des Volkes verteilen und dürfen sie nicht auf den Schultern einiger weniger lasten lassen, die darunter zusammenbrechen und sich dann aus der Gemeinschaft dieses Volkes ausgestoßen fühlen müssen. Wenn wir diese Lasten nicht auf das ganze Volk verteilen, dann haben wir kein Recht, uns einen sozialen Staat zu nennen! *(Beifall bei der WdU.)* Der erforderliche Lastenausgleich ist in jedem vom Kriege betroffenen Land schon längst vorgenommen worden, nur nicht in Österreich!

Dasselbe gilt von einer weiteren Gruppe, von den Heimatvertriebenen. Auch sie fühlen sich, ob sie nun eingebürgert sind oder nicht, als Zweitrangige, als Vergessene, als an die Seite Gestellte. Dabei sind sie diejenigen, die vom ganzen Kriegsgeschehen wohl am härtesten getroffen worden sind und dabei am unschuldigsten sind. In anderen Ländern hat man ihnen Kredite zum Wiederaufbau ihrer Existenz gegeben und die besten Erfahrungen damit gemacht. Ein wesentlicher Teil der gigantischen Produktion der westdeutschen Bundesrepublik, ja selbst des neuen Industriepotentials Schwedens, geht auf die hervorragenden Leistungen dieser Volksdeutschen zurück. Nur bei uns hat man sie als lästige Eindringlinge betrachtet und dabei die besten Chancen für das eigene Land verpaßt. Die wenigen Kredite, die man ihnen in letzter Zeit gegeben hat, und die Altersversorgung nach dem Gmundner Abkommen sind nur kleine hinkende Teillösungen.

Ich kenne selbst eine Reihe von Menschen, die nach einem Leben voll von ehrlicher Arbeit

nun arbeitsunfähig sind und von einer monatlichen Fürsorgerente von 280 S leben müssen. Wir können an der Not dieser Menschen nicht einfach achtlos vorbeigehen, weil es uns gut geht oder weil sie wegen ihrer geringen Zahl oder der noch nicht erfolgten Einbürgerung als Wählerschaft zu wenig ins Gewicht fallen. Auch hier bedarf es einer generellen Lösung, die vom Gefühl der Menschlichkeit und einer echten Volksgemeinschaft getragen ist.

Zur Liquidierung der Nachkriegszeit gehört es auch, daß wir uns um die sogenannten zivilen Heimkehrer annehmen, die ihr Eigentum in den kommunistischen Oststaaten oder sonstwo verloren haben. Es sind Milliardenbeträge, die wir allein von Jugoslawien, von der Tschechoslowakei und von Ungarn zu fordern hätten. Der Herr Außenminister versicherte mir zwar, daß die Verhandlungen mit diesen Ländern nun bald beginnen würden, doch sagte er mir zu gleicher Zeit, daß mit keinen allzu großen Erfolgen zu rechnen sei. Ich möchte daher heute schon erklären, daß es zu den im Staatsvertrag feierlich übernommenen Pflichten und zum sogenannten Gemeinschaftsgeist gehört, diese Menschen über die vom Ausland erhaltenen Zahlungen hinaus zu entschädigen.

Wenn der Herr Finanzminister in seiner vorgestrigen Rede den Eindruck erweckt hat, ein sehr gutes und ausgeglichenes Budget zustandegebracht zu haben, dann ist ihm das nur deshalb gelungen, weil man über die Not und die berechtigten Ansprüche aller dieser Gruppen einfach hinweggegangen ist. Wenn es wieder Ordnung und Gerechtigkeit in unserem Staat geben soll, dann werden wir ganz andere Leistungen erbringen müssen, allerdings nicht durch sinnlose Steuererhöhungen, sondern, wie ich noch näher ausführen werde, durch eine Erhöhung unserer gesamten nationalen Produktion.

Eine andere Gruppe, die in ganz unverständlicher Weise vernachlässigt wird, sind die Heimkehrer, insbesondere diejenigen, die erst in den letzten Wochen zurückgekehrt sind. In Deutschland, wo es jetzt auch wieder Heimkehrer gibt, erhalten diese alles in allem einen Gegenwert von 35.000 S, bevorzugte Stellungen, Wohnungen und alles, was notwendig ist, um sich in der wiedererlangten Heimat wieder wohlfühlen. Bei uns waren es einige hundert Schilling und ein warmer Händedruck, was sie erhalten haben. Eine ganze Reihe der jüngst Zurückgekehrten haben noch keinen Posten, keine anständige Kleidung und nur einen armseligen Unterschlupf bei irgendwelchen Verwandten. Einigen meiner Parteikameraden ist es gerade in diesen Tagen gelungen, einige Anzugstoffe, Wäsche und ein paar tausend Schilling für ein Dutzend dieser

ärmsten Menschen zusammenzubetteln. Einigen sind Tränen in den Augen gestanden, als sie merkten, daß es doch noch Leute gibt, die sich ihrer annehmen. Aber ich hätte doch gemeint, daß das eine Aufgabe für den Staat wäre und daß die paar hunderttausend Schilling, die dafür notwendig wären, das Budget doch nicht in Unordnung brächten.

Es wäre noch von mancher Gruppe zu sprechen: von den Zivilinvaliden, insbesondere von den Zivilblinden, von den Rückstellungsgeschädigten und von den völkerrechtlich fundierten Ansprüchen aller ehemaligen Kriegsgefangenen. Ich wollte jedoch zunächst nur dies erwähnen. In der Spezialdebatte werde ich im einzelnen darauf zurückkommen. (*Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.*)

Ich muß hier nur noch auf das größte und heikelste Problem unserer Nachkriegszeit zu sprechen kommen, auf das Problem der ehemaligen Nationalsozialisten, denn es umfaßt den größten Kreis von Menschen und könnte einen Stachel im Fleische unseres Volkes zurücklassen, der von einem unabsehbaren moralischen und politischen Schaden für unseren jungen Staat sein könnte. Seit sechs, sieben Jahren ist jedes Jahr von neuem versprochen worden, nun aber wirklich einen endgültigen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Soeben hat noch der Landeshauptmann von Steiermark auf der Befreiungsfeier eine herrliche Rede über das gegenseitige Einsperren und Enteignen der politischen Gegner und von der notwendigen echten Versöhnung gehalten. Aber ein wirklich entscheidender Schritt ist weder hier im Parlament noch in der Regierung getan worden. Das einzige, was geschieht, ist, daß Gesetze beschlossen werden, die es in das freie Ermessen der Behörde legen, welchen Leuten die Härte des Vermögensverfalls, der nichtangerechneten Dienstzeiten, des Stellungsverlustes usw. wieder ausgeglichen wird. Warum macht man das so? Doch einzig und allein deshalb, um den einzelnen Menschen in die innere Abhängigkeit vom Staat, das heißt von jener Regierungspartei zu bringen, der bei dieser Behörde die Entscheidung über das freie Ermessen zusteht.

Sehen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die indirekte Diktatur, das Streben, den einzelnen Menschen in eine sklavische Abhängigkeit vom Staat, von den anonymen Kollektiven zu bringen. Wenn wir diesen Weg, der auch schon auf vielen anderen Gebieten beschritten wird, so weitergehen, dann werden wir bei einer Endstation landen, die Moskau heißt! Das einzige, was jetzt getan werden kann, und die einzig anständige Regelung ist eine generelle Lösung, das heißt Gesetze, die nicht sogenannte Kann-Bestim-

mungen, sondern klare, für alle gleich geltende Ist-Bestimmungen vorsehen. (*Beifall bei der WdU.*)

Jetzt ist die beste Gelegenheit dafür gegeben, denn der Art. 6 des Staatsvertrages, der von den Menschenrechten handelt, macht es uns geradezu zur Pflicht, die Gleichheit der Staatsbürger wiederherzustellen. Allerdings, die Initiative dafür muß vom Parlament ausgehen, denn die Regierung zeigte sich auch in ihren letzten Ministerratsbeschlüssen außerordentlich engherzig. Man hat von den Gesetzen, gegen die der Alliierte Rat Einspruch erhoben hat, nicht die einstimmig beschlossene Amnestie vom Juli 1952, sondern die viel weniger weitgehenden nachträglich eingebrachten Notlösungen dem Parlament als Regierungsvorlage übermittelt. Eine soeben angekommene Stellungnahme des Bundeskanzleramtes zu den im Unterausschuß des Hauptausschusses vorliegenden Anträgen der Abg. Polcar und Pfeifer weist diese zurück und zeigt denselben Geist der Intoleranz, wie er sich unmittelbar nach dem Krieg gezeigt hat. Wir haben nichts von Polcar-Anträgen, die nie zur Behandlung gelangen, und von Gorbach-Reden, die das Gegenteil von dem beinhalten, was die ÖVP-Ministerien tun. Das gehört zum Kapitel des Wählerfanges und nicht der tatsächlichen Änderungen der Verhältnisse. (*Abg. Stendebach: Sehr richtig!*)

Wenn Sie unseren neuen und immer noch recht schwachen Staat auf eine gesunde innere Grundlage stellen wollen, dann müssen Sie sich endlich von den Halbheiten lösen und sich zu einem richtigen, auf das Ganze gehenden Entschluß durchringen. Mit den schönen Reden von Gorbach, Krainer und Gschnitzer und den nie behandelten Anträgen im Ausschuß ist es nicht getan. Wir müssen endlich einmal über die Vergangenheit hinwegkommen.

Ich habe genau so wie Sie alle von einem anscheinend kommunistischen KZ-Verband ein Flugblatt gegen jede neue NS-Amnestie erhalten. Warum wehren sich die so sehr gegen jede innere Befriedung? Weil sie nicht wollen, daß man sich vom Nationalsozialismus, der schon längst gestorben ist und nie wieder auferstehen wird, abwendet und sich dem einzigen noch lebenden Stacheldraht-Regime, dem Kommunismus, zuwendet. Das ist die einzige Gefahr für die Freiheit des Menschen und für unsere Lebensart, die wirklich noch besteht, und es ist die klare Absicht der östlichen Welthälfte, jede Aufmerksamkeit von den dortigen Grausamkeiten abzulenken und das Gewissen der freien Welt einzuschläfern.

Was uns betrifft — muß ich bei dieser Gelegenheit bemerken —, werden wir uns nie abhalten lassen, die Dinge beim richtigen Namen zu

nennen, auch nicht die Vorkommnisse in unseren Nachbarstaaten verschweigen, selbst wenn der Bundeskanzler der Presse bedeutet, gegen alle Länder gleichartige Freundlichkeit zu zeigen. Ich fasse unseren neuen Neutralitätsstatus so auf: Die Tatsache, daß wir keinem Militärblock angehören, soll uns nur besser als jeden anderen Staat instandsetzen, ein unbestechliches Bollwerk der internationalen Moral zu sein und ohne politische Rücksichten stets die ganze Wahrheit sagen zu können. (*Beifall bei der WdU.*) Diejenigen aber, die uns diese Neutralität auferlegt haben, wollen uns gerade in dieser Hinsicht bestechen.

Wenn vorgestern Dr. Koref von der SPÖ wie so viele andere davon gesprochen hat, daß Österreich prädestiniert sei, eine Brücke zwischen West und Ost zu bilden, so will ich da doch eine sehr wichtige Ergänzung vorbringen, eine Ergänzung, die ich schon heuer in Helsinki vorgebracht habe: Wir können wohl eine Brücke sein, aber niemals eine Brücke zwischen der Moral und der Unmoral!

Gerade dieses Streben nach einer öffentlichen Moral, die Notwendigkeit eines neuen tieferen sittlichen Ernstes, zwingt uns, das NS-Problem endgültig und ganz zu lösen, und zwar so, wie wir es heute in dem von uns eingebrachten großen Amnestieantrag vorgebracht haben und wie es zum Teil auch im neuen Antrag des Abg. Polcar enthalten ist. Wenn wir nicht bereit sind, die von außen erhaltene Freiheit nun auch im Innern zu bewahren, dann handeln wir so wie jener biblische Knecht, dem sein Herr eine große Schuld erlassen hat und der nun hingeht, um seinen Mitknecht wegen einer viel kleineren Schuld zu würgen und zu erpressen. Unser Ende wird dann kein besseres sein als das des biblischen Knechtes.

Wenn wir von der inneren Freiheit sprechen, dann müssen wir auch auf jene Abhängigkeiten des einzelnen Staatsbürgers vom Staate eingehen, welche nicht zum unmittelbaren Nachkriegsschutt gehören, sondern sich in unserer neuen Periode neu entwickelt haben. Ich meine den Parteiproporz, der zunächst deswegen entstanden ist, weil die beiden Koalitionspartner von einem tiefen gegenseitigen Mißtrauen getragen gewesen sind, der heute aber ein unabänderlicher Bestandteil unserer ganzen Verwaltung, der öffentlichen Betriebe, bei den öffentlichen Ausschreibungen, bei den Vergabungen von Wohnungen, Posten und Genehmigungen geworden ist. Dazu kommt noch der Zwang der Gewerkschaften, der ja, wie der Fall Gräf & Stift zeigt, bis zum offenen Betriebsterror ausarten kann. Dazu kommt weiter die Abhängigkeit von den Kranken-

kassen, von den öffentlichen Aufträgen und von vielen anderen Dingen, die in das private Leben des einzelnen Menschen eingreifen.

Ich habe da kürzlich folgenden Fall erlebt: Der Sattlermeister der kleinen Gemeinde Tumeltsham in Oberösterreich hatte sich als Kandidat für die Gemeinderatswahlen in unsere Liste eintragen lassen. Darauf ist der ÖVP-Bürgermeister zu ihm gegangen und hat gesagt: Wenn Sie Ihre Unterschrift nicht zurückziehen, dann kriegen Sie keine öffentlichen Aufträge mehr!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So wird indirekt, ob es öffentliche Lieferungen, ob es die Zulassung eines Arztes zur Krankenkasse ist oder ob es andere Dinge sind, ein Zwang auf alle einzelnen Menschen in unserem Staate ausgeübt. (*Abg. Stendebach: So ist es! — Abg. Kandutsch: Pittermann hat es bestätigt!*) Sie aber nehmen es als eine naturgegebene Sache hin. Es ist Ihnen vielleicht nicht unsympathisch, weil Sie diejenigen sind, zu denen diese einzelnen Staatsbürger bitten und betteln kommen müssen und in deren Abhängigkeit sie sich befinden. Aber lassen Sie sich von einem persönlichen Augenblicksvorteil nicht verführen! Unser Staat schlittert auf diese Weise in eine neue Diktatur und in einen Kollektivismus, der die persönliche Würde und Freiheit des Menschen und all das aufhebt, was uns das Leben lebenswert macht.

Wenn wir uns eine freiheitliche Partei nennen, dann meinen wir damit nicht nur wie in früheren Zeiten die Freiheit von einem mittelalterlichen Gewissenszwang und die Intoleranz des Übereifers — das ist heute nur mehr selten aktuell —, sondern vor allem die Freiheit des einzelnen Staatsbürgers vor diesem kollektivistischen Überwuchern des Staates. Wenn unsere Oppositionsgruppe hier im Parlament auch verhältnismäßig klein ist und daher wenig reale Macht besitzt, dann sind wir doch eines: nämlich das freiheitliche Gewissen Österreichs (*Beifall bei der WdU*), ein Gewissen, das sich immer dann melden wird, wenn die Grundrechte des freigebornen Menschen in Gefahr sind, und zwar so lange, bis der Freiheitsgeist unseres durch viele Diktaturen mürbe gewordenen Volkes wieder so wach geworden ist, daß sich auch reale Machtmöglichkeiten zur Beseitigung dieses Zwanges ergeben.

Das zweite große Problem, das wir am Budget und der damit zusammenhängenden Regierungspolitik zu bemängeln haben, ist der Aufbau neuer gesunder Wirtschaftsverhältnisse. Bevor ich meine Kritik beginne, möchte ich ein Wort an den leider im Augenblick abwesenden Finanzminister über die Frage der grundsätzlichen Zulässigkeit von Kritik richten.

Es macht keinen guten Eindruck, wenn der Finanzminister zu Beginn seiner Budgetrede erklärt, daß er den ewigen Besserwissern und Kritikastern eine Lektion erteilen wolle. Wozu ist denn das Parlament da, als um Kritik zu üben und in der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition zu einem allgemeinen Fortschritt zu gelangen und die Demokratie zu garantieren? So weit darf auch der selbstsicherste Minister nicht gehen, daß er von vornherein jede Kritik an seinen Maßnahmen diffamiert.

Im übrigen möchte ich ihn doch daran erinnern, daß wir im vergangenen Jahr die einzigen gewesen sind, welche die Tendenz der Überinvestitionen kritisiert haben, also eine Kritik vorbrachten, die sich jetzt auch der Herr Finanzminister zu eigen machen muß und die sich als sehr notwendig herausgestellt hat. Ich könnte noch viele solcher Beispiele anführen, aber vielleicht hat der Herr Finanzminister gar nicht uns, die parlamentarische Opposition, sondern jene Leute gemeint, welche die Gerüchte um die Abwertung des Schillings verbreitet haben. (*Abg. Kandutsch: Mach es ihm nicht so leicht! — Heiterkeit.*) In dieser Hinsicht muß er schon in den Reihen des eigenen Machtapparates nachsuchen. Es wäre wirklich notwendig, einmal nach der Quelle solcher Gerüchte zu forschen, welche eine völlig unbegründete Beunruhigung des Volkes und nur weitere Preisauftriebstendenzen hervorrufen.

Doch die Tatsache, daß so weite Kreise diesen Gerüchten ein so williges Ohr geliehen haben, müßte Ihnen doch zu denken geben. Sie zeigt uns ein weit verbreitetes Gefühl, daß unsere Wirtschaft trotz aller Konjunktur doch noch auf einer recht unsicheren Grundlage beruht. Ich sage das vor allem deshalb, weil man von Seiten der Regierungsparteien sehr oft die Auffassung hört, daß „eh schon alles in Ordnung“ ist und daß man es bei den jetzigen Einkommen und bei der jetzigen Produktionskapazität bewenden lassen könne.

Schon allein die Preisentwicklung der letzten Wochen und Tage beweist uns, daß die einseitige Bevorzugung der Investitionsgüterindustrie, das heißt vor allem des Königreichs Waldbrunner, die Konsumgütererzeugung gegenüber der Kaufkraft nachhinken läßt. In der Stunde, in der vorgestern der Finanzminister mit großem Selbstbewußtsein jede Klage über die Preissteigerungen zurückgewiesen hat, wurde auf den Straßen Wiens ein Mittagblatt verkauft, das den Aufmacher hatte: „Höchste Preise seit 1945 — Preiskommission einberufen“. Man kann über diese Dinge nicht einfach mit einer Handbewegung hinweggehen.

Die Stabilisierung der Preise, das heißt die Durchführung jener Maßnahmen, welche eine billigere Erzeugung, eine billigere Verteilung und das Gleichgewicht zwischen Kaufkraft und Produktion für den täglichen Bedarf hervorrufen können, ist jetzt die wichtigste Aufgabe der Bundesregierung. Aber gerade zur Zeit, in der die größten Notschreie wegen der Preissteigerungen erhoben wurden, gab sich der Bundeskanzler wochenlang nur mit der Inspektion der neuen Garnisonen ab. Mir scheint es überhaupt, daß er sich schon als Feldherr, als Gaius Julius Raab fühlt. Der Cäsar kommt dann später, wenn sein Bundesheer aus Österreich eine Großmacht gemacht hat. Wir fordern die Regierung dringendst auf, sich nun vor allem einmal auf dieses Problem der Preisentwicklung zu konzentrieren.

In diesem Zusammenhang kann ich übrigens mit Befriedigung feststellen, daß die zur Preisfrage gemachten Vorschläge des Gewerkschaftskongresses zumeist sehr vernünftig sind und gerade das beinhalten, was wir in den vergangenen Jahren immer wieder vorgeschlagen haben, aber von unseren sozialistischen Gegenrednern zurückgewiesen und lächerlich gemacht worden ist, nämlich die Abschaffung der Warenumsatzsteuer für Nahrungsmittel und die Frage der Preisbildung für die Monopolfirmen. Ich glaube nur nicht daran, daß die SPÖ in diesem Punkt so wie in der Kartellfrage wirklich Ernst machen will. Genau so wenig glaube ich daran, daß es Dr. Pittermann mit seinen eben gemachten Erklärungen Ernst ist, die Frage der Preisbildung für die verstaatlichten Betriebe im Hauptausschuß des Nationalrates behandeln zu lassen. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber nicht allein! Auch andere! — Heiterkeit.*) Auch darüber kann man reden. Aber was die Kartelle betrifft, Herr Dr. Pittermann, kann ich Ihnen sagen: Hier in diesem Haus wäre ja eine Antikartellmehrheit vorhanden. Aber Sie scheinen es vorzuziehen, über den bösen Koalitionspartner zu klagen, statt diese Anliegen ernstlich zu verwirklichen. (*Abg. Dr. Gredler: Es gibt eben auch rote Monopolkapitalisten! — Gegenruf des Abg. Dr. Pittermann.*)

Wir haben überhaupt den Eindruck, daß man sich in diesem Staat viel zu wenig bemüht, das allgemeine Einkommensniveau der einzelnen benachteiligten Schichten ernstlich zu heben. Ich meine damit nicht nur die so besonders schlecht gestellten Rentner und Befürsorgten, sondern auch den allgemeinen Einkommensindex der Arbeiter und Angestellten.

Eine Gruppe möchte ich dabei besonders hervorheben, da sie auf Grund einer sogenannten organisierten Wehrlosigkeit bis-

her am meisten vernachlässigt worden ist. Das sind die Beamten des öffentlichen Dienstes, und zwar sowohl die Akademiker als auch die der B-Klasse. Man hat ihnen schon hundertmal versprochen — darunter auch der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung —, daß ihre Bezüge angeglichen und an die Lebenshaltungskosten herangeführt werden. Ich glaube, Herr Dr. Pittermann braucht sich bezüglich eventueller Erklärungen, die Minister Kamitz abgegeben haben soll, gar nicht so viele Sorgen zu machen, denn eines steht fest: Bis jetzt hat man nur die für den 1. Jänner 1956 vorgesehene Zwischenlösung gesetzlich verankert, für alle anderen Fragen, zum Beispiel für den Valorisierungsfaktor von 5,5, hat man einen sehr unbestimmten Termin in der Zukunft in Aussicht gestellt. Wir sehen hier wirklich nicht ein: Warum soll bei diesen Menschen nicht derselbe Valorisierungsfaktor angewendet werden wie für alle anderen? Etwa deswegen, weil sie gebildet sind und höhere Grundbezüge haben? Wir sind der Meinung: zumindest das 6,4fache. Wir haben immer den Grundsatz vertreten: Weniger, aber besser bezahlte Beamte.

Doch auch in der Frage der Verwaltungsreform ist in diesem Budget wieder nichts gemacht worden. Im Gegenteil. Der Personalstand hat sich um weitere 24.000 erhöht. Wann glaubt man eigentlich, diese wichtige Aufgabe angehen zu können, wenn nicht jetzt in den Zeiten der besseren Konjunktur, wo man die entbehrlichen Kräfte in gleich guten Stellen unterbringen könnte? Nachher wird das niemals gelingen oder mit so furchtbaren Härten verbunden sein, daß man es nicht mehr verantworten könnte. Wenn wir eine allgemeine Verbesserung der Renten, der Beamtenbezüge und überhaupt des allgemeinen Einkommens der Arbeitnehmer fordern, dann nicht einfach deshalb, weil wir eben die Opposition sind und es leicht haben, Forderungen zu erheben, sondern deshalb, weil wir einen realistischen, gangbaren Weg sehen, wie die Besserstellung dieser Menschen ohne Steuererhöhungen und ohne Benachteiligung anderer Kreise möglich ist, nämlich durch die Erhöhung der gesamten nationalen Produktion unseres Landes. Ich will Ihnen das an einem Beispiel vergegenwärtigen.

Als ich in diesem Jahr in Schweden gewesen bin, habe ich folgende Feststellung gemacht. Das durchschnittliche Einkommen eines Fabrikarbeiters beträgt dort 5000 S, in Dänemark 4000 S. Es gibt in Schweden eine Volkspension, die jedem Menschen, unabhängig von seinen Sozialversicherungsbezügen, dem Pensionsfonds seiner Firma oder einer privaten Lebensversicherung, auf jeden Fall

750 S gewährt, egal ob das ein Armer oder ein Reicher ist. Wie ist dieses Land, das ja viel weniger Rohstoffe als Österreich hat — nur Erz und Holz, kein Erdöl und keine Kohle —, dazu gekommen, seinen Arbeitern einen so hohen Lebensstandard und seinen Altersrentnern eine solche Sicherheit zu bieten? Das Geheimnis liegt darin, daß dieses Land, das ebenso viele Einwohner hat wie Österreich, nämlich 7 Millionen, nicht so wie Österreich eine gesamte nationale Produktion von lediglich 90 bis 100 Milliarden Schilling, sondern eine nationale Produktion von 200 bis 240 Milliarden österreichischer Schillinge hat. Man geht dort eben davon aus, daß man durch neue Maschinen, durch neue arbeitsparende Methoden, mit immer weniger Arbeitern mehr Produkte herstellt und die freigewordenen Arbeiter sofort in neuen Betrieben unterbringt. Dazu aber ist es notwendig, daß eine Politik betrieben wird, welche neue Investitionen ermöglicht.

Der Herr Finanzminister weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß wir in Österreich noch keinen richtig funktionierenden Kapitalmarkt haben. Wir haben zuwenig langfristige Gelder, wir haben vor allem zuwenig Geldgeber, die bereit sind, das Risiko einer Neuinvestition zu übernehmen. Unsere Banken sind kaum in der Lage, den gegenwärtigen Bedarf an Betriebsmittelkrediten entsprechend zu decken. Was bleibt uns also dann übrig, um zu neuen Investitionen zu kommen und unsere gesamte österreichische nationale Produktion zu erhöhen? Wir können nichts anderes tun, als auf das Kapital zurückgreifen, das bereit ist, dieses Risiko zu übernehmen, nämlich auf das ausländische Kapital. Aber dazu muß ich feststellen, daß konkrete Anträge der verschiedensten Länder schon seit Monaten bei unserem Handelsministerium wegen Errichtung neuer Fabriken eingereicht sind, dort aber einfach nicht behandelt werden.

Eine besondere Chance für die Errichtung neuer Betriebe und damit für die Schaffung einer Grundlage für die Erhöhung des österreichischen Lebensstandards bietet die Erdölindustrie. Ich meine nicht so sehr die Förderung des Erdöls, sondern vielmehr den dringend erforderlichen Aufbau eines ganzen Systems von Fabriken, welche die Erdölprodukte weiterverarbeiten. Nach dem heutigen technischen Stand ist es möglich, gerade aus dem benzinarmen Erdöl Österreichs fast alles herzustellen, was es in der Chemie gibt. Wenn wir nun bereit sind, ausländisches Kapital heranzuziehen und damit die entsprechenden neuen Investitionen vorzunehmen, Arbeitsplätze zu schaffen, unsere Steuereingänge zu erhöhen, ohne daß die einzelnen Steuersätze erhöht werden, dann haben wir die Grundlage

für ein schrittweises Reicherwerden unseres Landes geschaffen.

Der vom Herrn Finanzminister seit seinem Eintritt in die Regierung immer wieder aufgestellte Grundsatz, die konsumnahe Industrie zu fördern, ist von ihm nach meinem Eindruck in den letzten Monaten und Jahren fast völlig vergessen worden. Die Chancen für den Aufbau einer solchen Produktion und damit besserer Renten, höherer Beamtenbezüge und auch eines höheren Einkommens für den einfachen Arbeiter wären gegeben. Aber ich zweifle daran, daß bei dieser Koalition alle diese Chancen genützt werden. Denn die eine Partei ist nur darauf aus, daß alles so bleibt, wie es ist, sie will durch ein mittelalterliches Zunftdenken ihren Freunderln keine irgendwie vermeidbare Konkurrenz schaffen, während die andere Partei, die ihre Kraft auf dem Proletariiergefühl aufbaut, nur allzu leicht verführt ist, sich gegen jede rasche Hebung des Lebensstandards zu stemmen, um diese Masse im Proletariat zurückzuhalten, damit sie weiterhin deren Stimmen bekommt. Und beide zusammen sind von einem satten Selbstzufriedenheitsgefühl erfüllt, das selbst die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Erneuerungsstrebens leugnet. Diese Haltung kommt und kam in der ganzen bisherigen Regierungspolitik zum Ausdruck. Und das Beste, was wir von dieser Regierung haben, ist, daß sie es doch noch nicht vermocht hat, das Übergreifen der großen Weltkonjunktur auf unser Land zu verhindern.

Ein wirtschaftliches Aktivprogramm, das uns auch ohne Weltkonjunktur emporbringen könnte, kommt weder in der neuen Regierungspolitik noch auch in diesem Budget zum Ausdruck. Das ist es, warum wir trotz des sonst von Dr. Kamitz recht ansprechend auffrisierten Voranschlages dem Bundesfinanzgesetz unsere Zustimmung verweigern müssen. *(Lebhafter Beifall bei der WdU.)*

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner kommt der Herr Abg. Prinke zum Wort.

Abg. **Prinke**: Hohes Haus! Als ich vor genau einem Jahr, am 29. Oktober 1954, das letzte Mal die Ehre hatte, als Generalredner meiner Partei zum Finanzgesetz des Jahres 1955 zu sprechen, schloß ich meine Darlegungen mit einem Appell an die damaligen Besatzungsmächte, unseren Ruf nach uneingeschränkter Freiheit und Souveränität endlich einmal zu hören und dem befreiten Österreich die wirkliche Freiheit zu geben. Ich gab damals auch der Hoffnung Ausdruck, daß Gott weiterhin seine segnende Hand über unser Volk halten möge, um uns den Frieden zu sichern. Seither ist auf den

Tag ein Jahr vergangen, und wir dürfen mit ehrlicher und innerer Freude feststellen, daß unser Ruf nach staatlicher Freiheit im zehnten Jahr nach Kriegsende gehört wurde und wir nun in wenigen Wochen in das erste Kalenderjahr eintreten, in dem nur wir, wir allein ohne jede Reglementierung und Beaufsichtigung durch ausländische Mächte unser künftiges Schicksal zu bestimmen haben werden. Das Wort: „Wie du dich bettest, so wirst du liegen“ erhält im nächsten Jahr, also zum ersten Mal nach 17 Jahren der Besetzung durch fremde Soldaten, seine tiefste und für uns besonders verpflichtende Bedeutung.

Wenn der Herr Abg. Dr. Pittermann meint, daß man an die Spitze der Ausführungen zum Staatshaushalt des Jahres 1956, zum ersten Staatshaushalt, den wir in Freiheit beschließen, den Dank an die österreichische Bevölkerung zu stellen habe, weil Österreichs Volk durch seinen Opfermut und sein Bekenntum zu Volk und Vaterland seine Freiheit erwirkte, so unterstreichen wir diese Worte voll und ganz. Aber ich darf ergebenst darauf aufmerksam machen, daß es der höchste Funktionär, den wir in die Regierung entsenden, unser Bundeskanzler war, der als erster schon anlässlich der Beratung des Staatsvertrages der österreichischen Bevölkerung diesen Dank übermittelte. *(Beifall bei der ÖVP.)* Er hat sich nicht so, wie es anderweitig geschieht, auf einen „geschärfen“ politischen Weitblick berufen, der manche Linderung im Staatsvertrag gebracht hat, sondern er hat darauf hingewiesen, daß auch diese Erleichterungen wie der Staatsvertrag überhaupt nur möglich wurden, weil das österreichische Volk diese große Opferbereitschaft bewiesen hat.

Und wenn der Herr Abg. Dr. Pittermann dabei auch gemeint hat, es wäre gerade bei diesem Anlaß nun Zeit, den Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen und in demokratischem Sinn, ohne Ressentiment und ohne irgendwelches Vergeltungsgefühl die Türen weit zu öffnen, eine allgemeine Amnestie in diesem Hause zu beschließen und damit auch nach außen hin sichtbar jenen den Weg wieder zu öffnen, die zur Demokratie zurückgefunden haben, so kann ich auch dazu sagen, lieber Kollege Pittermann, daß es ebenfalls die Österreichische Volkspartei war, die schon im Jahre 1945, also vor zehn Jahren, als vom Staatsvertrag noch lange keine Rede war, der Befriedung in diesem Lande das Wort geredet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht an den Wahlgang des Jahres 1945 erinnern. Ich will nicht die Vergangenheit wachrufen,

aber ich darf vielleicht ganz am Rande nur darauf aufmerksam machen, daß wir es waren, die dieser Befriedung das Wort geredet haben, weil wir die Ansicht vertreten haben, daß dieses Österreich nur dann wirklich frei und demokratisch leben kann, wenn wir den Schlußstrich unter eine Vergangenheit ziehen, die schließlich uns alle zum Opfer werden ließ. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Welchen Funktionär gibt es denn bei uns in Österreich — er möge da oder dort unter welcher Parteischattierung immer gestanden sein —, der für seine Überzeugung nicht auch schwere Opfer auf sich nehmen mußte, sei es durch Existenzverlust, sei es durch Inhaftierung, sei es durch schmachvollen Aufenthalt in Konzentrationslagern? Das sind die schweren Opfer, die von allen denjenigen verlangt wurden, die sich im öffentlichen Leben betätigten.

Es ist daher an der Zeit, hier wirklich den Schlußstrich zu ziehen. Wir haben diese Auffassung schon vor zehn Jahren vertreten, und wir freuen uns, daß es jetzt gelingen wird, diesen Schlußstrich — hoffentlich in voller Einmütigkeit dieses Hauses — zu ziehen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Aber auch Genugtuung für die Opfer!*) Ich komme darauf zurück! Wenn von den Opfern für ein freies Österreich die Rede ist, so waren wir und sind wir jederzeit bereit, für diese einzutreten. Wir wissen um das große Elend und die Not dieser Menschen und wir wissen um ihre Opferbereitschaft, die sie bewiesen haben. Wir wissen auch, daß sie sehr viel erdulden und ertragen mußten. Es wird Gelegenheit sein — vielleicht jetzt schon bei der 11. Novelle zum Opferfürsorgegesetz —, dieser Menschen zu gedenken. Ich glaube, auch diesbezüglich bedarf es keines besonderen Appells an die Österreichische Volkspartei. Wir werden bereit sein, das Menschenmögliche zu tun, und ich bin der Überzeugung, daß wir dabei auf die Mithilfe des Herrn Finanzministers rechnen können.

Das Budget 1956, das wir in den folgenden Wochen sehr ernst zu beraten haben, trägt dem Umstand voll und ganz Rechnung, daß nun auch auf die Erfordernisse, die uns aus dem Staatsvertrag erwachsen, Rücksicht genommen werden muß. Der Finanzminister hat uns das erste Friedensbudget rechtzeitig und ordnungsgemäß vorgelegt und an all das gedacht, was dem österreichischen Staat nun durch sechs beziehungsweise zehn Jahre an Lasten aus dem Staatsvertrag erwächst. Der Budgetrahmen beträgt in der ordentlichen Gebarung an Ausgaben rund 27 Milliarden Schilling, denen rund 26 Milliarden Einnahmen gegenüberstehen. Der Abgang im

ordentlichen Budget macht also gegen 921 Millionen Schilling aus. In der außerordentlichen Gebarung sind rund 942 Millionen Schilling an Ausgaben vorgesehen, sodaß der Gesamtgebarungsabgang für das Jahr 1956 mit rund 1,8 Milliarden Schilling veranschlagt ist. Das Defizit der ordentlichen Gebarung wird, wie üblich, soweit es nicht durch Mehreinnahmen gedeckt werden kann, durch Ersparungsmaßnahmen hereinzubringen sein. Die Bedeckung der Ausgaben in der außerordentlichen Gebarung soll durch Überschüsse und Ausgabenersparnisse im ordentlichen Budget, weiters durch Kassenbestände und Erlöse aus Kreditoperationen wie in all den vergangenen Jahren erfolgen. Dieser Abgang im ordentlichen Budget kann ebenfalls nach den Erfahrungen der vorhergegangenen Jahre und mit Rücksicht auf die gegenwärtige und hoffentlich noch recht lange andauernde wirtschaftliche Konjunkturperiode als absolut tragbar bezeichnet werden. Diese Meinung hat auch der Herr Finanzminister in seiner Rede am Mittwoch vertreten.

Es ist kein Zweifel, daß wir uns in einer Periode stürmischer Aufwärtsentwicklung befinden und daß der Warenknappheit und dem Beschäftigtenproblem beziehungsweise der Geldnot der Zeit bis etwa 1953 seither eine Periode höchster wirtschaftlicher Prosperität gefolgt ist. Mit dem Abschluß der Arbeiten an den beiden Staatstheatern in Wien ist bis auf den Wohnbausektor der bauliche Wiederaufbau in ganz Österreich praktisch zu Ende geführt. Das kleine Österreich hat trotz der vierfachen Besetzung und vielfacher Einschränkungen seiner Souveränität ein Werk vollbracht, das die Welt vollkommen zu Recht in bewunderndes Staunen versetzte. Was sieben Jahre Krieg vollkommen zerstörte, wurde nun in nur zehn Jahren durch den beispiellosen Opfermut unseres Volkes, aber auch durch die erfolgreiche Zusammenarbeit aller staatsbejahenden Kräfte in diesem Lande wiederaufgebaut oder wiedererrichtet. Gerade am Ende des historischen Jahres 1955, in welchem die Erringung der vollen Freiheit mit dem Abschluß des Wiederaufbaues zeitlich zusammenfällt, müssen wir diese Tatsache anerkennen.

Die erste Voraussetzung für das Gelingen des großen Werkes war aber die Zusammenarbeit aller Österreicher ohne Unterschied der parteipolitischen Gesinnung. Das Werk hätte nie gelingen können, wenn die innerpolitische Entwicklung im Nachkriegsösterreich einen ähnlichen Verlauf wie etwa in den Jahren nach 1918 genommen hätte. Wenn die Koalition der beiden staatstragenden Parteien auch nur einer Vernunfttatsache zu danken

ist, aus der in den zehn Jahren des Zusammenlebens bis heute keine Liebeshehe geworden ist, so hat sie doch ihren eigentlichen Sinn und Zweck erfüllt. Sie wurde 1945 mit der Absicht geschlossen, die damals vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam zu lösen, und hat im Jahre 1955 in der vor uns liegenden Ausarbeitung des ersten Friedensbudgets ihre Bewährungsprobe, aber auch ihre Existenzberechtigung erbracht. Wenn heute hier schon von Herrn Abg. Dr. Pittermann der Zusammenarbeit das Wort geredet wurde, dann muß ich sagen, wenn man diese Zusammenarbeit immer als eine Ehe hinstellt, daß in dieser Ehe der Mann, wenn Sie es wollen, die Österreichische Volkspartei, viel mehr an Opfern auf sich nehmen mußte als der andere Ehepartner, die schwächliche Gattin, die SPÖ. Aber diese Opfer, die in erster Linie immer wieder darin gipfelten, daß Sie alles, was wir gemeinsam gemacht haben und im Interesse unserer Bevölkerung gut war, auf das Konto Ihrer Partei schrieben, daß Sie aber, wenn irgendwo Maßnahmen gesetzt werden mußten, die auch ein Opfer für das Volk bedeuteten, meinten: Na, Jokele, du bist der starke Mann, geh du voran, du hast die großen Stiefel an, du trägst die Verantwortung dafür ... (*Abg. Dr. Pittermann: Das hat der Lakowitsch gesagt!*) Das vom Jokele? Das hat schon vorher wer anderer gesagt als der Lakowitsch.

Aber so war es nun, daß wir immer ehrlich und aufrichtig ohne Ressentiments, ohne irgendwie einen Gedanken an die Vergangenheit zu hegen, an diese Zusammenarbeit geglaubt haben und auch ehrlich zusammengearbeitet haben. Wenn sich in dieser Zusammenarbeit manchmal Auseinandersetzungen ergeben haben, so kommen eben diese Auseinandersetzungen aus den verschiedenen weltanschaulichen Richtungen, die diese Koalition nun einmal beinhaltet. Aber dessen ungeachtet waren wir doch immer wieder bereit, unser Bestes für Volk und Vaterland zu geben, und wir sind durchaus nicht darauf erpicht, da und dort die Priorität für uns in Anspruch zu nehmen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wir bitten nur um eines: Wenn wir gemeinsam die Verantwortung tragen, dann müssen wir auch gemeinsam für das, was wir beschlossen haben, einstehen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es geht nicht an, daß wir hier irgendwelche Beschlüsse fassen — ich werde noch im Laufe meiner Ausführungen darauf zurückkommen — und daß man dann später hinausgeht und Wünsche und Forderungen anmeldet, von denen man schon von vornherein wissen muß, daß sie in einem Zeitpunkt, wo diesem Staate, dieser Bevölkerung durch den Staatsvertrag neue Lasten auferlegt wer-

den, nicht zu erfüllen sind. Muß man sich da nicht fragen, ob es nicht besser ist, solche Dinge vorerst in einer internen Beratung zu behandeln und dort nach Möglichkeiten zu suchen, diese oder jene Wünsche zu erfüllen, anstatt aus parteipolitischen Gründen die Öffentlichkeit zu beunruhigen? Es ist nicht schwer, irgendwelche Forderungen aufzustellen. Wenn man untersuchen würde, wer größere Wünsche in seiner Schreibtischlade liegen hat, dann weiß ich nicht, ob wir bei diesem Anlaß nicht in der Lage wären, noch mehr Wünsche anzumelden. Wenn also von der Zusammenarbeit die Rede ist, dann bitten wir schon um eine Zusammenarbeit, die es auch in der Zukunft beiden Partnern ermöglicht, dieser Zusammenarbeit zu huldigen.

Meine Damen und Herren! Zum ersten Mal sind im Staatshaushaltsplan für das nächste Jahr Posten angeführt, um die wir uns im besetzten Österreich der vergangenen Jahre nicht zu kümmern hatten. Die Lasten des Staatsvertrages kosten uns allein alles in allem 1172 Millionen Schilling. Das Bundesheer wird 1956 die eigentlich überraschend geringe Summe von nur 500 Millionen Schilling beanspruchen. Im Rahmen des Bundeskanzleramtes werden beim Kapitel Landesverteidigung zunächst einmal 15 Millionen für den Aufbau dieses Amtes als eigene Sektion des Kanzleramtes benötigt. Der Aufbau des stehenden Heeres und der Heeresverwaltung wurde heuer begonnen und soll mit einem Erfordernis von 485 Millionen einschließlich 100 Millionen für Personalaufwand im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Dazu kommt noch ein Betrag von rund 79 Millionen Schilling, welcher der Bundesgebäudeverwaltung II für die Verwaltung und für die bauliche Betreuung aller militärischen Anlagen und Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden soll.

Lassen Sie mich bei der Erörterung des Kapitels Landesverteidigung zunächst einmal zwei Feststellungen treffen:

1. Die überraschend geringe Summe für Heeresaufwand ist ausschließlich der Tatsache zuzuschreiben, daß die Besatzungstruppen wesentliche Waffenbestände für das Bundesheer zurückließen und sich der Staat dadurch Milliarden erspart, die er andernfalls für Waffenankäufe hätte ausgeben müssen.

2. Nirgends anders als gerade beim Heer setzen sich die hiefür beigestellten Kredite rascher um. 385 Millionen von den 485 Millionen Schilling sind zur Gänze zur Anschaffung der mannigfaltigsten Heeresausstattungsgegenstände gedacht. Für genau diese Summe wird also die österreichische Wirtschaft im nächsten Jahr Heeresaufträge aus-

zuführen haben. Das Geld fließt daher uneingeschränkt und sehr rasch wieder in die Wirtschaft zurück.

Ebenso verhält es sich bei den für den Personalaufwand vorgesehenen 100 Millionen. Die Gage der Offiziere und der Sold der Soldaten dienen zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse, die im wesentlichen sicher in den künftigen Garnisonsorten des Bundesheeres gedeckt werden. Die dortige Geschäftswelt kann also damit rechnen, daß sie die Gage beziehungsweise Löhnung in Form der verschiedenartigsten Einkäufe von Gegenständen des täglichen Bedarfs erhalten wird. Die baulichen Aufwendungen für die Verbesserung und Instandhaltung der Heeresunterkünfte werden in die Taschen der Bau- und Nebengewerbe fließen und damit auch diesem wichtigen Sektor unserer Volkswirtschaft zusätzlich Impulse geben. Man sieht also daraus, daß es vollständig falsch wäre, zu sagen, die finanziellen Aufwendungen für das Bundesheer wären à fonds perdu gegeben oder für die Wirtschaft ohne Nutzen.

Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Überlegungen ist aber die Organisation einer planvollen und modernen Landesverteidigung ein unabdingbares Gebot unserer neuen staatsrechtlichen Lage. Österreich hat sich im Staatsvertrag nicht zu einer wehrlosen, sondern zu einer wehrhaften, will heißen zu einer bewaffneten Neutralität verpflichtet. Sogar die Sowjetunion, deren Politik bis zum Abschluß des Staatsvertrages bewußt auf eine militärische Schwächung aller nicht zum Ostblock gehörenden Länder abzielte, hat im Staatsvertrag mit Österreich der Aufstellung eines Bundesheeres nicht nur zugestimmt, sondern sogar die ursprünglich vorgesehene ziffernmäßige Beschränkung in der Stärke dieses Heeres fallengelassen. Österreich hat nun die Verpflichtung auf sich genommen, seine Neutralität gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch immer kommen mag, zu schützen und zu verteidigen.

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich uneingeschränkt zur Verteidigung der österreichischen Neutralität. Es ist selbstverständlich, daß Österreich nie einen Angriff führen wird, aber ebenso selbstverständlich ist es, daß wir nicht Eroberungsgelüsten anderer Mächte wehrlos zum Opfer fallen wollen.

Die tragischen Ereignisse des März 1938 und die noch tragischeren Folgen der damaligen militärischen Selbstaufgabe Österreichs haben gezeigt, in welcher fürchterlichen Situation ein Volk kommen kann, wenn es sich selbst aufgibt. Eine solche Situation wird es niemals mehr geben, denn die psychologische Bereitschaft des österreichischen Vol-

kes, seine Freiheit gegen jede Aggression zu verteidigen, ist heute weitaus größer, als sie 1938 leider Gottes war. Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit, aber auch die Existenzberechtigung eines eigenstaatlichen Österreich wird heute von niemand mehr in Zweifel gezogen.

Die Österreichische Volkspartei bedauert es, daß nicht auch auf der anderen Seite das gleiche Verständnis für die Bewältigung der Landesverteidigungsprobleme vorherrscht. Wenn man die Agenden der Landesverteidigung und die Aufstellung eines Bundesheeres als eine unangenehme und leider nicht zu vermeidende Notwendigkeit ansieht, ist es sicher eine schwere Hypothek für unser eben in die Welt tretendes neues Bundesheer. Meine Partei hingegen wird alles versuchen, um den Start des neuen Heeres zu erleichtern und Vorsorge zu treffen, daß die Soldaten nicht das Gefühl haben, eine wertvolle Zeit ihres jungen Lebens nutzlos zu verträdeln. Wir wollen neben der militärischen exakten Ausbildung auch die Liebe zum Vaterland in die Herzen der jungen Menschen pflanzen und das Nationalbewußtsein für Österreich wecken. Wir sind deshalb im Gegensatz zu anderen Ansichten überzeugt, daß das Bundesheer in jeder Hinsicht eine neue Aktivpost in unserem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben sein wird, und wünschen an der Schwelle des Jahres, in welchem der erste Jahrgang seine militärische Dienstpflicht ableisten wird, daß die Soldaten des Bundesheeres niemals ihre Waffen einsetzen müssen.

Die zweite große Verpflichtung, die uns aus der staatlichen Freiheit erwächst, liegt in der Erfüllung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Staatsvertrages. Die Freiheit wurde uns, obwohl wir darauf tausendfach Anspruch hatten, nicht geschenkt. Mit dem Abzug der Besatzungstruppen aus unserem Land hat wohl eine recht unerfreuliche Periode der Reglementierung und Bevormundung ihr Ende gefunden, aber zugleich eine neue, nämlich die des Zahlens für die Freiheit begonnen. Wir sind dem Finanzminister für seine Erklärung, daß damit dem österreichischen Volke keine neuen Lasten auferlegt werden sollen, sehr dankbar. Der besonders vor 1954 so viel gelästerte Finanzminister Dr. Kamitz hat es zustandegebracht, daß die Lasten des Bundesheeres und der Staatsvertragsverpflichtungen, ohne die bestehenden Steuern auch nur um einen Groschen zu erhöhen oder gar neue Steuern einzuführen, im Budget verankert werden konnten. Ja selbst die zweimalige Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, jeweils am 1. Jänner 1954 und 1955, wurde nicht rückgängig gemacht. Das gesamte er-

3754 81. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 28. Oktober 1955

weiterte Ausgabenerfordernis des Bundesvoranschlages 1956 gegenüber dem des Jahres 1955 — das sind immerhin 3,8 Milliarden Schilling — wird ohne jede zusätzliche Belastung der Staatsbürger getragen. Daß dies möglich ist, verdanken wir der klugen Finanz- und Wirtschaftspolitik in den beiden letzten Jahren.

Das, Hohes Haus, sind die sichtbarsten und überzeugendsten Ergebnisse jener Stabilisierungspolitik, die meine Partei in den beiden letzten Jahren so entschieden gefordert und schließlich auch gegen manchen Widerstand durchgesetzt hat. Ich freue mich, daß wir heute aus dem Munde des Sprechers der Sozialistischen Partei erfahren konnten, daß unserem Grundsatz, der dahin lautet, daß man auch im Staate nicht mehr ausgeben darf, als man einnimmt, nun auch hier Anerkennung gezollt wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Frauen und Männer! Im Jahre 1952, als vorzeitig die Wahlen für das Jahr 1953 ausgeschrieben wurden, in jener tragischen Nacht, als es zu dem Beschluß kam, diese Neuwahlen auszuschreiben, ging es in erster Linie darum, diesen Grundsatz im neuen Budget 1953 zu verankern. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Wenn der Herr Kollege Pittermann sagt, daß damals für das Jahr 1953 keine Gelder für den Wohnungsbau, für den Straßenbau, keine Gelder für den Autobahnbau vorgesehen waren, so ist das nicht richtig. Ich habe an diesen Verhandlungen teilgenommen, und es war immer und immer wieder nur die Rede davon, daß man sich nach der Decke strecken müsse und daß nur dann eine wirkliche Stabilisierung der Währung, eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt werden kann, wenn im Staatshaushalt der Grundsatz größter Sparsamkeit angewendet wird. Darüber hinaus müsse versucht werden, die notwendigen Investitionen im Interesse unserer Wirtschaft durch Aufnahme von Anleihen und Kreditoperationen, aber nicht im Budgetwege zu decken. Darum, sehr geehrte Frauen und Herren, ging also die grundsätzliche Auseinandersetzung.

Darf ich daran erinnern, daß, als hier die Rede davon war, daß nun Österreich daran geht, die Autobahnen zu bauen, ein sozialistischer Sprecher die Meinung vertreten hat, daß es sich hier um einen Aprilscherz handle, denn die Österreichische Volkspartei beziehungsweise der Herr Finanzminister würden nie in die Lage kommen, das Geld für den Bau der Autobahnen aufzubringen. Der Aprilscherz ist nicht als Scherz, sondern als Tatsache wahr geworden. Die Autobahnen in Österreich werden gebaut, und sehr bald werden die Fremden, die freudig zu uns nach

Österreich kommen, die Bequemlichkeit einer Autobahn für ihre Reisen in Österreich genießen können. Darum ging es also: nicht einer Politik in den Finanzen des Staatshaushaltes das Wort zu reden, die ohne jedes Konzept nur einfach Ausgaben beschließt, ohne auf die Bedeckung bedacht zu sein, sondern einer Politik, die darauf bedacht ist, in erster Linie die Konjunktur unserer Wirtschaft und damit auch den Lebensstandard des arbeitenden Volkes zu heben.

Kollege Pittermann! Wir wollen heute nicht um die Priorität streiten, wer in diesem oder jenem Fall zuerst diesen oder jenen Gedanken gehabt hat. Jedenfalls war eines richtig, daß wir infolge der Haltung der Sozialistischen Partei im Jahre 1952 gezwungen waren, die Wahlen frühzeitig auszuschreiben. Bei diesen Wahlen hat sich die österreichische Bevölkerung für den Kurs entschieden, den ein Raab und ein Kamitz uns vorgezeichnet hatten. *(Beifall bei der ÖVP. — Widerspruch bei den Sozialisten.)* So entschieden, Herr Kollege Pittermann, daß es uns möglich war, auch bei Ihnen die Bereitschaft zu diesem Programm zu finden. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Der Wahrheit die Ehre: 37.000 haben für uns mehr gestimmt als für euch!)* Bei den nächsten Wahlen reden wir weiter. Sagen Sie, warum lassen Sie mich das wiederholen, was ich voriges Jahr hier an der gleichen Stelle gesagt habe: Der Rentenklau und alle diese Dinge haben Ihnen doch nichts genützt. Wir haben doch ein Mandat mehr und damit den Bundeskanzler. Damit haben wir unsere Politik fortsetzen können. *(Beifall bei der ÖVP. — Rufe bei den Sozialisten: Noch! Noch!)* Abwarten! Abwarten und Tee trinken! Ich sagte schon, bei Philippi, nach den Wahlen sprechen wir uns wieder. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Böh m gibt das Glockenzeichen.)*

Aber stellen wir uns doch einmal vor, wir hätten bei einer schrankenlosen Ausgabenpolitik des Bundes, die ohne großes finanzpolitisches Konzept fortwurstelt, zugesehen, wie sich eine Entwicklung anbahnt, die uns, so wie es jetzt der Fall war, als nun plötzlich der Staatsvertrag hineinplatzte, vor die Lösung schier unlösbarer Aufgaben gestellt hätte. Unser gesamtes wirtschaftliches Leben müßte auf die neue Situation umgestellt werden. Wir wären buchstäblich über Nacht gezwungen gewesen, das Investitionsprogramm umzustoßen, das Gebäude der Sozialgesetzgebung zu reformieren, kurz, in wenigen Wochen einen völlig neuen finanzpolitischen Weg einzuschlagen, der der neuen Situation Rechnung getragen hätte. Niemand wird im Ernst glauben, daß es in einer solchen Lage ohne sehr empfindliche Belastungen aller Staatsbürger abgegangen

wäre. Der Finanzminister hätte, wenn es nach dem Willen so mancher gegangen wäre, zum Ausweichmittel neuer sehr empfindlicher Steuern oder zur fühlbaren Erhöhung bestehender Steuern und Abgaben greifen müssen. So aber ist uns dies alles dank einer klugen Finanzpolitik erspart geblieben, und diese 1,1 Milliarden Schilling, die uns der Staatsvertrag im nächsten Jahr und auch in den folgenden sechs Jahren kosten wird, können ohne fühlbare Einschränkungen des Lebensstandards von unserem Volk getragen werden.

Nur, wie der Herr Finanzminister erklärte, das Steuerreformprogramm, das Steuergerechtigkeit, Steuervereinfachung und Verwaltungsentlastung in weitestem Sinne bringen sollte, das muß vorläufig zurückgestellt werden.

Die genannte Summe aus dem Staatsvertrag und aus den Leistungen, die dieser Staatsvertrag von uns verlangt, setzt sich nun einmal aus jenen 650 Millionen Schilling zusammen, die wir gemäß dem Abkommen zwischen der Sowjetunion und Österreich vom 17. Juli 1955 als Jahresrate für das Deutsche Eigentum in Warenlieferungen zu bezahlen haben. Dazu kommen neben einem Kredit von 1 Million für die Einrichtung der Einkaufsorganisation weitere 250 Millionen Schilling zur Regelung der vordringlichen Ansprüche aus den Forderungen österreichischer Staatsbürger gegenüber Deutschland, 10 Millionen als Restzahlungen nach dem Vergütungsgesetz und 100 Millionen für Entschädigungen für Besatzungsschäden, welche die Republik auf Grund des Art. 24 Abs. 2 des Staatsvertrages zu übernehmen hat. Die für sonstige Besatzungskosten veranschlagten 60 Millionen betreffen Ansprüche aus Requisitionen oder Lieferungen und Dienstleistungen an die Besatzungsmächte, zu deren Regelung die Republik verpflichtet ist. Hiezu kommt noch 1 Million für besondere Verwaltungsaufwendungen, und verschiedene kleinere Summen müssen ebenfalls bereitgestellt werden, um die Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag zu erfüllen.

Darüber hinaus haben sich für das nächste Jahr aber auch die finanziellen Anforderungen aus dem Titel der Beamtengehälter nicht unwesentlich erhöht. Der Personalaufwand betrug im Budget 1955 rund 9,8 Milliarden Schilling, er wird im Voranschlag für das Jahr 1956 um 1,3 Milliarden auf 11,1 Milliarden ansteigen. Damit sind die ganzjährige Auswirkung der dritten Stufe des Nachziehverfahrens und die Zwischenlösung der dienstrechtlichen Bestimmungen für die Bundesbediensteten zur Gänze abgedeckt.

Der Herr Finanzminister hat also das den Beamten gegebene Versprechen eingelöst. Durch diese Maßnahme wird aber auch eine

Forderung der Österreichischen Volkspartei verwirklicht, die eine finanzielle Besserstellung der Beamtenschaft immer wieder verlangt hat. Wir waren stets der Überzeugung, daß die Treue aller öffentlich Angestellten, ohne deren loyale und opferbereite Mitarbeit dieser Staat niemals hätte aufgebaut werden können, auch in der Gewährung standesgemäßer Gehälter ihren Dank finden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind der gleichen Auffassung auch heute noch und sind davon überzeugt, daß es bei der Gestaltung des neuen Gehaltsgesetzes dem Finanzminister möglich sein wird, den Wünschen der Beamtenschaft ebenso wie in der Vergangenheit weitestgehend entgegenzukommen.

Wenn wir nun also das Budget 1955 mit dem uns vorliegenden Entwurf für das Jahr 1956 vergleichen, dann ergibt sich aus den neuen Krediten für das Bundesheer und für Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag sowie für die Erhöhung der Beamtengehälter ein Mehraufwand von 2900 Millionen Schilling, also von rund 3 Milliarden. Das ist aber noch lange nicht alles. Auch der Verwaltungsaufwand ist um 73 Millionen gestiegen. Die Förderungsausgaben des Bundes nehmen um 285 Millionen zu, sodaß wir insgesamt, einschließlich aller Erhöhungen, im ordentlichen Budget auf eine Mehrausgabensumme von rund 3,8 Milliarden Schilling kommen.

Der wirtschaftlichen Entwicklung im laufenden Jahr Rechnung tragend, erfuhr das außerordentliche Budget für 1956 mit einer Globalsumme von insgesamt 941,8 Millionen Schilling gegenüber jenem von 1955 eine nicht unerhebliche Verminderung um rund 790 Millionen Schilling. Die außerordentliche Gebarung ist bekanntlich ausschließlich zur Durchführung von Investitionen bestimmt und dient nicht zuletzt als konjunkturpolitisches Element in der Hand eines Finanzministers. Die radikale Kürzung des Investitionsvolumens im außerordentlichen Budget, teilweise aber auch im ordentlichen Budget, zum Beispiel im Bausektor, ist ein Ausdruck der wirtschaftlich günstigen Situation unseres Landes. Wir leiden heute in keiner Sparte unserer Volkswirtschaft unter Auftragsmangel und haben auch nirgends über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu klagen. Im Gegenteil, gerade in der Bauwirtschaft und in den Baunebenberufen, aber auch in vielen Industriezweigen macht sich das Fehlen geeigneter Arbeitskräfte äußerst unangenehm bemerkbar und zwingt deshalb zum Ingangsetzen der sogenannten Konjunkturbremse, die eine sinnvolle Auswirkung der wirtschaftlichen Kapazität und eine entsprechend stärkere Einsetzung der vorhandenen Arbeitskräfte ohne wesentliche Gefährdung des Lohn- und Preisniveaus erreichen soll.

Man muß überhaupt sagen, daß sowohl aus den Budgetziffern des Bundesfinanzgesetzes als auch aus den Erläuternden Bemerkungen hiezu die sehr begrüßenswerte Elastizität unserer Finanzpolitik deutlich hervorgeht. Wenn mit Rücksicht auf die Konjunktur im Baugewerbe auch die sonst üblichen Kredite von je 100 Millionen Schilling für den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds beziehungsweise für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Voranschlag 1956 fehlen, so müssen wir dies mit der Bereitschaft des Finanzministers, notfalls je nach der Entwicklung der Staatsfinanzen im Laufe des Jahres entsprechende Zuschüsse zu diesen Fonds zu leisten, zur Kenntnis nehmen. Es muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Wohnungsnot trotz unerhörter Bautätigkeit im Wohnungssektor in den letzten zehn Jahren noch keineswegs aus dem Gesamtbild unserer Städte und Industriezentren verschwunden ist. Noch immer warten viele Zehntausende junger Paare auf eine Wohnung und hausen weiter zehntausende Menschen in Wohnungen, die diese Bezeichnung nicht mehr verdienen.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot und die Bereitstellung entsprechend hoher Geldmittel für den Bau neuer und modernster Wohnungen ist daher noch immer das Problem Nummer eins, mit dem sich der Nationalrat, die Landtage und die Gemeinderäte in den nächsten Jahren zu beschäftigen haben werden. Wenn auch nach den Mitteilungen des Herrn Finanzministers im Jahre 1956 rund 1,7 bis 1,8 Milliarden Schilling zum Bau von Wohnungen zur Verfügung stehen und damit wohl der gute Wille der Bundesregierung bewiesen ist, so reicht dieser Betrag doch nur gerade hin, um mit Eigenmitteln usw. rund 22.000 bis 23.000 Wohnungen im Jahr zu bauen. Wollte man jedoch der Wohnungsnot energisch an den Leib rücken, dann müßten mindestens 30.000 Wohnungen jährlich gebaut werden. Eine noch so vortrefflich ausgebaute Sozialgesetzgebung, eine wohlüberlegte Fürsorge, eine noch so gut gemeinte Befürsorge von der Wiege bis zum Grabe können nur Stückwerk sein, solange es nicht möglich ist, alle Familien in gesunden und modernen Wohnungen unterzubringen.

Wir ersuchen daher den Herrn Finanzminister um seine Unterstützung bei der Lösung dieser fast schwierigsten Aufgabe. Er möge uns diese Unterstützung auch weiterhin geben. Die beste Sozialpolitik geht fehl, wenn der Urzelle eines Staates, nämlich der Familie, keine gesunden, entsprechend großen und modernen Heime zur Verfügung gestellt werden können.

In diesem Zusammenhang will ich auch noch namens meiner Partei ein klares und unein-

geschränktes Bekenntnis zu der Sozialgesetzgebung der Zweiten Republik und besonders zu jenem Gesetz ablegen, welches in diesem Hause vor wenigen Wochen beschlossen wurde und die Krönung des Sozialgebäudes in unserem Staate darstellt, zu dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz.

Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, und zwar jene aller Bünde der großen Volkspartei, haben an der Gestaltung dieses Entwurfes erheblich mitgearbeitet. Wenn wir im Verlaufe der Diskussionen zu dem einen oder anderen Punkt — seien es nun die Forderungen der Ärzte, die der Dentisten oder die Wünsche der konfessionellen Krankenanstalten — eigene Vorschläge zu machen hatten, so war dies unser gutes Recht als Volksvertreter und als Abgeordnete zum Nationalrat. Wir warnen deshalb davor, gerade dieses Gesetz als alleiniges Werk einer Partei zu bezeichnen, und es muß nochmals betont werden, daß es ohne die initiative Mitarbeit unseres Bundeskanzlers Raab niemals so rasch zustandegekommen wäre. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden die anerkennenden Worte des Herrn Präsidenten Böhm, die dieser in der Debatte über das ASVG. für die Mitarbeit des Kanzlers gefunden hat, nicht vergessen und der Bevölkerung im Bedarfsfalle den Herrn Präsidenten Böhm als Zeugen für die treue und ehrliche Arbeit der ÖVP am ASVG. vorstellen. Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und der ihm zugrunde liegende Gedanke sind gut. Wir sind selber grundsätzlich — und dies nicht erst seit heute — fanatische Vertreter einer echten Familienpolitik. Das ASVG. sucht den Schwierigkeiten aller Lebenslagen zu begegnen und ist zusammen mit den familienfördernden Maßnahmen in den übrigen Sozialgesetzen zweifellos dazu geeignet, das Aussterben unseres Volkes endlich einmal wirksam zu stoppen.

Gerade in diesen Tagen, in denen die Diskussion über den § 144 neu aufzuleben scheint, dürfte ein offenes Wort zu diesem Problem am Platze sein. Eine Aufhebung oder auch nur eine Lockerung des § 144 käme einem Todesurteil für das österreichische Volk gleich. Dieser Tatsache gegenüber haben alle anderen sogenannten sozialen Erwägungen zurückzustehen. Alle maßgebenden Kenner der wahren Verhältnisse auf diesem Gebiete geben als Summe der jährlich vermutlich abgetriebenen Kinder rund 200.000 an. Was würde aber geschehen, wenn man die noch immer verbotene Abtreibung der Leibesfrucht legalisieren oder sie unter leichteren Voraussetzungen als bisher gestatten würde? In rund 120 Jahren wäre das österreichische Volk aus-

gestorben! Aber schon wir, spätestens jedoch unsere Kinder, würden die Folgen einer solchen unüberlegten Maßnahme am eigenen Leib zu spüren bekommen, denn die Vergreisung unseres Volkes würde mangels Nachwuchses noch rapidere Fortschritte machen als bisher, und bereits vom Jahre 1970 an etwa stünde das ganze von uns mühsam aufgebaute Gebäude der Sozialgesetzgebung vor dem Zusammenbruch. Wer soll im Falle einer solchen Entwicklung in 20 oder 30 Jahren die Beiträge für die Sozialversicherungsinstitute leisten, die heute für die Bezahlung von Renten und Pensionen vorhanden sind? Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes, eine wirtschaftliche Not; die wir heute in ihren grauenhaften Umrissen bereits erkennen können, würde über unser Volk hereinbrechen, und nur wenige Jahrzehnte später hätte das mehr als tausend Jahre alte österreichische Volk sein Ende gefunden. Österreich und die Österreicher wären ein ausgestorbenes Volk, von dem in späteren Zeiten die Geschichtsschreiber berichten würden, daß es so wie die Awaren, die Kelten, die Markomannen und die Quaden im Donaauraum gelebt hat, dann aber untergegangen ist, weil eine Generation die Bequemlichkeit eines unbeschwerten Lebens den Pflichten der Familienerhaltung vorgezogen hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wer dies will, wer sein eigenes Volk dem sicheren Tod ausliefern möchte, der möge die Aufhebung des § 144 verlangen. Wer aber wie die Österreichische Volkspartei unser Österreich vor dem sicheren und ruhmlosesten Untergang, den die Geschichte kennt, retten möchte, der überlege nicht eine Lockerung des § 144, sondern erwäge mit uns jene familienfördernden Maßnahmen, die gemeinsam mit einer Stärkung der Moral das Unheil aufhalten könnten.

Es ist sehr erfreulich, daß auch die Mehrzahl der Ärzte auf dem gleichen Standpunkt steht, den wir einnehmen. Auch die Mediziner sind der Meinung, daß der § 144 vielleicht reformbedürftig ist, keineswegs aber durch eine Liberalisierung seiner Bestimmungen. Er soll nicht gelockert werden, sondern man ist der Meinung, daß die medizinische Indikation auch weiterhin gestattet sein soll, wenn eine Kommission — und nicht wie bisher ein einzelner Arzt — festgestellt hat, daß das Leben der Mutter in Gefahr ist. (*Abg. Rosa Jochmann: Ganz richtig! Aber das gilt nicht für alle Frauen!*) Die sogenannte soziale Indikation hingegen hätte weiter verboten zu bleiben. Um aber die Gründe, die bisher vielfach zu den verbotenen Abtreibungen führten, kennenzulernen, beziehungsweise solche überhaupt zu verhindern, wäre die Schaffung einer Fachleutekommission zu erwägen, die den sozialen Notstand zu überprüfen und ent-

sprechende Gegenmaßnahmen im Sinne der aktiven Familienpolitik für die Zeit während der Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes einzuleiten hätte. (*Beifall bei der Volkspartei. — Abg. Dr. Pittermann: Bravo!*)

Es ist auch ein Nonsens, abgesehen von allen anderen Gründen, im gegenwärtigen Zeitpunkt der fortschreitenden Vergreisung unseres Volkes Maßnahmen zu diskutieren, die nicht einer Verjüngung, sondern hauptsächlich der Tötung der österreichischen Nation Vorschub leisten würden. Man braucht nur die Erfahrungen des Auslandes, wo man sich ebenfalls mit der Geburtenkontrolle beschäftigte, anzusehen, und man wird überall in Europa eine Bestätigung für unseren Standpunkt finden. Ja selbst in der Sowjetunion, die in den zwanziger Jahren, unmittelbar nach dem kommunistischen Machtantritt, jede nur mögliche Tötung keimenden Lebens gestattete, ist man von diesem organisierten Selbstmord eines Volkes sehr rasch abgegangen, und heute sind dort Schwangerschaftsunterbrechungen strengstens verboten. In Schweden bekennt man sich gegenwärtig auch zur Geburtenkontrolle. Die Zahl der jährlichen Abtreibungen aus sozialen, humanitären und medizinischen Gründen ist dort mit 5000 pro Jahr angegeben, und trotzdem sind Kenner der Lage der Überzeugung, daß die illegalen Schwangerschaftsunterbrechungen durch die staatliche Toleranz nicht ab-, sondern zugenommen haben. Schweden ist somit nach Österreich das an Geburten zweitärmste Land Europas. In Frankreich hat die dortige Ärztekammer erst vor wenigen Wochen der Geburtenkontrolle eine schärfste Absage erteilt. Auch in Holland, wo ähnliche politische Verhältnisse wie in Österreich herrschen, würde kein Arzt daran denken, aus anderen als aus medizinischen Gründen keimendes Leben zu töten.

Das Fünfte Gebot: „Du sollst nicht töten!“ muß auch für uns verpflichtend bleiben. (*Abg. Rosa Jochmann: Aber für alle!*) Natürlich für alle. (*Abg. Rosa Jochmann: Es gilt nicht für alle! Das ist es!*) Wer tötet, muß nach dem Gesetz für diese Handlung bestraft werden. Wir sind uns allerdings klar, daß man diesem zur Diskussion stehenden Problem mit dem Strafrecht allein gegenwärtig nicht beikommen kann. (*Abg. Dr. Tschadek: Sehr richtig!*) Deshalb fordern wir sehr energisch umfassende sozialpolitische und familienfördernde Gesetzesmaßnahmen. Was den strafrechtlichen Teil betrifft, so möchten wir an den Justizminister die Empfehlung richten, eine schärfere Bestrafung für die Ausführenden einer Schwangerschaftsunterbrechung zu veranlassen und die sogenannte Beihilfe milder zu beurteilen. Gegenwärtig wird die umgekehrte Praxis ge-

handhabt, es werden die Ausführenden, also die einen Eingriff vornehmenden Ärzte, weniger hart bestraft als die werdende Mutter, welche eine Abtreibung der Leibesfrucht an sich vornehmen läßt. Wir sind überhaupt der Meinung, daß man solche Gesetzesverstöße der Ärzte nicht streng genug bestrafen kann. Eine geschäftsmäßige Abtreibung, wie sie zum Glück heute von einer verschwindend geringen Anzahl von Mediziner, aber auch von Laien vorgenommen wird, ist nicht nur seitens der Mediziner ein schwerer Verstoß gegen das ärztliche Berufsethos, sondern auch ein strafgesetzlicher Verstoß, der mit der ganzen Strenge des Gesetzes zu ahnden wäre.

Das eben Gesagte und die allgemeine Entwicklung unserer Bevölkerungsstruktur zwingt uns also dazu, der Familienpolitik in nächster Zeit unser besonderes Augenmerk zuzuwenden. Im Budget für 1956 kommen die familienfördernden Maßnahmen schon deutlich zum Ausdruck. Für die Kinderbeihilfen sind im nächsten Jahr 1530 Millionen präliminiert, das sind um 280 Millionen mehr als im Jahre 1955. Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe, der 1956 zum erstenmal ganzjährig wirksam wird, verfügt über 426 Millionen Schilling. Insgesamt werden also 1956 Millionen oder um 706 Millionen Schilling mehr als 1955 für familienfördernde Maßnahmen ausgegeben werden.

Berauschen wir uns aber nicht an diesen Zahlen, denn wir haben gesehen, daß alle diese gut gemeinten Gesetzesbeschlüsse an den Kern des Problems nicht vorzudringen vermögen. Wir müssen uns deshalb bei einer allfälligen Diskussion über die Frage, ob in naher Zukunft weiter der Leistungslohn oder der Familienlohn gehandhabt werden soll, wohl oder übel für das letztere entscheiden, denn nur eine Entlohnung, die neben der Leistung des arbeitenden Menschen auch die Zahl der von ihm zu erhaltenden Familienmitglieder berücksichtigt, sowie zusätzlich die Schaffung moderner, genügend großer Wohnungen, in denen junge Ehepaare mehrere Kinder aufziehen können, werden uns letzten Endes dem ersehnten Ziele näherbringen.

Wie nötig eine Verjüngung unseres Volkes ist, läßt sich auch — wenn auch nur auf einem Teilgebiet — aus den Ziffern des vorliegenden Budgetentwurfes erkennen. Wir können daraus entnehmen, daß zum Beispiel 184.401 aktiven Bundesbediensteten 199.199 Pensionisten gegenüberstehen. Dieses Mißverhältnis tritt aber auf den noch engeren Sektor der Bundesbahnen begrenzt noch stärker in Erscheinung. Dort gibt es 63.104 Aktive und 89.222 Pensionisten. Vergleichen Sie bitte diese Ziffern mit

dem von mir vorher Gesagten, und nehmen Sie weiter an, daß die Lage in der Privatwirtschaft nicht viel günstiger ist, und Sie haben den ziffernmäßig unanfechtbaren Beweis für die Richtigkeit unserer Forderungen zur Familienpolitik.

Daneben gilt es aber auch, meine Damen und Herren, einer Gesundung der Moral auf allen Gebieten das Wort zu reden. Dies kann nur dann erfolgen, wenn wir die ethischen und moralischen Werte des Menschenlebens den geisttötenden Lehren von der reinen Materie vorziehen. In ethisch-moralischer Beziehung hat der krasse Materialismus, wie er etwa in verschiedenen Lehren seinen Ausdruck findet, noch größeren Schiffbruch als auf wirtschaftlichem Gebiet erlitten. Erst Materie und Geist machen den wahren Menschen aus. Die Rückführung unserer Jugend zu den ewig gültigen Werten des christlichen Gedankengutes, die Achtung des Staates vor der religiösen Überzeugung seiner Bürger, die Förderung und Unterstützung der geistigen und geistlichen Bildungsstätten, zumindest aber die wohlwollende Duldung dieser Einrichtungen, können nach unserer festen Überzeugung eine echte Umkehr bewirken.

Wir verlangen deshalb, daß man endlich den Forderungen des christlichen Bevölkerungsteiles nach einer Reform der Ehe- und Schulgesetzgebung Rechnung trägt und daß man schließlich gerade jetzt, nach dem Tode unseres Kardinals, auch die Frage des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl in befriedigender Weise löst.

Wir freuen uns, daß bei den internen Verhandlungen über die Schulgesetze gute Fortschritte erzielt wurden, und erwarten, daß es bald gelingen möge, eine endgültige Einigung zu erreichen. Unser Verlangen, man möge den Privatschulen neben der Anerkennung für ihre erzieherischen Leistungen auch materielle Unterstützung zuteil werden lassen, ist nichts Unbilliges. Ich appelliere an den Koalitionspartner, auch hier bessere Einsicht obwalten zu lassen. (*Abg. Dr. Pittermann: Das hat ja Dr. Kolb verhindert!*) Man möge überzeugt sein, daß sich die christliche Bevölkerung Österreichs eine Negierung ihrer Wünsche nicht dauernd gefallen läßt. Man möge aber auch nicht auf die Idee verfallen, diese von mir schon wiederholt angemeldeten Forderungen der österreichischen Christen als Einleitung eines Kulturkampfes zu bezeichnen. Wir wollen alles andere, als religiöse Fragen in den Mittelpunkt von Diskussionen zu stellen. Wir verlangen aber wohl mit gutem Recht, daß der verfassungsmäßig garantierten Gewissensfreiheit auch auf dem Schul- und Ehesektor Gerechtigkeit widerfährt.

Wir denken nicht daran, jemanden zu einer christlichen Eheschließung zu zwingen oder zu fordern, daß alle Kinder nur konfessionelle Schulen oder Kindergärten besuchen. Auf der anderen Seite aber werden sich die gläubigen Christen nicht zwingen lassen, die Trauungszeremonie vor dem Standesamt zu vollziehen und damit einen Formalakt zu setzen, der ihnen gar nichts bedeutet. Man möge ihnen die Wahl lassen, ob sie vor einem Geistlichen der Religionsgemeinschaften oder vor einem Standesbeamten den Bund fürs Leben schließen wollen.

Ebenso ist es unmöglich, daß minderbemittelte Eltern aus finanziellen Gründen gezwungen werden, ihre Kinder in die öffentliche Schule zu schicken, wenn sie ihrer Überzeugung gemäß ihre Kinder lieber in eine Privatschule schicken möchten. Die Gleichstellung der staatlichen Schulen mit den privaten Anstalten ist daher ebenso ein Gebot der Stunde wie die endliche Lösung der ehegesetzlichen Probleme.

Die Generaldebatte zum Bundesfinanzgesetz bietet den Parteien traditionsgemäß Gelegenheit, jene Probleme in einer Art Vorschau auf das nächste Jahr anzuführen, mit denen sie sich in nächster Zeit besonders befassen möchten. 1956 wird das erste Jahr der vollen Freiheit Österreichs sein. Zusammen mit dem Staatsvertrag und abgesehen von seinen wirtschaftlichen Lasten haben wir eine besondere und, wie es scheint, überaus schwere Aufgabe in den folgenden Wochen möglichst einvernehmlich zu lösen, und das ist das künftige Schicksal der ehemaligen USIA-Betriebe.

Für diese rund 450 Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft und für die zahlreichen Landwirtschaftsbetriebe in der ehemaligen Ostzone Österreichs wurden vorübergehend öffentliche Verwalter bestellt. Bei einem ziffernmäßig kleinen Teil dieser Betriebe der Industrie, nämlich bei 17, ist der künftige Status durch das 1. Verstaatlichungsgesetz aus dem Jahre 1947 geklärt. Sie werden verstaatlichte Unternehmungen und damit den Sektor der verstaatlichten Industrie nicht unwesentlich erweitern. Der ziffernmäßig bedeutendere, wirtschaftlich hingegen weniger bedeutungsvolle Rest soll in der nächsten Zeit seine endgültige Rechtsform finden.

Was die Frage der Vorbesitzer dieser Betriebe angeht, so sind uns durch die Bestimmungen des Staatsvertrages gewisse Grenzen gesetzt. Österreich wird diese Bestimmung über das Deutsche Eigentum im Staatsvertrag genau einhalten, und alle etwaigen künftigen Verhandlungen mit den Vorbesitzern können insoweit zu einem Ziele führen, als auch der Gesprächspartner die Verpflichtung anerkennt

und die Möglichkeiten berücksichtigt, die die bezüglich Artikel des Staatsvertrages unserem Lande offenlassen. Ich möchte damit sagen, daß etwaige Ansprüche von Vorbesitzern aus der deutschen Bundesrepublik in einer sachlichen und leidenschaftslosen Atmosphäre geführt werden sollen und man gut daran täte, alle einseitigen Vorwürfe an die Adresse Österreichs zu unterlassen, zumal man unseres Wissens schon lange vor Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich mit allen wirtschaftlichen Regelungen einverstanden war, die die Besatzungsmächte in Österreich mit unserem Lande über das Deutsche Eigentum zu treffen beabsichtigten. Unserem Koalitionspartner möchten wir aber deutlich und offen sagen, daß die Österreichische Volkspartei einer weiteren als über das Gesetz vom Jahre 1947 hinausgehenden Verstaatlichung von Teilen der ehemaligen USIA-Betriebe die Zustimmung verweigern wird.

Man kann über den wirtschaftlichen und sozialen Wert einer Verstaatlichung geteilter Meinung sein, aber die Sozialisten mögen ja nicht glauben, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung gleich ihnen der Meinung wäre, die Verstaatlichung würde alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme aus dem Wege räumen. Das Gegenteil trifft in vielen Fällen zu. Die Arbeiter und Angestellten in der verstaatlichten Industrie arbeiten in keiner Beziehung unter besseren Bedingungen als ihre Kollegen in der Privatwirtschaft. Ja im Gegenteil, die Belegschaft der privaten Wirtschaftsbetriebe hat im Falle von Auseinandersetzungen mit der Betriebsinhabung jederzeit die Möglichkeit, den privaten Besitzern die geballte Macht der Gewerkschaftsbewegung zur Durchsetzung ihrer Forderungen gegenüberzustellen. Die Erfahrungen der letzten Jahre lehren uns, daß sie ihre Wünsche dort, wo sie berechtigt waren, in jedem einzelnen Fall auch durchsetzten. In der verstaatlichten Industrie aber ist der Arbeitgeber der Staat, repräsentiert durch das sozialistisch geführte Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe. (*Abg. Dr. Pittermann: Und durch das Finanzministerium!*) Auf der anderen Seite steht der ebenfalls sozialistisch geführte Gewerkschaftsbund. Überall also, wo Arbeitnehmer der verstaatlichten Industrie Rat, Schutz und Hilfe suchen, stoßen sie auf Vertreter der Sozialistischen Partei: dem Genossen Betriebsinhaber steht der Genosse Betriebsrat zur Seite, und es gerät ein gar nicht kleiner Teil der Unselbständigen unseres Landes, ob gewollt oder ungewollt, in die Kontrolle der Sozialistischen Partei. Und das ist es, meine Herren Sozialisten, was Ihnen die Verstaatlichung so sympathisch macht, und das ist auch der letzte Grund dafür,

weshalb Sie in letzter Zeit so eifrig für eine Ausdehnung der Verstaatlichung auf einstweilen dafür noch nicht vorgesehene Betriebe der ehemaligen USIA-Konzerne drängen. Das ist aber auch der Grund, warum Ihnen die Österreichische Volkspartei ein so konsequentes Nein entgegensetzt. (*Abg. Dr. Pittermann: Wenn der Müllner diese Betriebe bekommt, dann sagt sie ja!*)

Staatssekretär Dr. Bock hat kürzlich in einer Rede vor dem Donaueuropäischen Institut die wirtschaftliche Lage dieser ehemals russischen Betriebe genau analysiert. Er hat den Vorschlag gemacht, man möge über eine Ausdehnung der Verstaatlichung von USIA-Betrieben eine Volksabstimmung durchführen und das Volk befragen, ob es nach den bisherigen zehnjährigen Erfahrungen gewillt ist, den wirtschaftlichen Einfluß der Sozialistischen Partei zu vergrößern, oder nicht. Diese Anregung des Staatssekretärs Dr. Bock erscheint uns als ultima ratio bei einer Lösung dieser Frage absolut beachtenswert, beachtenswert deshalb, weil das Volk darüber entscheiden soll, was mit dieser Art von Betrieben in Zukunft zu geschehen habe. (*Abg. Dr. Tschadek: Sprechen Sie über die NEWAG! — Abg. Horn: Reden Sie über die NIOGAS! — Abg. E. Fischer: Plötzlich seid ihr für eine Volksabstimmung!*) Ja, nicht immer dann, wenn es der Opposition paßt.

Zur Erörterung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage gehört aber auch unsere Warnung vor politischen Streiks. Wir haben in der letzten Zeit mit Bedauern feststellen müssen, daß in einer Reihe von Betrieben Streiks zur Durchsetzung politischer, also keineswegs gewerkschaftlicher Forderungen in Szene gesetzt wurden. Wir können vor einem Übergreifen dieser Methode nicht genug warnen. (*Abg. Horn: Beim Ärztestreik auch?*) Diese Methoden standen am Beginn des Unglücks der Ersten Republik Österreich. Wenn der Herr Kollege Pittermann heute hier gemeint hat, es müsse den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erlaubt sein, sich gegen unlauteren Wettbewerb zu schützen, so vertreten wir auch im allgemeinen die Auffassung des geschlossenen Betriebes. Aber eines wollen Sie bitte ein für allemal zur Kenntnis nehmen: Der Austritt aus dem Gewerkschaftsbund, aus einem privaten Verein, darf nicht den politischen Tod eines Menschen bedeuten! (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir warnen also, diese Methoden fortzusetzen.

Es ist leider bedauerlich, wenn ich das gerade während seines Vorsitzes tun muß, aber ich möchte darauf hinweisen, daß auch der Gewerkschaftspräsident Böhm, der sonst

immer wieder ausgleichend gewirkt hat, beim Kongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes nicht eindeutig gegen solche Übergriffe lokaler Gewerkschaftsfunktionäre Stellung genommen hat. Was in einzelnen Betrieben geschah, ist und bleibt eine Terrormaßnahme. Präsident Böhm meint dazu ... (*Abg. Doktor Tschadek: In Niederösterreich wurde eine Frau vorgeladen und ihr mitgeteilt, daß sie abgebaut wird, wenn sie nicht dem ÖAAB beitrifft!*) Herr Minister Tschadek! Ich bitte noch um ein klein wenig Geduld. Wir kommen auch noch auf die öffentlich Angestellten zu sprechen. Präsident Böhm meinte, die Gewerkschaft habe das Recht, sich gegen Spalter auch mit drastischen Mitteln zur Wehr zu setzen. Es ist noch lange nicht bewiesen, daß es sich in jenen Fällen um Spalter gehandelt hat.

Darf ich auf die Vorfälle verweisen, die sich in den Puch-Werken ereignet haben, wo nach einer abgeschlossenen Betriebsratswahl drei Kollegen, die auf einer Namensliste für den Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund kandidierten und gewählt wurden, gefährlich bedroht, bespuckt und beschimpft wurden. Das sind Methoden, die uns den Rückfall in eine Zeit andeuten, die wir alle miteinander nicht haben wollen, denn wir alle wollen nicht, daß jemals wieder solche Zustände in Österreich eintreten. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Wer also mit der offiziellen Politik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes nicht einverstanden ist ... (*Zwischenruf des Abg. Frühwirth.*) Ich bin Mitglied des Gewerkschaftsbundes seit 1918, lieber Kollege Frühwirth! Ich weiß, was es heißt, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Aber ich sagte schon, man darf Menschen nicht deshalb, weil sie mit der Politik des Gewerkschaftsbundes nicht einverstanden sind, dem wirtschaftlichen Ruin und Tod ausliefern. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*) Und deshalb bedauern wir diese Vorfälle. Wenn wir hier das kritisieren, so auch deshalb, weil auch wir nicht immer mit der offiziellen Politik des Gewerkschaftsbundes einverstanden sind.

Wir kritisieren zum Beispiel heftig die sonderbare Zurückhaltung der Gewerkschaft bei der Erhöhung der Wiener Straßenbahntarife. Ich weiß schon, wir sind hier gegensätzlicher Auffassung. Ich werde versuchen, auf diese Gegensätze einzugehen. Der Gewerkschaftsbund konnte sich bei diesem empfindlichen Anschlag auf die Taschen des arbeitenden Volkes nicht einmal zu einem lendenlahmen Protest aufrufen, geschweige denn seinen Einfluß geltend machen, um diese nach unserer Auffassung überflüssige Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises zu verhindern. (*Abg.*

Dr. Pittermann: Und wie war das in Innsbruck und in Graz?) Lieber Kollege Pittermann! Es ist richtig, daß in Innsbruck und auch in Graz die Straßenbahnfahrpreise erhöht wurden. Allerdings zu einem Zeitpunkt, wo die Krise in bezug auf das Preisgefüge nicht so deutlich war wie zu dem Zeitpunkt, als die Mehrheit des Wiener Rathauses darangegangen ist, die Straßenbahntarife zu erhöhen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Aber sei es wie immer, meine sehr geehrten Frauen und Männer, warum dann also auf der einen Seite so zimperlich, und warum sind auf der anderen Seite, wenn nur leise und förmlich am Rande die Bauern sagen: Der Milchpreis deckt nicht mehr unsere Gestehungskosten! *(Abg. Dr. Pittermann:* Da waren sie nicht zimperlich!), auf einmal Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer sofort auf dem Plan und rufen alle ihnen zur Verfügung stehenden Stellen auf, hier eventuelle Wünsche zu unterdrücken?

Kollege Pittermann hat gemeint, die Haltung unserer Wiener Kollegen im Rathaus sei illoyal gewesen. Was würde zum Beispiel der Herr Minister Waldbrunner sagen, wenn sich der Herr Finanzminister den Generaldirektor der Bundesbahnen kommen ließe *(Abg. Dr. Pittermann:* Das macht der Bundeskanzler!) und hinter dem Rücken des zuständigen Ministers einen Plan aushecken würde, sagen wir, die Fahrpreise bei den Bundesbahnen nicht zu erhöhen, sondern zu ermäßigen? Was glauben Sie, welchen Krawall und welchen Wirbel in einem solchen Falle die Sozialistische Partei hier im Saale aufführen würde?

Wenn wir uns also im Wiener Rathaus gegen diese Illoyalität des Herrn Finanzreferenten Resch gewehrt haben, der unsere Vertreter im Wiener Stadtssenat vor eine vollendete Tatsache gestellt hat, so ist das keine Illoyalität von unserer Seite, sondern diese Illoyalität ist wohl auf der anderen Seite zu suchen. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Slavik:* Das ist nicht wahr!) Hier geht es nicht darum: Heraus und hinein!, sondern hier geht es darum, daß man konsequent bei der Behandlung solcher Dinge auf allen Gebieten seine Meinung vertritt. *(Abg. Slavik:* Das ist nicht die Wahrheit! Das stimmt nicht! — *Abg. Probst:* Nathschläger hat alles gewußt, aber nicht wissen wollen!) Das ist uns nicht von einem Kollegen, sondern von allen unseren Kollegen berichtet worden. Im übrigen ist es gerade das Zitterspiel, das hier getrieben wird, das uns also erkennen läßt: ... *(Abg. Weikhart:* Prinke, du tust dir ein bisserl schwer bei dieser Sache!) Nein, ich tu mir gar nicht schwer! — Wenn es darum geht, Ihren Genossen irgendwie Schützenhilfe zu

leisten, sind Sie sehr rasch bei der Hand; wenn es aber darum geht, irgendwelche andere berechnete Wünsche zu erfüllen, wird der ganze Machtapparat: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!, auf den Plan gerufen. *(Abg. Weikhart:* Das war euer Ton in Wien!)

Sehen Sie, das ist es auch, was nicht nur einzelne, sondern viele Leute dazu bewogen hat, Ihren Organisationen den Rücken zu kehren. Es ist bedauerlich, daß unter dem Rückenkehren wegen dieser Haltung auch der einheitliche Gewerkschaftsbund leidet, der als eine sozialistische Organisation angesehen wird. Deshalb rufen wir also noch einmal aus und mahnen, in der Zukunft doch eine andere Taktik an den Tag zu legen. *(Abg. Dr. Pittermann:* Aber über das Verhalten Weinbergers schweigen Sie!)

Man möge zur Kenntnis nehmen, daß weder Anpöbelungen des Herrn Bundeskanzlers noch hemmungsloses Schimpfen über Zeitungen den gewerkschaftlichen Gedanken irgendwie stärken können, sondern lediglich eine konsequente und ehrliche Vertretung aller Arbeitnehmerinteressen!

Im Falle der Tarifierhöhung durch die sozialistische Ratshausmehrheit in Wien hat also der sozialistisch geführte Gewerkschaftsbund weithin versagt. Er hat die Interessen der Arbeitnehmer *(Abg. Mark:* Was ist mit den anderen Erhöhungen?) — darauf werde ich auch noch zu sprechen kommen — den Forderungen der Genossen im Wiener Rathaus geopfert. In dieser Tatsache liegt also die Ursache der Kritik seiner Mitglieder. Die Österreichische Volkspartei, die an der Schaffung des Gewerkschaftsbundes im Jahre 1945 maßgeblichen Anteil genommen hat, verlangt von der sozialistischen Führung dieser Ständesorganisation eine überparteiliche und nur auf die Interessen der Mitglieder ausgerichtete Gewerkschaftspolitik. Die letzten Vorfälle sind jedoch geeignet, unser Mißtrauen in erhöhtem Ausmaß zu wecken. Wir können an der Schwelle des wahrhaft freien Staates die Gewerkschaftsführung nur eindringlich vor einem Rückfall in sozialistische, parteipolitische Terrormaßnahmen, wie wir sie in der Ersten Republik erlebt haben, warnen. *(Abg. Rosa Rück:* Es ist besser, wenn Sie nicht von der Ersten Republik reden!)

Die Losung für das nächste Jahr muß wieder die Zusammenarbeit der beiden staatstragenden Parteien sein. *(Abg. Probst:* Wie ist das in Salzburg?) — Das wird vom Staatsanwalt überprüft, und Sie können versichert sein, daß wir Ihnen offen das Ergebnis der Untersuchung bekanntgeben werden. — Dazu gehört auch die verständnisvolle Rücksicht-

nahme beider Koalitionsparteien auf die Wünsche, aber auch auf die Vorbehalte des anderen. So wie wir jederzeit bereit sind, etwaige Preisverstöße der privaten Wirtschaft zurückzuweisen, und unausgesetzt zur Disziplin rufen, so verlangen wir das gleiche auch von unserem Koalitionspartner dort, wo er maßgeblichen Einfluß besitzt. Erinnern wir uns an die Jahreswende 1951/52, als der damalige Präsident der Bundeshandelskammer, der heutige Bundeskanzler Raab, die Preissenkungsaktion der gewerblichen Wirtschaft einleitete, auf deren Ergebnis Finanzminister Kamitz sein großes Stabilisierungswerk aufbaute. Es hat damit Bundeskanzler Raab den Schlußpunkt unter eine unheilvolle Entwicklung gesetzt und so den Aufbau einer Wirtschaft zur höchsten Blüte des Jahres 1955 ermöglicht.

Wie der Kanzler die Privatwirtschaft zur Ordnung rief, so hätten auch die Sozialisten im Sommer 1955 die Tarifierhöhung verhindern müssen. Erst die Diskussion über diese völlig überflüssige Maßnahme der sozialistischen Wiener Mehrheit brachte die Gerüchte von der bevorstehenden Währungsabwertung in Umlauf und bewirkte das seither beobachtete langsame Anziehen der Preise. (*Abg. Slavik: Die ÖVP-Zeitungen, eure Zeitungen, haben diese Diskussion begonnen!*) Das ist eine historische Tatsache, die Sie nicht weglegen können. Wir wollen allerdings im Augenblick nicht die Schuldfrage diskutieren, sondern unsere Kräfte für die eheste Bereinigung der nunmehr geschaffenen Lage einsetzen.

Es wird immer wieder davon gesprochen, daß die Österreichische Volkspartei — und auch heute kam es wieder in einem Wort des Kollegen Pittermann zum Ausdruck — die Vertreterin der Interessen der Wirtschaft ist und nichts dagegen tut, daß sich da und dort Preisexzesse zeigen.

Darf ich hier das „Vorarlberger Volksblatt“ von gestern zur Hand nehmen? Es ist bekannt, daß in Feldkirch unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes Ilg eine Preisenquete stattgefunden hat. Und nun darf ich Ihnen hier den Ausspruch eines Vertreters der so viel gelästerten Bundeskammer zur Kenntnis bringen. Der Vertreter der Bundeskammer erklärte, nachdem Richtpreise festgesetzt waren: „Somit steht fest, daß die sogenannten Richtpreise keineswegs Mindestpreise sind, und wie von seiten der Vertreter der Handelskammer betont wurde, ist jeder Betrieb durchaus berechtigt und ist es ihm absolut unbenommen, wenn seine besondere Leistungsfähigkeit dies ermöglicht, gegenüber den Richtpreisen dem Konsumenten gegenüber auch niedrigere Preise wirksam werden zu lassen.“ (*Abg. Dr.*

Pittermann: Dann geht man zu Gericht!) Der Erfolg davon war — das ist wieder aus der „Neuen Österreichischen Tageszeitung“ vom heutigen Tag: „Die Vorarlberger Metzger senken die Preise.“ Hier wird mitgeteilt, daß die Metzgerinnung zugestimmt hat, daß Rindfleischsorten um 20 bis 22 S je Kilogramm abgegeben werden, außerdem soll eine verbilligte Konsumentenwurst zum Kilopreis von 20 S verkauft werden. Das sind also die Vertreter jener Innung, die hier vom Herrn Kollegen Pittermann als Kartell bezeichnet wurde, die sich nach seiner Meinung nur zusammengetan haben, um die Teuerung zu fördern.

In diesem Zusammenhang auch etwas über die Wirtschaftsgesetze. Der Kollege Pittermann hat gemeint, daß, wenn das Preisregelungsgesetz nicht mehr verlängert wird oder nicht mehr beschlossen wird, auf der anderen Seite auch das Kartellgesetz aufgehoben werden soll (*Abg. Dr. Pittermann: Ein Verbot!*) oder ein Kartellverbot geschaffen werden soll.

Darf ich ergebenst daran erinnern, daß das Kartellgesetz von uns gemeinsam beschlossen wurde. (*Abg. Proksch: Aber wir haben ein anderes wollen!*) Dieses Kartellgesetz wird nächstes Jahr ablaufen. Wir sind bereit, uns darüber zu unterhalten, ob ein solches Kartellgesetz auch in Zukunft notwendig sein wird. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Es geht aber nicht an, lieber Kollege Pittermann, den armen Minister Helmer als Armitschgerl hinzustellen, der nicht kann, weil der Thoma und der Kamitz oder Illig nicht wollen (*Abg. Dr. Pittermann: Der Illig ist nicht willig!*), sondern es kommt darauf an, daß man eine gewisse Initiative an den Tag legt. Bitte, ich zweifle nicht daran, daß sie vielleicht vorhanden war, aber vielleicht nicht so richtig zur Anwendung kam, um die andere Seite von der Richtigkeit erwogener Maßnahmen zu überzeugen. Sie rennen also im Hinblick auf die Wirtschaftsgesetze vollständig offene Türen ein. (*Abg. Weikhart: Das werden wir uns merken!*)

Wir vertreten den Standpunkt, daß unsere Wirtschaft heute so gefestigt ist, daß sie in kürzester Zeit ohne alle Zwangsmaßnahmen wird auskommen können (*Beifall bei der ÖVP*), und daher möchte ich schon bitten (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), die ÖVP nicht immer als die Partei der Interessenvertretung der Kapitalisten hinzustellen. Wir könnten sonst einmal auf den Gedanken kommen, jene Parteimitglieder, die Generaldirektoren und Direktoren sind, in der einen und in der anderen Partei zu zählen. Ich glaube, wir würden daraufkommen, daß in Ihren Reihen viel mehr Generaldirektoren und Direktoren sind als bei uns! (*Beifall bei der*

ÖVP.) Man rede also nicht von der bösen ÖVP, sondern denken wir in erster Linie daran, daß wir gemeinsam verpflichtet und verhalten sind, alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um das Gefüge der heutigen Wirtschaft zu erhalten und damit ein gesichertes Leben der arbeitenden Menschen in diesem Lande zu gewährleisten. Wir sind also bereit, alle Maßnahmen zu erwägen, die notwendig sind, diese konsolidierte Wirtschaft zu erhalten und diesen Lebensstandard dem arbeitenden Volke auch für die Zukunft zu erhalten.

Der Herr Abg. Pittermann hat einleitend gemeint, daß der Wille des Parlaments viel zuwenig respektiert wird. Er hat in manchem recht, aber in einem kann ich ihm nicht recht geben. Er hat die Bibel zitiert und davon gesprochen, daß das Parlament aufstehen und die Geldwechsler und Viehhändler vertreiben und sich auf seine eigene Stärke besinnen soll. Ich kann mir nur denken, daß er unter diesen Geldwechslern und Viehhändlern unsere Regierung gemeint hat, denn er hat doch daran Kritik geübt (*Abg. Frühwirth: Die Pharisäer hat er vergessen!*), daß sich die Regierung zwischen den Bundespräsidenten und den österreichischen Nationalrat schalte.

Darf ich ergebenst darauf aufmerksam machen, Herr Kollege Pittermann, daß in der Regierung nicht nur Angehörige der ÖVP sitzen, sondern daß es auch Sozialisten in der österreichischen Regierung gibt. Darf ich aber vielleicht auch noch darauf aufmerksam machen, daß darüber hinaus alle Beschlüsse im Ministerrat einstimmig gefaßt werden müssen. Ich bin schon auch der Auffassung, daß die Rechte des Parlaments manchmal von der Regierung mißachtet werden. Ich weiß schon, daß hier mancher Kritik zu begegnen ist. Aber Regierungsvorlagen, Regierungsmaßnahmen werden doch im beiderseitigen Einvernehmen getroffen! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Kollege Pittermann! Das Budget für 1956 ist nicht so beiläufig aus dem Handgelenk des Herrn Finanzministers heraus erstellt worden, es ist vielmehr von den Vertretern der beiden Koalitionsparteien gemeinsam erarbeitet worden! (*Abg. Dr. Pittermann: Ja! Ja!*) Mich wundert es also, wenn heute von der Sozialistischen Partei auch Wünsche angemeldet werden, deren Erfüllung wir alle gerne sehen würden, von denen wir aber wissen, daß sie im Augenblick unerfüllbar sind.

Ich kann daher nicht sagen, wie Kollege Pittermann dies tat, dem Finanzminister passiere mitunter ein Irrtum bei der Erstellung der Ziffern für den Voranschlag und das Einnahmenergebnis sei dann wesentlich höher

als präliminiert. Wir haben es im vorigen Jahre gesehen. Seien wir froh, daß der Finanzminister so vorsichtig budgetiert! Wie wäre es denn möglich gewesen, alle diese Lasten, die uns jetzt auf den Kopf gefallen sind, in einem ausgeglichenen Budget — ich bin überzeugt, daß das Budget ausgeglichen ist — unterzubringen, ohne daß dem Volk neue Lasten auferlegt werden? (*Beifall bei der ÖVP.*) Das war doch nur deshalb möglich, weil auf beiden Seiten der Wille zur gemeinsamen Arbeit vorhanden war; dies hat dem Finanzminister die Erstellung des Voranschlages im vorliegenden Sinne erst ermöglicht. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber nicht im Zusammenhang mit dem Feiertagsgesetz! Das ist eine Partei- und nicht eine Regierungsvorlage!*) Ich habe vom Feiertagsgesetz kein Wort gesagt. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber darauf hat sich das Zitat bezogen!*) Vielleicht habe ich das mißverstanden. Wenn das der Fall ist, dann nehme ich das zurück (*Abg. Dr. Pittermann: Ich kenne die Bibel genau!*), daß unsere Regierungsmitglieder mit biblischen Personen verglichen wurden. (*Abg. Probst: Das war ein falscher Wortwechsel!*)

Meine sehr geehrten Frauen und Männer! Wenn wir also jetzt das Budget für das Jahr 1956 beschließen wollen, dann beschließen wir es gemeinsam. Wie es in der Regierung gemeinsam beschlossen wurde, werden wir es auch hier gemeinsam beschließen, und wir werden gemeinsam dafür die Verantwortung zu tragen haben. Wir brauchen uns nicht zu schämen ob der Verantwortung, die wir zehn Jahre in der Regierung getragen haben. Wir haben auch hier im Hause zehn Jahre die Verantwortung getragen. Mögen wir auch ob dieser Verantwortung von links oder ganz rechts manchmal einer heftigen Kritik ausgesetzt gewesen sein, wir sind der Meinung: Wir haben das Beste getan, nach unserem besten Wissen und Gewissen, und deshalb können wir an unsere Bevölkerung appellieren und darauf hinweisen, daß es wieder gelungen ist, auch für das Jahr 1956 einen Staatshaushaltsplan zu erstellen, der allen Österreichern die Grundlage für ein noch schöneres, noch besseres und, wie wir hoffen, glücklicheres Leben frei von Angst und Not bescheren soll. (*Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Böhm**: Als nächste Rednerin gelangt Frau Abg. Flossmann zum Wort. Ich erteile es ihr.

Abg. Ferdinanda **Flossmann**: Hohes Haus! Der Herr Abg. Prinke hat in seiner umfangreichen Rede wieder auf die Bedeutung des so oft gerühmten Raab-Kamitz-Kurses hin-

gewiesen. Er hat dabei auch auf seine Erinnerungen aufgebaut. Auch ich möchte einiges aus meinen Erinnerungen sagen. Ich möchte daran erinnern, daß im Jahre 1952 bei den Beratungen über das Budget 1953 keine Einigung erzielt werden konnte und daß auf dem außerordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei es der Herr Finanzminister Dr. Kamitz gewesen ist, der in seinen Ausführungen erstens einmal eine begrenzte Globalsumme verlangte und außerdem erklärte, daß langfristige Investitionen zurzeit nicht unterzubringen seien. Im Zuge der weiteren Verhandlungen konnte eine Einigung ebenfalls nicht herbeigeführt werden, und so kam es zu den frühzeitigen Wahlen im Februar 1953. Erst nach diesen Wahlen hat sich eine wesentliche Wandlung in den Ansichten der führenden ÖVP-Politiker vollzogen. Im Ministerrat wurde ein Investitionsprogramm angenommen, die Globalsumme des Budgets wurde wesentlich erweitert, und außerdem wurde auch etwas, was nicht für notwendig gehalten wurde, wieder aufgelöst, und zwar die Ges. m. b. H., an deren Spitze der Herr Staatssekretär Dr. Bock stand, die die Aufgabe gehabt hätte, den Bau der Autobahn vorzubereiten und durchzuführen. Die Autobahn wurde in den Straßenbau unseres großen Budgets eingebaut. Es hat sich somit auf Grund des Wahlergebnisses so vieles Wesentliche geändert, daß wir, wenn wir von einem Raab-Kamitz-Kurs sprechen, ruhig beifügen können, daß dieser Kurs durch den Ausgang der Februarwahlen eine etwas rötliche Umrahmung erhielt.

Die Autobahn aber hat außerdem noch eine Beachtung erfahren, und zwar in einer Zeitung. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ brachten — interessanterweise gerade am 1. April 1953 — einen Artikel. Schon dem Datum allein haftet etwas an, was uns zur Heiterkeit veranlaßt. Um zu erfahren, wie ein solcher Artikel in diese Zeitung kommen konnte — ich werde daraus einige Kostproben vorlesen —, müßte und könnte man sich vielleicht zwecks einer näheren Auskunft an den Herrn Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei Dr. Maleta wenden, der vielleicht hier gewisse Zusammenhänge zu klären in der Lage wäre.

Damit man sieht, wie dieser Artikel abgefaßt ist, gestatten Sie mir, daß ich nur einige Stichproben hier zur Vorlesung bringe, damit nicht vielleicht nachher wieder jemand aus der Erinnerung sagen könnte, das sei ein Artikel, der sich ernstlich mit dem Bau der Autobahn beschäftigt hat. Es heißt dort: „An sechs Stellen werden führende Persönlichkeiten in festlichem Rahmen den ersten Spatenstich vornehmen.“ Es heißt weiter: „Der

... Priesterdichter Josef Renhardt, der, seit er sich einen Puchroller angeschafft hat, dem Autobahngedanken besonders nahesteht, hat zu diesem Anlaß einen Festspruch verfaßt. Als Vertreter der Weltbank wird hier der bekannte amerikanische Finanzmann Mr. J. Garnet War anwesend sein.“ Ich weiß nicht, ob er unserem Herrn Finanzminister aus seinen Verhandlungen persönlich bekannt ist. Es heißt aber weiter noch, daß ein Vertreter der Weltbank, ein Russe „Watscheslaw Aprilowitsch“ anwesend sein wird. Es wird weiter mitgeteilt, daß es die Grüne Front durchsetzen konnte, „daß im Zuge der Bestrebungen der Grünen Front die Autobahn an beiden Seiten von Alleegebäuden eingefast und außerdem der bekannte Zwischenstreifen mit Buschwald bepflanzt wird, was außer den landschaftspflegerischen Vorteilen den Vorzug eines blendungsfreien Betriebes auf unserer Autobahn mit sich bringt.“ „Vor einer nie geahnten Blütezeit stehen die Straßenkehrer und sie werden vertreten sein durch den Sektionsobmann Kollegen Staubig.“ Abschließend heißt es noch, daß an der Zonengrenze ein Vertreter des neutralsten Landes der Welt die Repräsentanz der Weltbank übernehmen wird, das ist der Schweizer Lügli.

Nun, Hohes Haus, so wurde die Autobahn in einer österreichischen Zeitung in einer wirklich witzigen Form der Bevölkerung nähergebracht. (*Abg. Prinke: Wenn alle Aprilscherze so wären wie der!*)

Der Herr Abg. Prinke hat in seinen Ausführungen auch zu den letzten sehr umfangreichen Pressenachrichten im Zusammenhang mit dem § 144 Stellung genommen. Ich habe heute nicht die Absicht, mich damit länger zu beschäftigen, weil wir sozialistischen Abgeordneten es für notwendig finden, sehr ausführlich zu diesen in letzter Zeit kundgemachten Ereignissen in Gegenwart des Herrn Justizministers Stellung zu nehmen. Wenn aber der Herr Abg. Prinke aufgezeigt hat, daß wegen Indikationen Fachkommissionen einzusetzen wären, so kann er das alles in den alten stenographischen Protokollen nachlesen, und dort wird er dann auch einen Antrag der weiblichen sozialistischen Abgeordneten finden, wo niemals von einer völligen Abschaffung dieses Paragraphen die Rede ist, wo die Indikationen unter absoluter Beiziehung einer Fachkommission verlangt werden, usw. (*Präsident Hartleb übernimmt den Vorsitz.*)

Wir sind uns bewußt, daß uns eine gerechte Beurteilung der Notwendigkeit der sozialen Indikation das schwierigste Problem stellt, aber ebenso überzeugt sind wir, daß jene Indikationen, die in einem Sanatorium, wie in dem Auersperg-Sanatorium, bewilligt und be-

glaubigt durchgeführt werden, keinen Anspruch darauf haben, als soziale Indikation angesehen zu werden.

Und wenn hier von der Beihilfe und von der besonderen Strafbarkeit der Ärzte gesprochen wird, wollen wir uns dem anschließen, aber es wird auch einmal notwendig sein, die werdende Mutter zu befragen, wer sie zu dieser Operation drängt. Gibt es nicht auch viele Männer, die es nicht sehr gerne hören, werdender Vater zu sein? Ist es nicht so, daß oft die Frau gegen ihren Willen Derartiges unternimmt, weil sie fürchtet, ansonsten den Mann zu verlieren? Es ist das keine Frage, die nur die Frauen und die Ärzte angeht, sondern das gesamte Volk, und es werden sich damit nicht nur die werdenden Mütter, sondern auch die werdenden Väter zu beschäftigen und sich zu verantworten haben.

Hohes Haus! Wir haben heute die erste Lesung des Budgets 1956 vorgenommen, und es heißt, daß sich in diesem die Dynamik der Wirtschaft spiegelt. So lesen wir es in der „Österreichischen Tageszeitung“. Es wird dort von dem steigenden Sozialprodukt gesprochen und von dem wachsenden Lebensstandard. Und trotzdem mußte der Herr Finanzminister feststellen, daß es richtig sei, daß die Verteuerungen zahlreicher waren als die Verbilligungen. Wir fragen nun, was die Hohe Regierung zu veranlassen gedenkt, um diese gefährliche Entwicklung einzudämmen, die hier offen einbekannt wurde, oder was man zu tun gedenkt, welche Mittel es gäbe, um die Preise so zu senken, daß wir jenen Lebensstandard erreichen, der auch der erhöhten Produktion entspricht.

Das Budget 1956 — es wurde heute im Hohen Hause schon darauf hingewiesen — zeigt einen markanten Schönheitsfehler, der gar nicht der Tatsache Rechnung trägt, daß dieser Bundesvoranschlag unseres Staatshaushaltes für eine neue wirtschaftliche Epoche, für einen historischen Zeitabschnitt — es ist die Gebärung eines völlig freien Österreich — so ganz besondere Bedeutung hat. Der Herr Finanzminister hat mitgeteilt, daß im Bundesfinanzgesetz 1956 keine Zuschüsse zu den beiden Wohnbaufonds vorgesehen sind. In seinen weiteren Ausführungen wurde aufgezeigt, daß die beiden Fonds noch aus eigenen Beträgen und Rückflüssen beträchtliche Mittel zur Verfügung haben, daß außerdem durch Zuschüsse sowie auch durch die Auflegung einer zweiten Tranche der Wohnbauanleihe die nötigen Mittel für die so notwendige Wohnbautätigkeit aufzubringen wären. Demgegenüber aber bleibt die Tatsache bestehen, daß die Rubriken in unserem Budget, wo bisher die Zuschüsse zu den beiden Wohnbaufonds auf-

schienen, für 1956 leer bleiben und somit eine Budgetpost, die nach langen Verhandlungen in unseren Staatshaushaltsplan Aufnahme gefunden hat, ganz einfach verschwunden ist. Die Resolutionen der Familienbünde — und an sie wende ich mich von dieser Stelle aus — verlangen eine Wohnbaupolitik, die der Familie Rechnung trägt. Es wäre eigentlich zu erwarten, daß sie jetzt auch zu dieser Maßnahme Stellung nehmen.

Aus einer Zuschrift konnte ich entnehmen, daß in der Regierungsvorlage zum Besatzungsschädengesetz laut § 3 die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes keine Anwendung finden auf Schäden an Sachen, die a) für Zwecke der Unterbringung von Flüchtlingen in Aussicht genommen wurden, sofern es sich um vom Bund erhaltene Unterkünfte handelt, und b) die im Eigentum von Gebietskörperschaften stehen.

Mir ist diese Regierungsvorlage nicht bekannt, doch ist mir die Inanspruchnahme von öffentlichen Gebäuden, darunter auch Schulen, bekannt, die jahrelang von Besatzungsmächten benützt wurden, deren äußerer und innerer Zustand nach jahrelanger Benützung durch die Besatzungsmacht eine sofortige Wiederverwendung unmöglich macht. Ich kenne Schulen in Niederösterreich, wo Fenster und Türen weggeführt wurden, die sanitären Anlagen völlig zerstört sind und die zuständige Gemeinde wahrlich nicht in der Lage ist, diese Gebäude in einen gebrauchsfähigen Zustand zu versetzen.

Gern und oft wird betont, wie ungeheuer wichtig für Österreich der weitere Ausbau und die Förderung unseres Fremdenverkehrs sei. In Österreich gibt es Hotels und Pensionen, wo ganze Zimmereinrichtungen weggeführt wurden. Ich kenne eines in der westlichen Zone, wie man es früher nannte, wo innerhalb weniger Tage 40 Zimmereinrichtungen verschickt wurden. Es gibt auch solche Pensionen, wo sehr wertvolle Gegenstände verfrachtet und verschickt worden sind. Einrichtungen, die auch für den verwöhnten Anspruch genügt hätten, wurden durch wertloses Gerümpel ersetzt.

Wir haben vor kurzem anlässlich der wiedergewonnenen vollen Souveränität Freudenkumbungen veranstaltet. Wir sollen nun an einem Tag wie dem heutigen nicht achtlos an jenen vielen Menschen vorbeigehen — es waren tausende Menschen —, die nicht mit vollem Herzen an dieser Freude teilnehmen konnten. Sie konnten vier, fünf, manche sogar zehn Jahre hindurch ihre Wohnungen nicht betreten. Sie haben einen Haushalt, der durch zwei, drei Generationen gepflegt, ausgebaut und verschönert wurde, und als sie nun endlich ihr

Heim wieder betreten konnten, mußten sie sehen, daß es nicht nur ungepflegt, unwirtschaftlich, sondern oft sogar zur Gänze ausgeplündert war. Diese Menschen mußten vor Jahren innerhalb weniger Stunden ihr Heim räumen und verlassen und alle ihnen vertrauten Gegenstände zurücklassen.

Es wurde mir auch mitgeteilt, daß Hausbesitzer das Recht erhalten sollen, die Schäden an den Häusern durch Reparaturen zu beheben und die Kosten dafür, den Aufwand für diese Wiederherstellung den Mietern zu übertragen. Wenn das wahr sein soll, dann würden also die Mieter eines solchen Hauses eine doppelte Belastung zu tragen haben.

Es ist auch unrichtig, wenn einmal der Einwand erhoben wurde, daß sich die Besatzungsmächte nur sogenannte reich ausgestattete Wohnungen aussuchten und diese in Anspruch nahmen. In Österreich ist der Siedlungsgedanke seit vielen Jahren in der Bevölkerung tief verwurzelt, und ein großer Kreis von Familien hat sich durch größte Sparsamkeit und durch zahlreiche Entbehrungen im Laufe von zwei, drei Jahrzehnten ein bescheidenes Siedlungshaus erworben. Diese Siedlungshäuser wären, soweit sie besetzt gewesen sind, einer Besichtigung wert. In der Presse sahen wir die Bilder des Schlosses Laxenburg. Dieses Schloß wurde als ein Juwel, als ein Denkmal unserer Heimat bezeichnet. Ich schließe mich dieser Auffassung an. Ich würde aber vorschlagen, eine Reportage über die bescheidenen Siedlungshäuser in Wien, Niederösterreich und anderen Bundesländern durchzuführen; man käme wahrlich zu einem erschütternden Bild. Trennungsmauern wurden niedergerissen, Fenster und Türen wurden sogar verschleppt, sanitäre Anlagen zertrümmert, Möbel so sehr verbraucht, daß sie nicht mehr verwendbar sind, wenn sie nicht überhaupt weggeführt wurden. Ich habe sogar Fußböden gesehen, die in den Landesfarben der Besatzungsmächte gestrichen gewesen sind.

Und nun einige Fragen an den Herrn Finanzminister: Wann werden wir Abgeordneten die zitierte Regierungsvorlage über das Besatzungsschädengesetz erhalten, und wo werden wir dann im Budget 1956 die Mittel finden, die ausreichen werden, die nichtbewohnbaren Wohnungen wieder wohnlich zu gestalten, Möbel anzuschaffen, öffentliche Gebäude so instandzusetzen, daß sie ihrem ursprünglichen Zweck wieder zugeführt werden können?

Seit der Verabschiedung des Familienlastenausgleichsgesetzes sind die Familienbünde besonders rührig geworden. Ich bin nicht einverstanden, wenn bei diesem oder bei einem ähnlichen Gesetz, wenn sie einmal verwirklicht sind und ganz besonders unserem Volk dienen,

ein edler Wettstreit anhebt, welche Partei mehr zur Verwirklichung des Gesetzes getan habe und wer noch Besseres hätte tun wollen. Schließlich ist es Aufgabe eines jeden frei gewählten Volkvertreters, das Beste von der Gesetzgebung für die Bevölkerung zu erlangen.

Wenn jedoch die Sozialisten recht behalten hätten, dann gäbe es in Österreich schon seit 1924 eine allgemeine Kinderversicherung. Aktuell wurde diese Frage, als die Brotzuschüsse abgebaut wurden und die Sozialisten der Regierung damals unter der Bedingung zustimmten, daß endlich das Gesetz einer allgemeinen Kinderversicherung verwirklicht werde. Die damalige bürgerliche Mehrheit erklärte, dafür habe sie kein Musterbeispiel. Es war eine ärmliche Begründung. Zur Antwort legten die sozialistischen Abgeordneten als Initiativantrag einen Gesetzentwurf vor, und nun wurde erklärt, die beantragten Zuschüsse seien so klein, daß der Arbeiter ganz leicht darauf verzichten könne. So lief 1924 der sogenannte Brotzuschuß ab, ohne daß der Familie irgendeine andere finanzielle Hilfe zuteil wurde. Hätten wir damals recht behalten, dann wäre die Kinderversicherung seit 1925 Allgemeingut, und die zeitgemäßen Verbesserungen hätten sich im Laufe der Jahrzehnte zwangsläufig ergeben.

Als das Familienlastenausgleichsgesetz nach langen Beratungen im Parlament verabschiedet wurde, war es nicht sehr einfach, eine Einigung über die Aufbringung der Mittel zu erzielen. Gemäß § 21 dieses Gesetzes fließen allfällige Überschüsse des Ausgleichsfonds der Kinderbeihilfe dem Ausgleichsfonds der Familienbeihilfe zu. Auf Grund einer Information ist festzustellen, daß schon bis einschließlich Mai 1955 der Ausgleichsfonds für die Kinderbeihilfe einen Überschuß von 215 Millionen aufweist, hingegen der Ausgleichsfonds für die Familienbeihilfe einen Abgang von 93 Millionen. Es ist anzunehmen, daß sich diese Zahlen seither wesentlich geändert haben. Auf Grund einer Resolution vom 15. Dezember 1954, abgedruckt unter 419 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates, sind wir verpflichtet, diese Überschüsse je zur Hälfte den Selbständigen und Unselbständigen zukommen zu lassen.

Auf Grund des vorhandenen Überschusses erlaube ich mir nun, dem Hohen Hause weitere familienfördernde Maßnahmen in Form eines Antrages vorzuschlagen. Danach soll für jedes in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1955 geborene Kind eine Geburtenbeihilfe in der Höhe von 1000 S gewährt werden. Der dann noch verbleibende Rest des Überschusses aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen soll

die Grundlage für jenen Fonds bilden, der für die Gewährung von Heiratsdarlehen zu errichten ist.

Ich erlaube mir, den Antrag der sozialistischen Abgeordneten mit der entsprechenden Begründung dem Hohen Hause vorzulegen, und bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen. Der Ordnung halber möchte ich in formeller Hinsicht noch beantragen, den vorliegenden Entschließungsantrag unter Verzicht auf die erste Lesung dem Finanz- und Budgetausschuß zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Ich bin überzeugt, daß die Verwirklichung dieses Antrages in den Kreisen der österreichischen Familien, aber auch in den Kreisen unserer jüngeren Generation echte Befriedigung und Freude auslösen wird. Wir wollen mit diesem Antrag etwas erfüllen, was schon während der Beratungen des Gesetzes zur Diskussion gestellt wurde, und wir wollen auch unserer Befriedigung Ausdruck verleihen, daß der Fonds solche Überschüsse ausweist, die uns das Recht geben, eine Bestimmung über sie zu treffen. Diese Bestimmung soll eben entsprechend dem Entschließungsantrag sowohl den neugeborenen Kindern, also unseren jüngsten Staatsbürgern, aber auch allen jenen jungen Menschen dienen, die darangehen, eine neue Familie und ein neues Heim zu gründen. *(Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)*

Präsident **Hartleb**: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Dwořak. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Dwořak**: Hohes Haus! Daß Herrn Abg. Dr. Pittermann alle Kammern ein Dorn im Auge sind, ist ja nichts Neues. Daß er sich so viel mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft beschäftigt hat, allerdings weniger sachlich als nach Effekt haschend, ist nur der Beweis, daß die Kammer unbeirrbar den richtigen Weg geht. Würde sie weich und schwach sein, hätte sich Herr Kollege Pittermann bestimmt nicht so alteriert.

Ich bin der Meinung und habe diesen Standpunkt immer vertreten, daß man über alles sprechen kann, aber sachlich, überall sachlich — insbesondere in diesem Hohen Hause. Ich will mir daher ersparen, weiter auf die verschiedenen Bemerkungen des Herrn Abg. Dr. Pittermann einzugehen.

Eins möchte ich jedoch feststellen, Herr Kollege Pittermann: Hätten die drei Kammern und der Gewerkschaftsbund nicht im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber Volk und Staat seit dem Jahre 1945 gemeinsam konstruktive Arbeit geleistet, ich weiß nicht, ob Österreich auf diese von der ganzen Welt anerkannten Erfolge heute zu-

rückblicken könnte. Und diese Anerkennung durch die ganze Welt dürfen wir wohl höher werten als die Auslassungen des Herrn Abg. Dr. Pittermann.

Hohes Haus! Das Budget 1956 ist ein Budget des wirtschaftlichen Aufstieges, der wirtschaftlichen Expansion. Es ist aber auch gleichzeitig ein Budget, das den Aufgaben Österreichs als eines politisch und wirtschaftlich souveränen Staates Rechnung trägt.

Als im Frühjahr und im Sommer die finanziellen Belastungen infolge des Staatsvertrages oder, sagen wir vielleicht richtiger, das Lösegeld für unsere Freiheit und auch die Verpflichtungen, die wir als souveräner Staat übernehmen müssen, in vollem Umfang bekannt wurden, da waren wir — und das möchte ich ganz offen zugeben — vielfach im Zweifel, ob nicht der Finanzminister doch gezwungen sein wird, eine Steuererhöhung auf dem einen oder anderen Gebiet vorzunehmen, um das notwendige Geld hereinzubringen. Die angenehme Überraschung des vorgestern eingebrachten Budgets ist jedoch, daß trotz der zusätzlichen Aufgaben, die an den Bundeshaushalt gestellt werden, die Steuern um keinen Groschen erhöht werden müssen. Ich glaube, das ist eine besonders positive Leistung, die wir entsprechend würdigen sollten. Ich weiß genau, daß zahlreiche berechtigte Wünsche nach einer Ermäßigung der Steuerlast angemeldet wurden und daß diese Wünsche keineswegs in der untersten Schreibtischlade des Finanzministers verstauben dürfen. Wir müssen aber Verständnis dafür aufbringen, daß diese sicherlich vordringlichen Steuerwünsche derzeit so lange noch zurückgestellt werden, bis wir — wie der Finanzminister gestern selber erklärte — den großen Brocken der finanziellen Belastungen als Folge des Staatsvertrages richtig verdaut haben. Dann wird der Weg für weitere Steuererleichterungen wieder frei werden.

Einer der dringendsten Steuerwünsche — auch ich muß welche anmelden — wäre eine Reform des Einkommensteuerrechtes, wobei insbesondere die bei den kleinen und mittleren Einkommenstufen noch immer drückende Steuerprogression eine Milderung erfährt. Eine ähnliche Reform wird sich auch bei der Umsatzsteuer als dringend notwendig erweisen, wobei vor allem das Schwergewicht auf eine generelle Senkung des Umsatzsteuersatzes zu legen und vielleicht die Streichung des Rechnungsstempelpauschales der zieleführende Weg wäre. Wie schon eingangs erwähnt, anerkennen wir voll die Leistung des Finanzministers. Dennoch muß ich heute nachdrücklichst bitten, für baldige weitere Steuerermäßigungen alles vorzukehren.

Das vorliegende Budget steht im Zeichen der Konjunkturstabilisierung. Dieser Notwendigkeit trägt die bereits im Sommer von der Bundesregierung verfügte Kürzung der öffentlichen Investitionsvorhaben Rechnung. Die verfolgte Budgetpolitik zeigt auch klar und deutlich, daß hier — richtig dosiert — eine aktive Wirtschaftspolitik betrieben wird, ohne dabei die Dynamik der Marktwirtschaft aus dem Gleichgewicht zu bringen. Es zeigt sich, daß der Staat durch finanz- und kreditpolitische Maßnahmen sowie durch eine richtig abgesteckte Auftragsvergebung unsere erfreulichen Konjunktur auf entsprechend hohem Niveau abzusichern in der Lage ist.

Die von der Österreichischen Volkspartei verfolgte Wirtschaftspolitik, die heute den von manchen Stellen oft geschmähten Raab-Kamitz-Kurs zu einem Begriff gemacht hat, hat jedenfalls gezeigt, wie man mit indirekten Maßnahmen die in der Wirtschaft vorhandenen Kräfte richtig zur Entfaltung bringen kann, wie man die Expansion ankurbelt, und daß auch die Möglichkeit besteht, bei Gefahr einer Überkonjunktur zeitgerecht die Bremse wieder etwas anzuziehen. Es ist eine elastische Politik, die kein starres Dogma kennt, sondern sich den jeweiligen Erfordernissen anpaßt. Und es ist auch eine glückliche Synthese der wirtschaftlichen Praxis mit den wirtschaftstheoretischen Erkenntnissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Früchte und Erfolge unserer Aufbauarbeit, die sich auch in diesem Budget widerspiegeln, sind so überzeugend, daß wir alles daransetzen müssen, um diese Stabilität auch zu erhalten.

Über die Frage der Stabilität ist in letzter Zeit viel diskutiert worden, und es ist leider auch eine gewisse Beunruhigung unter der Bevölkerung eingetreten. Den Anlaß hiezu gab zweifellos die Erhöhung der Wiener Straßenbahntarife, über die auch hier heute schon verschiedentlich gesprochen wurde. Eine Preiserhöhung um fast 50 Prozent ist jedenfalls etwas sehr, sehr Beunruhigendes. Selbst die sicherlich nicht gerade in Opposition zur SPÖ stehende Zeitschrift der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes „Arbeit und Wirtschaft“ hat den Straßenbahnfahrpreis in Wien als Preispegel bezeichnet und ihm eine besondere psychologische Bedeutung zugesprochen. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß die überwiegende Mehrzahl der Unternehmer Preisdisziplin gehalten hat. Es muß hier aber auch berücksichtigt werden, daß ständig neue Lohnforderungen gestellt werden, die nicht immer in den Preisen unterzubringen sind.

Wir dürfen uns den stabilen Aufbau nicht stören lassen. Es ist auch wahrlich kein Grund

zur Beunruhigung gegeben. Die Investitionskürzungen im Budget, die Erhöhung der Bankrate und die Kreditrestriktionen schaffen die Voraussetzungen, daß sich aus der Konjunktur keine inflationäre Entwicklung ergibt.

Aber auch die Lohn- und Preisseite gibt zu keiner Beunruhigung Anlaß. So schreibt darüber das Institut für Wirtschaftsforschung im Augustbericht wörtlich: „Seit 1952 sind die Netto-Tariflöhne in Wien um rund 10 Prozent gestiegen. Etwas stärker haben sich die Netto-Verdienste in Wien erhöht. Da das Preisniveau, soweit es im Lebenshaltungskostenindex erfaßt ist, derzeit gleich hoch ist wie im Sommer 1952, ist der durchschnittliche Reallohn der Industriearbeiter seit der Stabilisierung um etwa 10 Prozent gestiegen.“ (*Abg. Frühwirth: Und die Gewinne?*) Das sind sicherlich unbestreitbare Tatsachen. (*Abg. Frühwirth: Wie hoch sind die Gewinne der Unternehmer gestiegen?*) Auf Grund der verschiedenen Erhöhungen der Löhne, der sozialen Abgaben usw. bestimmt nicht so hoch! Denn wenn ich darauf zurückkommen darf, daß gerade in der Metallsparte der kollektivvertragliche Lohn eines 21jährigen Mannes beim Abschluß des 5. Lohn- und Preisabkommens 5,20 S betragen hat und heute 6,70 S beträgt, so ist das eine Steigerung von 30 Prozent.

Das Preisniveau ist so ziemlich stabil geblieben. Allerdings darf man Stabilität nicht mit betonierten Preisen verwechseln. Es freut mich, daß nun spät, aber doch, sich auch die „Arbeiter-Zeitung“ zu dieser volkswirtschaftlichen Binsenweisheit durchgerungen und erst diese Woche geschrieben hat, „daß es absolut stabile Preise, soweit sie nicht amtlich geregelt und kontrolliert werden, im Wirtschaftsablauf nicht gibt. Eine Reihe von Preisen schwankt ständig, weil sie von der Saison und Witterung, andere wieder, weil sie von den Weltmarktpreisen oder von den strukturellen Veränderungen beeinflußt werden.“

Nachdem Österreich in der Lage war, einen großen Prozentsatz seiner Einfuhr zu liberalisieren, wurde der direkte Konnex bei vielen Waren mit dem Preisniveau des Auslandes hergestellt. Die Öffnung unserer Grenzen für die ausländischen Waren wirkt demnach wie ein Preisriegel und bietet eine weitgehende Garantie dafür, daß die inländischen Preise nicht darüber hinaus steigen können. Wenn ein österreichisches Erzeugnis teurer als ein ausländisches wird, dann verliert es eben zwangsläufig seinen Absatz. Jeder Betrieb wird es sich deshalb ernstlich überlegen, irgendwie Preiserhöhungen vorzunehmen und damit seine Konkurrenzfähigkeit einzubüßen.

Dieser Konnex unserer Wirtschaft mit dem ausländischen Preisniveau ist der zweite Grund, weshalb wir keinen Anlaß zu irgendwelchen Beunruhigungen haben sollten. Der erste Grund sind ja die kredit- und finanzpolitischen Maßnahmen zur Vermeidung einer Überkonjunktur.

Und der dritte Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind unsere nach wie vor hohen Devisen- und Valutenbestände. Unsere Währung ist heute eine der bestfundierte Europas. Also auch von der Währungsseite droht keine Gefahr.

Die einzige tatsächliche Gefahr liegt in einer gänzlich grundlosen Psychose, die auch durch die kleinste Preiserhöhung neuen Auftrieb und neue Nahrung finden kann. Wenn Lohnerhöhungen auf breiter Basis hier Kostenvertierungen schaffen würden, dann gingen wir einer bedenklichen Entwicklung entgegen.

Ich möchte mich hier auch ganz entschieden gegen die Ansicht zur Wehr setzen, die erst kürzlich auf einer Gewerkschaftskundgebung vorgebracht wurde. Die Situation wurde laut einer APA-Meldung so dargestellt, als ob die Unternehmer nur darauf warten, daß Lohnforderungen kommen, damit sie auch einen Grund zu Preiserhöhungen haben. Hier irren Sie gewaltig! Die gewerbliche Wirtschaft hat unter großen Opfern durch die Preissenkungsaktion die Stabilisierung erreicht. Und sie ist gewillt, diese Stabilität unter allen Umständen zu wahren und auch zu verteidigen. Dieses Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit und diese Disziplin ist in der überwiegenden Mehrzahl der Unternehmer fest verankert. Wir werden es keinesfalls ruhig hinnehmen, daß die Wirtschaftstreibenden in Sonntagsreden zu Sündenböcken gemacht werden. Tragen wir vielmehr gemeinsam die Verantwortung für die Stabilhaltung unseres Preis- und Lohnniveaus! (*Abg. Proksch: Bei den Streichhölzern!*) Mit gegenseitigen Beschuldigungen ist nichts getan, sondern nur mit bedingungslosem Eintreten für vernünftige Arbeit zum Wohle unseres Vaterlandes.

Im jetzigen Augenblick möchte ich an alle für das Lohn- und Preisgefüge verantwortlichen Kreise das dringende Ersuchen richten, alles zu vermeiden, was irgendwie Unruhe verbreiten könnte.

Ich habe vorher betont, daß einzelnen Preiserhöhungen durch die Liberalisierung ein wirksamer Riegel vorgeschoben ist. Erhöhungen auf breiter Basis jedoch könnten auch diesen Riegel durchbrechen. Allerdings auf Kosten unserer Konkurrenzfähigkeit. Und was das für unsere außenhandelsabhängige

Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze bedeutet, das, meine sehr geehrten Damen und Herren, brauche ich nicht näher zu schildern. Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Ausland wäre gleichzusetzen mit einem gewaltigen Zahlungsbilanzpassivum und letzten Endes mit einer besorgniserregenden Arbeitslosigkeit. Wir müssen uns vor Augen halten, daß heute unsere Industrie fast die Hälfte ihrer Produktion exportiert, sodaß ein Verlust oder eine Einbuße des Exportgeschäftes katastrophale Folgen nach sich ziehen müßte.

Wir müssen aber unsere Konkurrenzfähigkeit nicht nur erhalten, sondern noch weiter ausbauen. Denn die Entwicklung unserer Handelsbilanz in den letzten zwölf Monaten ist alles andere als günstig. Unser Aktivum bei der Europäischen Zahlungsunion, das im September des Vorjahres noch 140 Millionen Dollar betragen hat, ist auf 16 Millionen Dollar abgesunken. Im ersten Halbjahr hatten wir bereits ein Defizit in unserer Handelsbilanz von fast 2,5 Milliarden Schilling, und es ist damit zu rechnen, daß wir im heurigen Jahr insgesamt um 4 Milliarden Schilling mehr importiert als exportiert haben werden. Die Abloselieferungen an Rußland werden eine weitere Verschlechterung unserer Handelsbilanz zur Folge haben. Die Waren um 650 Millionen Schilling, die wir jährlich an die Sowjetunion liefern müssen, bringen ja keine Devisenerlöse, sondern im Gegenteil, wir werden für die Bestreitung dieser Lieferungen noch zusätzliche Rohstoffe und Halbfabrikate aus dem Ausland beziehen müssen, wodurch sich ein weiterer Importanstieg ergeben dürfte. Das sind die nüchternen Tatsachen.

Wir müssen alles daransetzen, um einer bedrohlichen Entwicklung unserer Handelsbilanz Einhalt zu gebieten. Unsere Exporte haben sich in diesem Jahr wieder erhöht. Sie haben aber bei weitem nicht ausgereicht, um den nach der plötzlichen Liberalisierung einsetzenden Importanstieg zu kompensieren. Wir dürfen hier in unseren Anstrengungen um eine Ausweitung der Exporte keinesfalls erlahmen, wir müssen alles tun, um unsere Exportwirtschaft noch besser für diesen schweren Konkurrenzkampf zu rüsten, dem sie bereits auf allen Märkten ausgesetzt ist. Der bisher an den Tag gelegten Initiative unserer Exportkaufleute und der unermüdlichen Tätigkeit unserer Außenhandelsorganisation in aller Welt, die tagtäglich wahre Pionierarbeit leistet, gebührt Dank und Anerkennung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Umsatzsteuerrückvergütung ist sicherlich ein notwendiges und wirksames Instrument für unsere Außenhandelswirtschaft. Es ist

3770 81. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 28. Oktober 1955

zu begrüßen, daß die gesetzliche Grundlage hierfür vom Hohen Haus verlängert worden ist. Aber in gleicher Weise müssen wir unserer Exportwirtschaft auch die Möglichkeit an die Hand geben, ihre Betriebsstätten laufend zu rationalisieren und zu modernisieren, denn die ausländische Konkurrenz schläft nicht und baut ihre Betriebe gleichfalls aus. Österreich darf hier nicht ins Hintertreffen geraten. Aus diesem Grund wäre es dringend angebracht, daß sich das Hohe Haus so bald wie möglich mit dem Gesetz über die Bewertungsfreiheit befaßt und dieses Gesetz, das nur bis Ende dieses Jahres befristet ist, um zwei weitere Jahre verlängert.

Unsere Exportanstrengungen müssen auf alle Märkte gerichtet sein. Wir können es uns nicht leisten, den einen oder anderen Markt zu vernachlässigen. Es wäre auch verfehlt, wenn wir uns jetzt übertriebenen Hoffnungen wegen des Ostgeschäftes hingeben würden. Das Ostgeschäft kann nur langsam und durch zähe Arbeit wieder in Gang kommen, denn wir dürfen bei allen anderen Schwierigkeiten nicht übersehen, daß in diesen Ländern ein weitgehender Strukturwandel Platz gegriffen hat. Man muß auch bedenken, daß der Handelsverkehr zwischen Staaten, die ihren Außenhandel nach dem marktwirtschaftlichen Konzept aufbauen, und jenen, in denen eine rigorose zentralistische Planung Export und Import bestimmt, Schwierigkeiten mit sich bringt. Was unseren Handelsverkehr mit dem zentral gelenkten Außenhandelsregime der Oststaaten anbelangt, so ist es unerlässlich, daß wir hier weiterhin ein entsprechendes Instrument der Koordinierung zur Hand haben. Deshalb plädiere ich auch für eine Verlängerung des Außenhandelsverkehrsgesetzes, nicht weil wir irgendwie noch einer durch die aufstrebende Wirtschaftsentwicklung längst überfällig gewordenen Lenkung huldigen, sondern weil wir ein solches Gesetz für den Warenverkehr mit Staaten, in denen es keine freie Wirtschaft gibt, dringend brauchen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur bemerken, daß selbst die Schweiz, das klassische Land des Freihandels, ein Ermächtigungsgesetz für den Handelsverkehr mit diesen Staaten besitzt, dessen Bestimmungen weit über die unseres Außenhandelsverkehrsgesetzes hinausgehen.

Durch eine Exportsteigerung nach allen Teilen der Welt sichern wir auch unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit, die eine notwendige Ergänzung zu unserer politischen Souveränität darstellt. Wir wollen in unserem Außenhandel weder vom Westen noch vom Osten abhängig sein. Wir müssen auf entsprechenden Ausgleich Wert legen, im Interesse unserer Mittlerstellung zwischen Ost und West.

Bei einer Betrachtung der Zahlungsbilanz darf man auch — wie vorhin schon erwähnt wurde — den Ausländerfremdenverkehr nicht unberücksichtigt lassen, der mit einem Ertrag von 2,5 Milliarden Schilling heuer zum zweitgrößten Devisenbringer geworden ist. Durch diese Deviseneinnahmen wird es auch möglich sein, unser Handelsbilanzdefizit zu etwa zwei Dritteln abzudecken. Die eminente Bedeutung des Fremdenverkehrs wird heutzutage erfreulicherweise bereits allgemein anerkannt. Es ist deshalb auch zu begrüßen, daß im Budgetentwurf die Ausgabenpost für Fremdenverkehrswerbung höher dotiert ist.

Aber mit Werbung allein, so wichtig sie auch ist, kann nicht alles getan sein. Wir müssen vielmehr trachten, auch unsere Fremdenverkehrsbetriebe in ihrer Konkurrenzfähigkeit zu verbessern, denn schließlich ist auch hier der Wettbewerb zwischen den einzelnen Reiseländern sehr hart. Neben einer weiteren Modernisierung der Betriebe in den westlichen Bundesländern hat das Augenmerk vor allem auf eine Erschließung der bisher vernachlässigten Gebiete im Osten Österreichs gelenkt zu werden. Auch diese Gebiete, die durch die Besatzung sicherlich kein Attraktionspunkt für die ausländischen Reisenden gewesen sind, können für den internationalen Reiseverkehr erschlossen werden und damit beitragen, unser Zahlungsbilanzdefizit weiter zu verringern.

Aber selbst bei größtem Optimismus kann man kaum annehmen, daß der Export und die Fremdenverkehrseinnahmen innerhalb kurzer Zeit dermaßen ansteigen, daß wir hier einen Ausgleich zwischen Deviseneinnahmen und Devisenausgaben finden dürften. Unser Handelsbilanzpassivum ist, wie ich schon vorher angedeutet habe, durch den sprunghaften Anstieg der Importe zustande gekommen. Das ist teilweise verständlich, denn schließlich haben wir in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum 85 Prozent unserer Einfuhr aus den Staaten der Europäischen Zahlungsunion liberalisiert. Aber dennoch — und das müssen wir offen zugeben — ist dieser Importanstieg überdimensioniert. Um jeden Zweifel von vornherein zu entkräften, sei gesagt, daß die Österreichische Volkspartei bedingungslos zum Gedanken der Liberalisierung steht, und zwar deshalb, weil damit erstens der Konnex zwischen unserem Land und der Weltwirtschaft hergestellt wird, und zweitens, weil durch die Liberalisierung die Voraussetzungen für einen gesunden und leistungssteigernden Konkurrenzkampf gegeben sind.

Der, wie ich vorhin erwähnt habe, überdimensionierte Importanstieg ist aber zu einem beträchtlichen Teil darauf zurückzuführen, daß viele Österreicher einen übertriebenen

Hang zu allem haben, was aus dem Ausland kommt, und weil — sagen wir es offen und ehrlich — es uns ein wenig an wirtschaftlichem Selbstbewußtsein mangelt. Wir sehen zum Beispiel, daß österreichische Maschinen nach Deutschland und anderen hochindustrialisierten Staaten verkauft werden, daß Textilien nach England gehen, Glas nach Italien, daß jedenfalls unsere Erzeugnisse keine Konkurrenz zu scheuen brauchen und sich auf allen Märkten behaupten.

So können wir bei jeder Auslandsmesse feststellen, wie sehr sich die ausländischen Käufer für österreichische Waren interessieren und wie stark im Ausland die richtige Überzeugung verbreitet ist, daß unser Vaterland gute Waren produziert. Ich möchte nur wünschen, daß diese gleiche Einstellung, die das Ausland unseren Erzeugnissen entgegenbringt, auch im Inland vorhanden ist. Es liegt mir fern, hier einen Scheuklappenpatriotismus zu predigen, daß wir nur österreichische Waren kaufen sollen. Das wäre auch grundsätzlich der falsche Weg. Wir sollten uns lediglich bei jedem Einkauf besinnen, daß auch unsere Waren gut sind. Wenn es neben einem ausländischen Erzeugnis auch eine österreichische Ware in gleicher Qualität und zu gleichem Preis gibt, dann sollten wir mit unserer wirtschaftlichen Vernunft und auch mit unserem Herzen einkaufen und dem österreichischen Produkt den Vorzug geben.

Ich möchte nochmals betonen: Wir bejahen die Konkurrenz und wir wollen, daß der Konsument wählen kann, welche Ware seinen Ansprüchen am ehesten gerecht wird. Aber wir müssen uns gegen den leider noch immer vorhandenen Minderwertigkeitskomplex zur Wehr setzen, schon deshalb, weil durch eine gesunde und berechtigte Wertschätzung der Leistung unserer fleißigen und tüchtigen Arbeiter auch deren Arbeitsplätze gesichert und unserer jungen Generation die Möglichkeit gegeben wird, sich in unserer Wirtschaft ein entsprechendes Betätigungsfeld zu schaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Dieser Gedanke an die Arbeitsplätze sollte niemals in Vergessenheit geraten.

Bei einer Betrachtung über Handelspolitik und Arbeitsplatzsicherung darf auch die Zollpolitik nicht unberücksichtigt bleiben. Gerade hinsichtlich der Zölle wird ja seitens der sozialistischen Presse sowie auch seitens der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes alles versucht, um die Wirtschaftsvertreter als Hochschutzzöllner in Mißkredit zu bringen. Meine Herren! Sie wissen ganz genau, daß weder die Österreichische Volkspartei noch die österreichische Wirtschaft eine Hochschutzzollpolitik anstrebt und daß wir uns noch

dazu als stark außenhandelsabhängiges Land weder gegenüber dem Ausland abkapseln noch dem Gedanken einer längst überholten Autarkiepolitik huldigen wollen. Aber wir sind ein kleines Land, unsere Produktion hat deshalb ein kleines Absatzgebiet. Wir können es uns daher nicht leisten, den österreichischen Markt von verschiedenen ausländischen Erzeugnissen, unter Umständen sogar zu Dumpingpreisen, überschwemmen zu lassen. Das wissen auch Sie, meine Herren Kollegen von der Sozialistischen Partei, das wissen die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund; ja auch ein prominenter Gewerkschaftsfunktionär hat sogar namens der von ihm betreuten Fachgewerkschaft einen höheren Zollschatz für diese Sparte verlangt, als der entsprechende Fachverband der Industrie vorgeschlagen hatte.

Ich möchte betonen, daß das Ziel der Zollpolitik auf lange Sicht eine allmähliche Senkung der Zölle auf internationaler Basis sein muß. Das Entscheidende ist aber, daß sie wirklich auf weltweiter Ebene erfolgt. Wenn die anderen Staaten ihre Zollschränken abbauen, dann können auch wir unseren Markt noch weiter öffnen. Wohl wird dann unsere Produktion gewisse Absatzeinbußen in Österreich erleiden, aber diese Einbußen könnten wieder wettgemacht werden durch gesteigerte Exporte, die ja dann bei entsprechender Verringerung der internationalen Zollbelastung leichter möglich wären als heute. Aber eine einseitige Niederreißung unseres im internationalen Maßstab ja sehr dürftigen Zollschatzes können wir uns bei Gott nicht leisten.

Übrigens ist Österreich ja bisher den Bemühungen der internationalen Organisation um eine Verringerung der Zollbelastung nachgekommen. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer Untersuchung ermittelt, daß die durchschnittliche Zollbelastung bei Anwendung des allgemeinen Tarifs 24,6 Prozent beträgt, daß wir jedoch im Rahmen des GATT diesen Prozentsatz auf 16,1 Prozent ermäßigt haben und daß darüber hinaus noch der Finanzminister Zollbegünstigungen gewährt, sodaß die de facto-Belastung im Durchschnitt bloß bei 10,7 Prozent liegt.

Der Zoll ist heute in ausschlaggebendem Maße auf der ganzen Welt zu einem unentbehrlichen handelspolitischen Instrument geworden. Österreich ist hier, wie erwähnt, arg im Hintertreffen, weil wir noch immer den veralteten Tarif vom Jahre 1924 besitzen. Der neue Tarif ist wohl schon seit längerer Zeit in langwierigen Beratungen in seinen Grundzügen fertiggestellt. Er ist aber noch immer nicht in dieses Haus eingebracht worden. Ich möchte

deshalb an alle den dringenden Appell richten, den neuen Zolltarif so rasch wie möglich in Kraft zu setzen. Kein österreichischer Arbeiter, der wegen des noch immer bloß im Ministerialentwurf vorhandenen Zolltarifs sein Brot verliert, wird dafür Verständnis haben, daß aus dogmatischen und nicht aus wirtschaftlichen Überlegungen unserer Handelspolitik dieses notwendige Instrument vor-enthalten wird.

Hohes Haus! So bedeutungsvoll auch die Fragen der Handelspolitik und des Zolles sind, so würde selbst deren optimalste Lösung nichts fruchten, wenn wir nicht den Arbeitsfrieden weiterhin ungestört erhalten könnten. Bei beiden Sozialpartnern hat sich in der Zweiten Republik die erfreuliche Erkenntnis durchgesetzt, daß Meinungsverschiedenheiten besser im Wege von Verhandlungen bereinigt werden; denn durch Kampfmaßnahmen werden nur Werte vernichtet. Diese konstruktive Zusammenarbeit beider Sozialpartner hat es möglich gemacht, daß wir in der wirtschaftlichen Gesundung unseres Landes so weit fortgeschritten sind. In jüngster Zeit wurden jedoch Streiks und Streikdrohungen zur Lösung von Fragen angewendet, die mit dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nichts zu tun haben. Das ist ein gefährlicher Weg, vor dem nicht eindringlich genug gewarnt werden kann.

Die Arbeitgeberseite hat bisher im Österreichischen Gewerkschaftsbund einen sachlichen Partner gesehen, mit dem alle Fragen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in nüchterner Form behandelt werden konnten. Im Interesse der bisherigen Zusammenarbeit beider Sozialpartner möchte ich hoffen, daß dies auch so bleiben möge und nicht durch unliebsame Episoden, wie sie in allerletzter Zeit vorgefallen sind, eine sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern keinesfalls zuträgliche Störung eintritt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich komme nun an das Ende meiner Ausführungen. Wenn wir in den nächsten Wochen uns in den Ausschüssen grundsätzlich schon eingehend mit den einzelnen Kapiteln des Bundesvoranschlages befassen, dann mögen wir uns von dem Gedanken leiten lassen, daß dieses Budget unsere politische Freiheit und Souveränität durch eine wirtschaftliche Prosperität untermauern und fundieren muß. Das Budget muß nicht nur unseren Aufgaben und Verpflichtungen als freier Staat gerecht werden, es muß auch allen Schichten der Bevölkerung eine entsprechende Mitarbeit am Wohle unseres Vaterlandes gewährleisten. Ich bin überzeugt,

daß durch den Budgetentwurf brauchbare und zweckmäßige Grundlagen geschaffen wurden, damit wir unser Österreich, das endlich frei ist, einer besseren Zukunft entgegenführen. *(Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)*

Präsident **Hartleb**: Als nächster Redner ist gemeldet der Herr Abg. Ing. Hartmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. **Hartmann**: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Obwohl die Zeit schon ziemlich weit vorgeschritten ist und sich anscheinend bei den Damen und Herren des Hohen Hauses ziemlich starke Ermüdungserscheinungen geltend machen, möchte ich mir dennoch erlauben, zu einzelnen Fragen des Staatshaushaltes etwas zu sagen.

Vor allem mußte ich mich beim Anhören mancher der bisherigen Reden darüber wundern, daß der Herr Bundesminister für Finanzen eine so große Zahl von Mahnungen, Belehrungen und, ich möchte sogar sagen, Verweisen entgegennehmen mußte. Vor allem ist mir da die Behauptung aufgefallen, daß er erst von der Sozialistischen Partei gelernt habe, wie wichtig langfristige Investitionen seien. Ich glaube, daß ein ausgeglichenes Budget noch immer die wichtigste Voraussetzung für ein gutes Gedeihen der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft war. Langfristige Investitionen kann man füglich nur dann planen, wenn eine stabile Währung vorhanden und der Staatshaushalt ausgeglichen ist. Selbstverständlich konnte man an die Einführung langfristiger Investitionen erst in dem Zeitpunkt schreiten, als diese wichtigsten Voraussetzungen hierfür geschaffen waren. Das hoffentlich das letzte Mal festgestellt zu haben, war der Zweck meiner einleitenden Ausführungen.

Der Herr Finanzminister hätte wahrscheinlich gerade von den sozialistischen Freunden schwere Vorwürfe bekommen, wenn er in einer Zeit, in der die Voraussetzungen hierfür noch nicht gegeben waren, langfristige Investitionen ins Auge gefaßt hätte. Wir dürfen feststellen, daß die Stabilitätspolitik der letzten Jahre die Arbeitsbeschaffung außerordentlich gefördert hat. Wir hatten im September 1955 einen Rekordstand von 2,150.000 Menschen, die genug Arbeit und Brot hatten. Die Zahl der Arbeitslosen betrug 70.000 und lag damit unter dem Durchschnitt der letzten Jahre. Das Arbeitskräftepotential war bis zu 97 Prozent ausgeschöpft, und wenn man die bedingt vermittlungsfähigen Personen außer acht läßt, sogar zu 98,3 Prozent.

Die Vorteile eines hohen Beschäftigtenstandes liegen klar auf der Hand, ebenso die gewaltigen Vorteile einer gesteigerten Export-

leistung der österreichischen Wirtschaft. Der Finanzminister konnte erst unlängst bekanntgeben, daß in den letzten drei Jahren der Export wertmäßig um etwa 70 Prozent und mengenmäßig um etwa 40 Prozent angestiegen ist. Die Richtigkeit seines finanz- und wirtschaftspolitischen Konzeptes ist dadurch neuerdings bestätigt worden.

Einer etwas überhitzten Konjunktur mußten wir gewisse Bremsen anlegen. Wir waren auf diesem Gebiet jedoch keineswegs allein. Auch andere Staaten hatten sich mit dieser schwierigen Aufgabe zu befassen. Ich darf daran erinnern, daß das in Schweden und in England der Fall war, daß sich auch der Deutsche Bundestag bei seiner letzten Tagung in Berlin damit befassen mußte und man in England sogar die Frage ernstlich erwägen mußte, den Überhang der Kaufkraft durch die Einführung empfindlich höherer Steuern auszugleichen. Österreich befindet sich also nicht allein bei der Meisterung dieser schwierigen Frage. Es wäre aber sehr zweckmäßig, wenn man allseits aufklärend und beruhigend auf die Bevölkerung einwirken würde und nicht alles mit dem politischen Vergrößerungsglas betrachtete und Einzelercheinungen zu verallgemeinern suchte.

Die österreichische Bevölkerung läßt sich nicht so leicht irreführen. Dies geht aus der Tatsache hervor, daß sich die Spareinlagen bei den Kreditinstituten seit dem Jahre 1951 vervierfacht haben. Nach den letzten vorliegenden Ziffern haben die Spareinlagen auch in den vergangenen Monaten noch zugenommen. Der Gesamtstand der Einlagen beträgt derzeit 9,7 Milliarden Schilling und ist daher ebenfalls höher als vor einem Jahr, als er noch 7 Milliarden Schilling betrug. Also trotz böswilliger Gerüchte, die in die Bevölkerung gestreut wurden, hat sich das österreichische Volk nicht irreführen lassen. Das Ansteigen der Spareinlagen ist doch der deutlichste Beweis dafür, daß sich das österreichische Volk im Wege einer — so möchte ich es nennen — sehr geheimen Volksabstimmung für die derzeitige Finanz- und Wirtschaftspolitik ausgesprochen hat. Denn niemand ist in unserem Land zum Sparen gezwungen.

Gewiß haben die Krediteinschränkungsmaßnahmen, die zur Beruhigung der etwas überhitzten Konjunktur getroffen werden mußten, nicht überall helle Freude erregt, und ich gebe zu, daß das besonders dort der Fall war, wo noch ein ziemlicher Nachholbedarf in der Wirtschaft oder in den betreffenden Gebieten zu verzeichnen ist. Dieser Nachholbedarf bezieht sich auf verschiedene Wirtschaftszweige, nicht zuletzt auch auf die

Landwirtschaft, und insbesondere auf das Bundesland Niederösterreich und auf die ehemals sowjetisch besetzte Zone, wo, vom Straßenbau beginnend bis zum Fremdenverkehr, sehr viel getan werden muß, um den wirtschaftlichen Stand anderer Gebiete zu erreichen. Ich gebe jenen recht, die heute hier schon sagten, daß die Befreiung für manche Bevölkerungskreise trotz der großen hierüber empfundenen Freude dennoch mit einem Wermutstropfen behaftet gewesen ist. Zu den Bevölkerungskreisen, die in den letzten zehn Jahren die größten Opfer brachten und die bis zur letzten Sekunde die Besetzung am meisten zu spüren hatten, zählen vor allem jene Familien, welche erst vor wenigen Wochen oder Tagen ihre Wohnungen wieder beziehen konnten, allerdings in einem Zustand, der hier heute schon geschildert wurde und den zu ändern wir uns durch eine möglichst baldige Verabschiedung des Besatzungsschädengesetzes bemühen müssen. (*Abg. Doktor Kraus: Wann? Wann?*) Dann, verehrter Herr Doktor, wenn die finanzielle Bedeckung für diese großen Beträge gegeben ist. Es ist nicht möglich, nur zu fordern, ohne vorher zu wissen, woher das Geld kommt. Auch wir könnten sehr leicht große Forderungen stellen und den Herrn Finanzminister vor eine vollendete Tatsache stellen, wenn wir uns darüber keine Gedanken machen würden, wie viele hunderte und aberhunderte Millionen Schilling von den Geschädigten, so auch von den Fremdenverkehrsbetrieben, aus dem Titel des Besatzungsschädengesetzes verlangt werden. (*Abg. Dr. Kraus: 50 Millionen!*)

Nun, verehrte Damen und Herren, ist heute schon gesagt worden, daß die österreichische Handelsbilanz seit geraumer Zeit wieder in einer recht unangenehmen Höhe passiv ist. Wir müssen diese Tatsache als ein Warnzeichen betrachten und dürfen nicht achtlos daran vorübergehen. Ich möchte mir erlauben, die Behauptung aufzustellen, daß gerade unter dem Zeichen der passiven Handelsbilanz die Bedeutung der agrarischen Produktion umso größer wird. Wir haben in manchen Lebensmittelversorgungszweigen noch einen Einfuhrbedarf. Wenn wir diesen Einfuhrbedarf durch eine steigende heimische Produktion verringern können, dann wirkt auch die österreichische Agrarproduktion unmittelbar devisensparend und handelsbilanzausgleichend. Die österreichische Landwirtschaft könnte einen bedeutend höheren Exportbeitrag leisten, als es in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist. Wir wollen uns bemühen, diesen Exportbeitrag der österreichischen Landwirtschaft in den kommenden Jahren entsprechend zu steigern. Dazu ist es allerdings erforderlich, daß eine Reihe von Voraus-

setzungen, die noch nicht zur Gänze zutreffen, geschaffen werden. Wir wollen die zuständigen Herren Minister bitten, beim Abschluß von Handelsverträgen auf diese Tatsache besonders Rücksicht zu nehmen, die ich soeben erwähnte, und ich glaube auch, daß wir auf dem Gebiet der Liberalisierungspolitik bereits bei einem Punkt angelangt sind, der nur mit allergrößter Vorsicht, wenn überhaupt, überschritten werden kann. Die an sich vernünftige Wirkung der Liberalisierung darf nicht durch eine Überspannung des Liberalisierungsbogens beeinträchtigt werden.

Die agrarische Erzeugung hat trotz einer bedeutend geringeren Anzahl von vorhandenen Arbeitskräften das Niveau der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten. Sie hat dadurch sehr wesentlich zur Stabilität der Wirtschaft und der Währung beigetragen und ihr eine solide Untermauerung geboten. Wir haben daher alles Interesse daran, den agrarischen Produktionsstand nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen.

Nun gibt es eine Reihe von Schwierigkeiten, über die ich nicht schweigen will. Sie waren und sind ja in der letzten Zeit, in den letzten Wochen Gegenstand lebhaftester Erörterungen in der Presse und bei verschiedenen Tagungen. Man wirft der Landwirtschaft zum Beispiel vor, daß der Kartoffelpreis zu hoch sei. Die Landwirtschaft habe durch einfuhrhemmende Maßnahmen Importe verhindert und dadurch ein Einrenken der Preise zunichte gemacht. Ich darf Sie daran erinnern, verehrte Damen und Herren, daß die belgischen Kartoffeln franko Grenze je 100 Kilogramm einen Großhandelsabgabepreis von 95 S haben, daß uns die jugoslawischen Kartoffeln mit 113 S je 100 Kilogramm franko österreichischer Grenze angeboten wurden und daß auf der Wiener Produktenbörse die heimische Ware immerhin noch zwischen 50 und 60 S pro 100 Kilogramm notiert, und lediglich zwei Spezialsorten nämlich „Ackersegen“ und „Böhms Allerfrüheste“ höhere Notierungen aufweisen.

Und wenn es der Nichtfachmann auch nicht wahrhaben will, so ist es dennoch unleugbar, daß die kühle Witterung und ein zeitweises Übermaß an Nässe, die wir heuer zu verzeichnen hatten, auch der Eierproduktion sehr abträglich gewesen ist. Der Kälterückfall im März und April dieses Jahres verhinderte die normalerweise eintretende erhöhte Eierlegfähigkeit und damit die Gelegenheit, billige Eier zum Einlegen einzukaufen. Ich darf Ihnen verraten, daß 160 Waggons Eier aus dem Ausland importiert wurden und davon 78 Waggons in den Kühlhäusern lagern,

um insbesondere um Weihnachten zur Verfügung zu stehen. Aber unter den gleichen Produktionsschwierigkeiten, wie sie in Österreich vorlagen, hatten auch die Hauptexportländer an Eiern, nämlich Polen und Ungarn, zu leiden. Sie konnten daher, obwohl die Importe praktisch freigegeben worden waren, nicht zur richtigen Zeit und auch nicht in dem gewünschten Umfang Importeure zur Verfügung stellen. Die österreichische Landwirtschaft hat entgegen allen gegenteiligen Behauptungen dem Eierimport keinerlei Schranken auferlegt, aber wir können nichts dafür, wenn uns die ausländischen Staaten auch nichts schenken, sondern ihre Preise von uns verlangen.

Gestatten Sie, daß ich — ich werde mich bemühen, dieses Kapitel sachlich zu behandeln, soweit ein Mensch dazu überhaupt fähig ist — einiges zur Frage des Milchpreises sage. Ich glaube, es wäre Feigheit, wollte ein Vertreter der Landwirtschaft ausgerechnet in diesen Tagen von dieser Stelle aus nicht etwas zum Milchpreis sagen, der doch auch beim letzten Kongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, wie man in den Zeitungen lesen konnte, Gegenstand ausgiebigster Erörterungen war. Ich muß Ihnen, verehrte Damen und Herren, in Erinnerung rufen, daß die Landwirtschaft nicht erst seit gestern oder seit vorgestern, nicht erst in Zusammenhang etwa mit der Frage des Wiener Straßenbahntarifes, sondern seit Mai 1953 immer wieder darauf hingewiesen hat, daß der Milchpreis nicht richtig festgesetzt wurde. Es ist dies jener Zeitpunkt, in welchem zwar die Milchqualität durch die Auffettung von 3 Prozent auf 3½ Prozent Fett verbessert wurde, als man aber zugleich nicht den Wert dieses halben Prozentes Fett, sondern nur den Wert eines Viertelprozentes Fett auf den Preis aufgeschlagen hat, weil auch damals bedauerlicherweise die Frage des Milchpreises nicht von einem sachlichen Standpunkt aus betrachtet wurde. Beim 5. Lohn- und Preisübereinkommen — es war dies bekanntlich am 15. Mai 1951 — wurde festgesetzt, daß der Milcherzeugerpreis 1,40 S pro Liter beträgt. Dieser Preis war schon im Jahre 1951 als unzulänglich zu bezeichnen. Er mußte daher ein Jahr später, also ungefähr im Juni 1952, durch den Ihnen bekannten Stützungsbetrag von 20 g auf 1,60 S erhöht werden, wodurch vermieden werden sollte, daß der Milchkonsumentenpreis eine Steigerung erfährt.

Seither sind volle drei beziehungsweise vier Jahre vergangen, am Milcherzeugerpreis hat sich aber nichts geändert. Es wird aber niemanden in diesem Hohen Hause geben, der etwa die Behauptung aufstellen könnte, daß

sich seither die Erzeugungskosten der Milch, die Landarbeiterlöhne und der Sozialaufwand für die Landarbeiter nicht sehr bedeutend erhöht hätten. Es ist leicht nachzuweisen, wieviel Liter Milch man beispielsweise im Oktober 1952 für die Bestreitung eines Landarbeitertageslohnes aufzuwenden hatte und wieviel Liter Milch jetzt, sagen wir im August 1955, für den gleichen Zweck aufgewendet werden mußten. Außerdem sind auch die Kraftfuttermittel teurer geworden.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen sagen, daß 1 kg Futtermais in Österreich 2 S kostet und daß der Bauer für 1 l Milch im besten Falle 1,60 S bekommt. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Im besten Falle! Ich nehme Tirol und Vorarlberg in gewissen saisonbedingten Fremdenverkehrszeiten aus. 1,60 S im besten Fall! Ich betone das deshalb, weil verschiedene Investitionsmaßnahmen in den Molkereien oder in den Milchsammelstellen, die Anschaffung einer Kühlmaschine oder größere Reparaturen in der Regel durch einen Abzug vom Produzentenpreis vom Bauern gezahlt werden müssen. 100 kg Ölkuchen konnte man im Oktober 1952 um den Gegenwert von 107 l Milch erwerben, jetzt braucht man den Gegenwert von 127 l Milch dazu. Eine ganz gewöhnliche Tragmilchkanne erforderte im Oktober 1952 den Gegenwert von 66 l Milch, jetzt den von 85 l Milch. Eine ganz gewöhnliche Düngergabel — man braucht sie leider im Milchviehstall — hat man im Oktober 1952 um den Gegenwert von 18 l Milch bekommen, jetzt im August 1955 braucht man dazu 20 l Milch. Oder 100 kg Stabeisen erforderten im Oktober 1952 den Gegenwert von 174 l Milch und jetzt im August 1955 den Gegenwert von 200 l Milch. Was geht die Landwirtschaft der Preis von Eisen an? wird man vielleicht fragen. Aber das ist ein sehr interessantes Beispiel für die Landwirtschaft, weil insbesondere vom Preis dieser Eisensorte der Preis der landwirtschaftlichen Maschinen abhängt. Ich will nicht von der Preiserhöhung einer Maurerstunde oder eines Elektromotors sprechen. Kurz und gut, ich könnte jetzt diese Tabelle der Erzeugungskostenerhöhungen noch lange fortsetzen, ich laufe aber Gefahr, Sie zu langweilen.

Wie sieht es mit dem Indexvergleich aus, wenn man die Preise von 1938 gleich 100 setzt? Der Milchverbraucherpreis — und das mußte der Herr Präsident Böhm beim Kongreß des Gewerkschaftsbundes zugeben, er hat allerdings eine falsche Indexziffer genannt, die ich jetzt korrigiere — hat einen Index von 459 Punkten. Der Herr Präsident Böhm gab 471 Punkte an. Diese Differenz ist nicht so arg groß, darüber brauchen wir

uns noch nicht aufzuregen. Die landwirtschaftlichen Löhne — Löhne muß man zahlen, wenn man Milch erzeugen will — haben eine Indexziffer von 1398 Punkten, 1938 gleich 100. Das ist um 2 Punkte weniger als 1400. Diesen Index hat der Herr Präsident Böhm auf dem Gewerkschaftskongreß nicht erwähnt. Bei der Milchproduktion sind die Auslagen für Löhne eine ganz bedeutende Post.

Dann kommen die Ausgaben für das Futter. Die Futtermittel haben einen Index von 803, die Kosten der Viehhaltung von 881 usw., von den landwirtschaftlichen Maschinen will ich gar nicht reden. Es fragt ja kein Mensch die Landwirtschaft, bevor der Eisenpreis erhöht wird!

Die gesamten landwirtschaftlichen Ausgaben, und zwar nicht im arithmetischen, sondern im gewogenen Mittel, haben eine Indexziffer von 799, 1 Punkt weniger als 800. Und die landwirtschaftlichen Einnahmen halten auf einem Index von 712. Hier klafft also eine Differenz, eine Preisschere, die man sich leicht ausrechnen kann und die von ganz bedeutender Höhe ist.

Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft hat tatsächlich nicht nur so ganz „am Rande“ — der Herr Dr. Pittermann hat schon recht, wenn er das sagte —, sondern wir haben klar und deutlich gesagt: Der Milchpreis ist unzulänglich, er muß korrigiert werden! Wir haben uns auch Gedanken darüber gemacht, ob der Konsument eine Preiserhöhung auszuhalten vermag.

Ich habe hier eine ganze Liste von Berufsarten, die seit Jahresbeginn 1955 eine wesentliche Steigerung — die Prozente schwanken von 7 bis 8, 6 bis 10 und 6 bis 8 Prozent usw. — des Arbeiter- und Angestelltennettolohnes verzeichnen können, worüber wir uns sehr freuen. Wir waren aber von Haus aus der Meinung, daß man die kinderreichen Familien und die Rentner nicht mit einem erhöhten Milchpreis belasten könne. Deshalb erstatteten wir schon zu Beginn den folgenden Vorschlag: Wenn wir einen Schritt oder vielleicht den ganzen Schritt zum echten Milchpreis machen, könnte sich der Herr Finanzminister je Liter Milch 20 g ersparen, die er ja Jahr für Jahr seit 1952 im Bundesvoranschlag berücksichtigen mußte. Hieraus könnten die Kinderbeihilfen und Renten aufgebessert werden, um so den kinderreichen Familien und den Rentnern, also den alten Leuten, die Mehrausgaben aus dem Titel der Milchpreissteigerung auszugleichen. Das war unser Vorschlag.

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, zu erfahren oder es sich auch nur in Erinnerung zu rufen, wieviel Geld in Österreich für Nahrungsmittel, also für Genuß-

mittel, ausgegeben wird. Im Jahre 1954 wurden in Österreich für Zigaretten und Tabak 2 Milliarden Schilling ausgegeben, für das Fußballtoto — das kann jeder tun, wenn er will — 110 Millionen Schilling, für Südfrüchte 2 Milliarden Schilling, für Kinobesuche 550 Millionen Schilling und für alkoholische Getränke 4 Milliarden Schilling. Ich glaube, daß Milch ein so wichtiges Lebensmittel ist, daß man das von einem anderen Gesichtspunkt aus beurteilen müßte. Ich darf in Erinnerung rufen — aber Sie wissen es ja sowieso alle —, daß ein Liter Coca-Cola 10 S kostet, ein Liter Sodawasser 3,20 S und die offene Milch derzeit pro Liter immer noch 2,12 S. Es gibt nur ein einziges Getränk, das dormalen billiger ist als die Milch, nämlich das Wiener Hochquellenwasser oder das Brunnenwasser in den österreichischen Dörfern. Alle anderen Getränke sind teurer als die Milch, aber sie haben bei weitem nicht annähernd diesen ungeheuer hohen Nährwert wie die Milch.

Man sagt und liest oft: Ja, diese Agrarier! Die sollten doch die Millionengewinne der Molkereien abschöpfen und mit diesen Millionengewinnen — ich las das vor einigen Tagen in einer sozialistischen Parteizeitung so — den Milchpreis aufbessern! Wir laden Sie herzlich ein — und insbesondere sind dazu die sozialistischen Vertreter in der Verwaltungskommission des Milchausgleichsfonds herzlich eingeladen —, uns zu zeigen, wo diese Millionengewinne der Molkereigenossenschaften zu suchen sind. Wir sind sehr begierig, das zu hören.

Die Spanne zwischen dem Konsumenten- und dem Produzentenpreis beträgt derzeit nur 50 Prozent. Sie ist die niedrigste Spanne von fast allen Staaten der Welt. In Deutschland, in Italien, in der Schweiz, in den westlichen und nordischen Staaten ist diese Spanne bedeutend höher, sogar in dem hochrationalisierten Amerika beträgt sie 100 Prozent.

Meine Damen und Herren! Über etwas bin ich mir fürwahr nicht ins klare gekommen: Es ist offensichtlich viel zuwenig bekannt, daß die Hauptmenge der Milch insbesondere von den bäuerlichen Mittel- und Kleinbetrieben erzeugt wird. In Österreich gibt es 432.000 landwirtschaftliche Betriebe, und unter diesen 432.000 landwirtschaftlichen Betrieben haben wir 220.000 Betriebe, in denen es nur eine oder nur zwei oder drei Kühe gibt. Aber in diesen 220.000 Betrieben, welche auch gleichzeitig die Hauptmilchlieferanten sind, befinden sich 63 Prozent des Rinderbestandes Österreichs. Das sind also bei Gott keine Großgrundbesitzer und Großbauern!

Wenn Sie mir das nicht glauben wollen, dann lesen Sie die letzte Nummer des „Arbeits-

bauernbündlers“, also der Zeitung des Herrn Abg. Steiner. Dort werden Sie folgendes vorfinden: Dort wird — und das möchte ich insbesondere den Teilnehmern am letzten Gewerkschaftskongreß vor Augen führen — über den unzulänglichen Milchpreis bittere Klage geführt. In diesem „Arbeitsbauernbündler“ vom 22. Oktober, Seite 3 — ich habe ihn hier mit einigen anderen Zeitungsausschnitten in meiner Hand und stelle ihn allen jenen zur Verfügung, die mir das nicht glauben wollen —, ist in einem Bericht über eine Schulung der Mitarbeiter der Sozialistischen Partei auf dem Lande folgendes zu lesen: „Die günstige Aufwärtsentwicklung der Landwirtschaft war im Jahre 1951/52 abgeschlossen, dafür ist seither ein starkes Ansteigen der Schulden feststellbar.“ „Die Statistik weist klar nach“ — ich zitiere weiter die gleiche Zeitung —, „daß das Tageseinkommen der Bauern umso kleiner wird, je kleiner die Betriebsgröße ist.“ Das ist übrigens nichts Neues. Das haben wir ja gewußt.

Aber ich verschweige Ihnen jetzt, und zwar deshalb, damit es nicht in die Öffentlichkeit kommt, wie niedrig hier in der gleichen Zeitung das Tageseinkommen eines mittleren Betriebes, etwa in der Größe von 5 bis 10 Hektar, vollkommen richtig angegeben wird. Und wissen Sie, warum ich das nicht sage? Wenn wir das der Öffentlichkeit preisgeben, dann sagen die österreichischen Bauern: Was seid ihr für schlechte Vertreter, daß ihr zusehen könnt, daß unser Einkommen noch immer so niedrig geblieben ist!

Es heißt weiter, ich zitiere wörtlich: „...daß die Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit mit sinkender Betriebsgröße steigt, oder, daß die Agrarpreise umso unzureichender werden, je kleiner die Betriebe sind.“ „Der derzeit unzureichende Milchpreis“ — so schreibt die sozialistische Zeitung — „trifft daher nicht die Großbetriebe, sondern in erster Linie die Klein- und Bergbauernbetriebe.“ (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.*) Ausnahmsweise haben wir dazu gar nichts zu sagen, weil es richtig ist. Es heißt im gleichen Artikel weiter: „Wir können feststellen, daß die Klein- und Mittelbetriebe und die Betriebe des Berglandes zu jeder Zeit die Milchhauptlieferanten sind.“

Ich gebe diesen sozialistischen Feststellungen vollkommen recht, und ich hoffe, daß Sie das trotz der momentanen Heiserkeit meiner Stimme, für die ich nichts kann, gut gehört haben. Aber jetzt kommt die andere Seite. (*Abg. Horn: Herr Ingenieur, nicht so viel sprechen!*) Ich werde mich zur gegebenen Zeit an Ihren Rat erinnern, Herr Abg. Horn.

Bedauerlicherweise ist aber beim Gewerkschaftskongreß etwas ganz anderes gesagt

worden. Ich bedauere, daß es der Herr Präsident Böhm selbst war, der es gesagt hat. Ich kann mich nur an die Zeitungsnachrichten halten, ich war nicht beim Kongreß und habe nicht die Ehre, Mitglied oder Funktionär des Gewerkschaftsbundes zu sein. (Abg. Böhm: Was nicht ist, kann noch werden! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident **Hartleb** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Abg. Dipl.-Ing. **Hartmann** (fortsetzend): Ja, jetzt werden die Herren etwas aufgeregt. Das macht nichts. Wenigstens werden sie munterer.

Der Herr Präsident Böhm hat gesagt, daß das „Lamento der Bauern“ unzutreffend ist und daß die Agrarpreise „ohnehin übervalorisiert“ sind. Wo sind die übervalorisierten Agrarpreise? Ich habe Ihnen früher an Hand von absolut unwiderlegbaren Ziffern gesagt, wie hoch die Preisschere ist. Und da hat der Herr Präsident Böhm noch gesagt, der Bauer „verdient ganz anständig“. „Das werden wir“ — sagte er wörtlich — „den Herren Agrariern sehr deutlich vor Augen führen, wenn sie wieder mit ihrer Forderung nach Erhöhung des Milchpreises kommen.“ Siehe „Arbeiter-Zeitung“ vom 22. Oktober auf Seite 2.

Meine Herren! Das brauchen Sie nicht den Herren Agrariern zu sagen, daß die Bauern „ganz anständig verdienen“, sondern das müssen Sie den 220.000 Mittel- und Kleinbauern sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Diese Tatsache kann man auch bei einem Gewerkschaftskongreß nicht mit der Feststellung übertünchen, die da lautet — ich zitiere die „Arbeiter-Zeitung“, dort steht es in Fettdruck —: „Wir Arbeitsmenschen sind keine Feinde der Bauern.“

Wir haben in Österreich 85 Prozent mittel- und kleinbäuerliche Betriebe. Der Herr Präsident Böhm war nicht da, als ich sagte, daß 220.000 Betriebe höchstens eine, zwei oder drei Kühe haben und diese die Hauptmilchlieferanten in Österreich sind. Bauern, die mit dem Bleistift in der Hand rechnen können, weil sie das verstehen, haben die Milchkühe meist schon längst hinausgeworfen und sich auf andere Produktionszweige verlegt, weil sie wissen, daß die Milchherzeugung ein unrentabler Produktionszweig ist.

Noch im Jahre 1954 haben wir 2600 t Butter exportiert, im Jahre 1955 werden wir bis Ende des Jahres 2000 t Butter importieren müssen (anhaltende Unruhe — Präsident **Hartleb** gibt das Glockenzeichen), damit wir den Bedarf des österreichischen Volkes befriedigen können. Wir haben schon hunderte

und aberhunderte Tonnen Butter importieren müssen, doch glauben Sie ja nicht, daß uns die Ausländer etwas schenken. Nein, die schenken uns nichts! Es handelt sich also beim Milchpreis, meine sehr verehrten Damen und Herren ... (Andauernde Zwischenrufe.)

Präsident **Hartleb** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte nochmals um Ruhe, meine Herren!

Abg. Dipl.-Ing. **Hartmann** (fortsetzend): ... um ein ausgesprochenes Nachziehverfahren, besonders für die kleinen und mittleren Bauern, weil sie ja die hauptsächlichsten Milchlieferanten sind. Diese verschiedenen Dinge, diese widerspruchsvollen, teils a) ausnahmsweise vernünftigen Ausführungen im sozialistischen „Arbeitsbauernbündler“ und b) ganz gegenteiligen, unrichtigen Ausführungen, die man in der „Arbeiter-Zeitung“ lesen konnte, sind während des Gewerkschaftskongresses — oh welch Pikanterie! — an einem und demselben Tag zu lesen gewesen. Ich möchte dem Herrn Präsidenten Böhm also den herzlichen Rat geben, und zwar denselben Rat, den er vor einigen Tagen dem Herrn Bundeskanzler gegeben hat: Der Referent, der Ihnen das Referat für den Kongreß vorbereitet hat, legte Ihnen falsche Zahlen oder falsche Informationen vor, schicken Sie ihn in Pension! (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Die österreichische Landwirtschaft ist nicht konsumentenfeindlich, denn sie weiß ganz genau, daß sie die Konsumenten braucht, um ihre Erzeugnisse absetzen zu können. Daher wollen wir auch eine elastische Import- und Exportpolitik auf agrarischem Gebiet und ihr das Wort reden. Wir wollen keine überhöhten Preise, wir wollen allerdings auch nicht haben, daß die Preise unter ein gewisses Maß sinken, weil wir sonst nicht erzeugen könnten.

Ich könnte jetzt verschiedenes über die agrarischen Wirtschaftsgesetze wie über die Schwierigkeiten beim Absatz von Wein sagen, auch über die Notwendigkeit einer Lösung des Kleinbauernproblems, das würde aber zu weit führen. Ich möchte lediglich noch darauf hinweisen, was manche Herren vielleicht nicht ganz gerne hören werden, daß sich das österreichische Nationaleinkommen im Jahre 1954 in der Höhe von 87,8 Milliarden Schilling auf rund 3,350.000 Berufstätige verteilte, wovon 13,17 Milliarden Schilling auf 1,050.000 Menschen entfielen, die in der Land- und Forstwirtschaft berufstätig sind. Das heißt also: 32 Prozent der Berufstätigen müssen sich mit bloß 15,5 Prozent des Volkseinkommens begnügen. Der Anteil des Volkseinkommens

des selbständig Erwerbstätigen ist also bereits kleiner geworden als der Anteil des Unselbständigen am Volkseinkommen. Wer von den Damen und Herren auf den sozialistischen Bänken dies nicht glauben will, der lese das in der sozialistischen Zeitung „Die Zukunft“ nach, wo es ziffernmäßig ausgewiesen ist.

Sonderbar hat mich die Stellungnahme berührt, die man beim Gewerkschaftskongreß zur Frage der Landflucht bezogen hat. Ich war wirklich der Meinung, daß wir alle ein Interesse daran haben sollten und in den letzten Jahren gehabt haben, daß möglichst viele Menschen mit der Landwirtschaft und mit der Forstwirtschaft, also mit Grund und Boden, verbunden sein sollen, damit die Arbeitslosigkeit in der Stadt nicht erhöht wird, damit man ihrer Herr werden kann. Offenbar gänzlich widerspruchsfrei konnte beim Kongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes folgende Feststellung getroffen werden: Der Landflucht soll man keinen besonderen Widerstand entgegensetzen, es müsse eher — man höre und staune — ein Interesse daran sein, daß sich die Zahl der auf dem Land Beschäftigten vermindere. Wenn das dort irgend jemand gesagt hätte, so würde ich glauben, es sei ein lapsus linguae passiert, wie er bei jedem Kongreß vorkommen kann. Doch dies sagte niemand anderer als der Chefberater unseres verehrten Herrn Gewerkschaftsbundpräsidenten Böhm, nämlich Doktor Wirlandner. Das ist eben der Mann, der die volkswirtschaftliche Note beim Gewerkschaftsbund und in der Arbeiterkammer angibt und der also sagte: Weg mit den Leuten vom Land, es besteht ein Interesse daran, daß sich die Zahl der auf dem Lande Beschäftigten vermindere! — So, meine Damen und Herren, nun weiß ich aber wieder nicht, wer eigentlich recht hat, denn am gleichen Tag — o Schmerz, laß nach! — liest man in einer anderen sozialistischen Zeitung, in einer, die nicht für die Stadt, sondern für das Land geschrieben ist, folgende Stellungnahme: Es ist nicht wahr, so sagt der Redner, daß die Stadt kein Interesse an der Bauernschaft hat, das Gegenteil ist wahr. Und dann ruft er aus: Der Stadt tut es sehr weh, dieses Bauernsterben mitanzusehen zu müssen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Am gleichen Tag stehen also diese zwei Behauptungen in zwei sozialistischen Zeitungen. Ja, welcher soll man nun um Gottes willen noch glauben?

Meine Damen und Herren! Es ist nicht leicht, Agrarvertreter zu sein. Die Sozialisten werfen uns auf der einen Seite vor, wir täten

nichts, wir machten nur Politik für die Großgrundbesitzer, für die Herrenbauern, für die Großbauern, andererseits wissen wir, daß die Milchpreisfrage vor allem eine Frage der Kleinbauern ist und nicht sosehr eine der Großgrundbesitzer und der Großbauern. Wir lasen es auch so in einer sozialistischen Zeitung. Also, meine Herren, glaubt uns doch endlich die Notwendigkeit der Milchpreisregelung!

Ich möchte Sie jetzt aber von meinen Ausführungen befreien. (*Abg. Probst: Lesen Sie die Zeitung der Industriellenvereinigung, was die schreibt!*) Ja, das werde ich sehr gern tun. Aber seien Sie doch nicht ungehalten, daß ich Ihre Zeitungen lese. Seien Sie doch froh, Herr Generalsekretär, wenn ich Ihre Zeitungen lese! (*Abg. Horn: Es freut uns!*)

Präsident **Hartleb**: Ich bitte um Ruhe!

Abg. Dipl.-Ing. **Hartmann** (*fortsetzend*): Ich habe eingangs gesagt, es wäre eine Feigheit gewesen, wenn ich heute von dieser Stelle aus anlässlich der Behandlung des Budgets nichts über die Milchpreisfrage gesagt hätte, die ja geradezu zum Greifen in der Luft liegt. Der Herr Dr. Pittermann hat das Wort Milchpreis zwar ausgesprochen, er hat das Thema aber offenbar bewußt nicht weiter ausgeführt. Ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn man vor einem so hohen Forum, wie es der Kongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ist, über Milch sprechen darf, dann darf man es doch erst recht hier vor einem noch höheren Forum. Ich hätte nur eine herzliche Bitte: Genau so, wie wir uns von der Österreichischen Volkspartei bemühen wollen, die Frage des Budgets im Finanzausschuß in den kommenden Wochen sachlich zu behandeln und uns nicht von politischen Leidenschaften treiben zu lassen, genau so möge man auch die wichtige Frage des Milchpreises sachlich und nicht politisch erwägen. (*Starker Beifall bei der Volkspartei.*)

Präsident **Hartleb**: Es ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Damit ist die erste Lesung beendet.

Ich weise nunmehr die Regierungsvorlage 625 der Beilagen dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates wird voraussichtlich Mitte November 1955 stattfinden. Eine schriftliche Einladung hiezu wird noch ergehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 14 Uhr 40 Minuten